

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Dienstag, den 25. Oktober 1910.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1981.

## Sächsische Gewerbeaufsicht 1909.

Mit besonders großer Verspätung sind diesmal die Berichte der sächsischen Fabrikinspektoren erschienen. Sie enthalten endlich das von sozialdemokratischer Seite längst geforderte Sachregister. Das ist aber beinahe auch der einzige Vorzug des vorliegenden Jahrganges, dessen Inhalt wieder nach einem Schema zusammengestellt worden ist, ohne daß eine systematische Anordnung erreicht worden wäre.

Die Revisionsstätigkeit ist im Jahre 1909 wesentlich lebhafter als früher geworden. Die Zahl der Besuche hat sich von 24044 im Jahre 1908 auf 26640, also um 2596 vermehrt. Doch blieben von den 27524 revisionspflichtigen Betrieben noch immer 5681 übrig, denen im ganzen Jahre kein Aufsichtsbeamter zu nahe gekommen ist. Von den 21893 besichtigten Betrieben sind 2648 zweimal und 693 drei- und mehrmal kontrolliert worden. Zwar hat sich die Zahl der Fabriken vermehrt, doch ist auch das Verhältnis der Revisionen zur Zahl der Betriebe besser geworden, nämlich von 92 Proz. im Jahre 1908 auf 96 Proz. im Berichtsjahre. Freilich von dem bescheidenen Ziele, daß jede Fabrik im Jahre wenigstens einmal revidiert werde, sind wir noch ein Stück entfernt. Doch kommt es nicht allein auf die Zahl der Revisionen an, wichtiger ist, wie revidiert wird. Da blieb aber bisher in Sachsen viel zu wünschen übrig. Ohne Zählung mit den Arbeitern konnten die Fabrikinspektoren von diesen bei den Revisionen auch nicht unterstützt werden. Daß die Aufsichtsbeamten sich auch heute in Sachsen des Vertrauens der Arbeiter noch nicht erfreuen, zeigt die Tatsache besonders deutlich, daß sie nur einen minimalen Befehl der Arbeiter an der Amtsstelle haben, während die Unternehmer den Rat der Beamten zu Hunderten in Anspruch nehmen. So erschienen, um nur ein Beispiel anzuführen, in Plauen neben 400 Unternehmern nur 8 Arbeiter bei der Geschäftsstelle des Inspektors, der so zum Anwalt der Unternehmer wird. Öffentlich bekommen wir bald die vom letzten Landtage beschlossenen Arbeiterassistenten!

Die weiblichen Aufsichtsbeamten melden übereinstimmend, daß sie allenthalben bei ihren Kontrollgängen sowohl bei Unternehmerinnen wie Arbeiterinnen mehr Verständnis gefunden haben wie früher. Den Aufsichtsbeamten liegt in erster Linie die Aufsicht über die Kinderarbeit in der in Sachsen besonders stark verbreiteten Hausindustrie ob. Da haben sie in den ersten Jahren viel Widerstand zu bekämpfen gehabt. Sie erkennen aber an, daß sie dabei durch die Arbeiterpresse und die gewerkschaftlichen Kinderzuschusskommissionen wesentlich unterstützt worden sind. So führt im vorliegenden Jahresberichte die Aufsichtsbeamte des Zwickauer Bezirkes aus: „Nicht unerwähnt darf bleiben, daß die Kenntnis der Bestimmungen des Kinderzuschussgesetzes den beteiligten Kreisen namentlich durch Veröffentlichungen in sozialdemokratischen Blättern vermittelt und daß durch die Kinderzuschusskommission der Gewerkschaftskarteile die Durchführung des Gesetzes erleichtert wurde.“ Viel Elend haben die Aufsichtsbeamten bei ihren Kontrollgängen in der Hausindustrie. So berichtet die Inspektorin des Bautzener Bezirkes, daß in manchen Fällen bitterste Not die Eltern zwingt, die Kinder zu überanstrengen, was sonst nicht der Fall sei. Oft herrsche heiße, schlechte Luft in überfüllten Arbeitsräumen. Mehrfach wurden den Beamtinnen über das Alter der Kinder falsche Angaben gemacht. Es stellte sich heraus, daß die Kleinen dazu von den Unternehmern angehalten worden waren. Man beschränkte sich in solchen Fällen auf Verwarnungen. Daß niedrige Strafen die Runderausbeiter nicht abschrecken, zeigte sich im Chemnitzer Bezirk, wo ein Unternehmer trotz erhöhter Bestrafung mit 8 M. Geldbuße das Kind in der unzulässigen Weise monatelang noch weiter beschäftigt hatte.

Im Berichtsjahre wurde das Wirtschaftsleben Sachsens noch schwer von der Krise bedrückt, erst im letzten Viertel der Periode begann sie teilweise zu weichen. Schon die Ergebnisse der Arbeiterzählung veranschaulichen den Druck des schlechten Geschäftsganges. Obwohl die Zahl der revisionspflichtigen Betriebe infolge der Ausbreitung des Motorbetriebes um 1253 zugenommen hat, nämlich von 26271 auf 27524, hat sich die Zahl der erwachsenen männlichen Arbeiter nur von 377421 auf 378333, das heißt um 912 vermehrt. Es ist ein empfindlicher relativer Rückgang eingetreten. Dagegen ist, wie schon in früheren Krisenjahren wieder die Wahrnehmung zu machen, daß die Unternehmer die billigere und willigere Arbeitskraft der Frau besonders bevorzugen. Denn die Arbeiterinnen vermehrten sich in demselben Zeitraum, wo die Gesamtzahl des erwachsenen Arbeiters einen relativen Rückgang erlitt, um nicht weniger als 11370. Diese Zahlen veranschaulichen den in Krisenzeiten besonders in Sachsen oft beobachteten Zustand, daß der arbeitslose Mann zu Hause die Kinder wartet, während die Frau im Fabriksaale frondet. Besonders im Chemnitzer Bezirk äußerte die Krise sich in dieser Weise; hier nahm die Zahl der arbeitenden Frauen um 2483 zu, während sich die erwachsenen männlichen Arbeiter um 522 verminderten. Aus jenem Bezirk wird auch gemeldet, daß in den Zigarrenfabriken die Sortierer durch billigere weibliche Arbeitskräfte ersetzt werden.

Die Aufsichtsbeamten hatten den Auftrag erhalten, besondere Ermittlungen über die Nachtarbeit in Hüttenwerken und darüber anzustellen, ob die Arbeiter vor Beginn ihrer Tätigkeit ein Frühstück eingenommen haben. Letzteres ist grobenteils der Fall, doch pflegen besonders die Wanderarbeiter in Hüttenwerken mit nüchternem Magen ihre schwere Beschäftigung aufzunehmen und erst zwei bis drei Stunden nach deren Beginn etwas zu essen. In Chemnitz gehen die meisten Arbeiter ohne Frühstück zur Arbeit, besonders gilt das von Schlafleuten, denen die Wirtin kein Frühstück bereitet. Vielfach verzichten die Arbeiter deshalb auf jedes Frühstück vor Arbeitsbeginn, um Feuerung und Licht und wohl auch die Ausgaben für Kaffee und Weißbrot, das übliche sächsische Frühstück, zu sparen. Es wird durch diese Angaben ein winziger Teil des Arbeiterelends enthüllt, das vielleicht oft die Ursache des schädlichen Schnapsgenusses ist.

Die Ermittlungen über die Nachtarbeit in den Hüttenwerken haben nichts Besonderes ergeben; bemerkenswert ist aber die Tatsache, daß sich bei den Nachtschichten in der Grobisenindustrie des Dresdener Regierungsbezirks weniger Unfälle ereigneten als bei den Tagsschichten, nämlich bei jenen auf 100 Arbeiter 12,5 Unfälle, bei letzteren aber 15,8. Doch ist das offenbar darauf zurückzuführen, daß in den Nachtschichten die besonders gefährlichen Transportarbeiten nicht oder nur in sehr beschränktem Umfang vorgenommen werden.

Die wirtschaftliche Lage der Arbeiter konnte natürlich keine günstige sein, umsoweniger, weil die das Arbeitereinkommen dezimierende Krise gleichzeitig mit der Lebensmittelerhöhung auftrat. Schon in den vorjährigen Berichten mußten die sächsischen Gewerbeaufsichtsbeamten konstatieren, daß eine wesentliche Verminderung des Einkommens der Arbeiter und eine Verschlechterung der Lebenshaltung eingetreten sei. Diesmal heißt es in dem Abschnitt: Wirtschaftliche Lage der Arbeiter vielfach, die Einkommens- und Lebensverhältnisse der Arbeiter seien dieselben geblieben. Das heißt also, sie sind schlecht geblieben, stehen geblieben auf dem traurigen Niveau von 1908. Vielfach ist aber die Verelendung noch schlimmer geworden. So heißt es in dem Berichte aus der Kreishauptmannschaft Bautzen, nachdem auf ungünstige Geschäftslage, besonders in der Textilindustrie hingewiesen worden ist: „Die wirtschaftliche Lage der Arbeiter erfährt infolgedessen eine erhebliche Verschlechterung, zumal an Lohnerhöhungen auch nach Ueberwindung des geschäftlichen Tiefstands wegen der niedrigen Verkaufspreise nicht zu denken war. Besonders fühlbar machten sich die andauernd hohen Preise der Lebensmittel, der sonstigen Genussmittel und der Gebrauchsgegenstände. Nur verhältnismäßig wenige Arbeiter konnten gegen Ende des Jahres, als es hier und da an Arbeitskräften zu fehlen begann, ihre wirtschaftliche Lage durch die nunmehr nötig gewordenen Ueberstunden wieder verbessern.“ Ähnlich lautet auch der Bericht aus Chemnitz, Leipzig und anderen Bezirken, während vereinzelt im letzten Viertel des verflossenen Jahres eine Besserung eingetreten sein soll.

Besonders schlimm sind die Tabakarbeiter, die bedauernswertesten Opfer des Reichsfinanzstandals, betroffen worden. So heißt es in dem Berichte aus Freiberg: „Das Tabaksteuergesetz hat in den größten Zigarrenfabriken zu längerem Stillstand der Betriebe und beschränkter Arbeitszeit geführt und für die Zigarrenarbeiter einen nicht unbeträchtlichen Lohnausfall zur Folge gehabt, der durch die vorher geleistete Ueberarbeit nicht ausgeglichen worden ist.“ In der Zigarrenindustrie Böhmens hat sich das Einkommen der Tabakarbeiter um 30 Proz. vermindert. Und dabei die „unerhörlichen Lebensmittelpreise“. Den Händlolfabriken des Chemnitzer Bezirkes sind für 90 Tage 12600 Ueberstunden bewilligt worden. Das war das letzte Aufblühen dieser Industrie vor der Reichsfinanzreform; später haben diese Fabriken, wie inzwischen die Handelskammerberichte gemeldet haben, ihre Betriebe zum großen Teile schließen müssen. Ebenfalls ein Opfer der Finanzreform!

## Vertretertag der Jungliberalen.

Die Jungliberalen, deren Aufgabe es ist, zu der reaktionären Politik der Alten in der nationalliberalen Partei radikale Kräfte zu machen, hatten sich für Sonnabend und Sonntag in Köln zu einer Generaltagung eingefunden. In Köln ist die erste nationalliberale Jugendorganisation entstanden, und vor 10 Jahren schlossen sich die Vereine zum Reichsverband zusammen, so daß der Kölner Vertretertag zugleich als Jubiläum begangen werden soll. In der nichtöffentlichen Vormittagssitzung am Sonnabend wurden geschäftliche Angelegenheiten behandelt. Der Reichsverband zählt heute, nachdem eine Anzahl badischer und württembergischer Organisationen ihren Anschluß vollzogen hat, 100 Vereine der Verbandsvorsitzende weist hin auf die Notwendigkeit, daß die einzelnen Vereine, namentlich im Hinblick auf die bevorstehende Reichstagswahl, mehr als bisher der politischen Erziehungsarbeit widmen, damit die Partei nicht an guten Rednern fehle. Man hat auch, wie in der Aussprache hervorgehoben wurde, den gefälligen Verzicht

in den Dienst der Politik gestellt: z. B. Regellabende eingerichtet und dadurch den „Anschluß an die Arbeiterwelt“ gewonnen. Woraus sich ergibt, daß, wenn zwei dasselbe tun, es noch lange nicht dasselbe ist — denn vor wenigen Wochen noch ging durch die nationalliberale Presse ein Artikel, worin die Sozialdemokratie belehrt wurde, wie sie sich am Sport verständige, wenn sie ihn in den Dienst der Partei stelle.

Der Hauptpunkt des Tages und der gesamten Tagung war die Rede des Verbandsvorsitzenden Dr. Fischer (Erfelding) über die jungliberale Bewegung und die politische Lage. Herr Fischer, der den einträglichen Posten als Generaldirektor der Internationalen Bohrergesellschaft bekleidet, ist unter den Jungen das, was Wassermann unter den Alten ist. Wie dieser wird er, wenn er ans Rednerpult tritt, mit Händeklatschen und Jubelrufen empfangen, und wenn er abtritt, erlöhnt der bekannte „nicht endwollende Beifall“. Wie Wassermann berichtet es auch Herr Fischer, in vielen Worten möglichst wenig zu sagen und sich mit diplomatischen Wendungen und schönen Phrasen vor einer klaren und entschiedenen Stellungnahme herumzudrücken.

Der Redner spricht zunächst unter dem Beifall des Vertretertages seine volle Befriedigung mit dem Verlauf und dem Ergebnis des Kasseler Parteitages der Nationalliberalen aus. Die Geschlossenheit der Partei unter diesem Führer — dieses Ziel, zu dem sich auch die Jungliberalen bekennen, sei restlos erreicht worden. Im übrigen legt Fischer besonderen Wert auf den Nachweis, daß sich die nationalliberale Jugend in voller Uebereinstimmung mit der nationalliberalen Partei befindet. Demgemäß liefern denn auch seine Ausführungen über die politische Lage im wesentlichen auf einen mit etwas mehr Temperament versetzte Wiederholung Wassermannscher Gedanken vom Kasseler Parteitag hinaus.

Lange verweilte Dr. Fischer bei dem Nachweis, wie unzutreffend es sei, die Jungliberalen als Nachläufer der Sozialdemokratie zu bezeichnen. Der klare Einblick in die Staatsnotwendigkeiten sei, so erklärte er, bei den Jungliberalen so stark, daß sie unschätzbliche Gegner des in sich unmöglichen Systems der staatsfeindlichen und — so behauptete der Herr Generaldirektor der internationalen Bohrergesellschaft mit besonderem Nachdruck — internationalen Sozialdemokratie sein müßten. Im übrigen will der Redner unterscheiden zwischen der grundsätzlichen und der taktischen Stellung zur Sozialdemokratie, zum Beispiel bei Stichwahlen. Diese Frage könne nur kühl rechnerisch erörtert werden und selbstverständlich nur unter Berücksichtigung der landwirtschaftlichen Eigenarten. Noch besser sei es freilich, in dieser Angelegenheit nicht zu viel zu sprechen, sondern gegebenenfalls bestimmt zu handeln. Die badiische Politik sei als Versuch, die Arbeiterschaft zu positivem Wirtschaften am Staate wiederzugewinnen, anzuerkennen, ihre Verallgemeinerung für das Reich jedoch abzulehnen. Im übrigen spricht sich der Redner gegen die von der Regierung beliebte Bekämpfung der Sozialdemokratie auf dem Wege der Rabelstichpolitik aus. Gleichberechtigung aller politischen Parteien, auch der Sozialdemokratie, sei das beste Mittel, die Sozialdemokratie als Partei selbst zu überwinden — wobei Herr Fischer es leider unterließ, zu erklären, wie sich mit der Gleichberechtigung das Eintreten der Nationalliberalen für das Klassenwahlrecht verträgt.

Die Aussprache stand unter dem Eindruck des Kasseler Parteitages und der von da aus erlassenen Parole: Ruhe um jeden Preis! Die Unzufriedenheit mit dem mageren Ergebnis von Kassel und manchem anderen aus dem Parteileben kam bei manchem Redner verbalen zum Ausdruck, aber die Abhängigkeit der Jungen von den Alten ist zu groß, als daß in diesen Kreisen ein entschiedener Wille zur Tat sich durchsetzen könnte. Wenig wurde gegen die Konfessionsfrage gesagt. Die Sehnsucht nach der Wiederkehr des Wilhelmsblods will man auch bei den Jungen nicht aufgeben. Nicht stark kam dagegen die Abneigung gegen das Zentrum zum Ausdruck, und als ein Redner die Jungliberalen mit besonderer Entschiedenheit gegen die Zumutung in Schutz nahm, daß sie jemals dem Zentrum bei Wahlen zu Hilfe kämen, da gab es, das einzige Mal in der matten Diskussion, einmütigen und lebhaften Beifall. Von diesem Beifall bis zum offenen Eintreten der Jungliberalen (von den Alten gar nicht zu reden) für den Stichwahlgegner des Zentrums, wenn dieser ein Sozialdemokrat ist, bleibt allerdings noch ein langer Weg.

Das Ergebnis der erstägigen Tagung war die Annahme folgender Resolution:

„Der Vertretertag begrüßt die von der nationalliberalen Partei eingenommene Kampfesstellung gegenüber dem schwarzblauen Block und fordert ihre energische Durchführung, insbesondere in den bevorstehenden Wahlen. Er verlangt ferner einstimmig, daß die Regierung die dringenden Wünsche des deutschen Bürgertums nach einer seiner volkswirtschaftlichen und kulturellen Bedeutung entsprechenden gleichberechtigten Anteilnahme an der Gesetzgebung und Verwaltung ohne Vorzug und ohne Rücksicht auf einseitig übernommene Standesvorurteile, insbesondere in Preußen, zugeht. Der Vertretertag ist der festen Ueberzeugung, daß nur auf diesem Wege, nicht durch in sich unmögliche Sammlungswahlsparolen, die vom nationalen Standpunkt aus unbedingt erforderliche Anteilnahme und fruchtbare Mitarbeit weiterer Kreise an den Vorgängen unseres öffentlichen Lebens gewonnen werden kann.“

Weiter wurde eine von jungliberalen Vereinen Süddeutschlands beantragte Resolution angenommen, worin als unumgängliche Notwendigkeit die sofortige Schaffung einer Pensionsversicherung für Privatbeamte und die baldige Lösung der Frage der Arbeiter-, Witwen- und Waisenversicherung gefordert wird.

In der heutigen Sonntagsstunde hielt Herr Chefredakteur Rehrmann einen Vortrag über:

### Die auswärtige Politik Deutschlands,

eine lange gepreiste Kammerrede. Zur Sicherung des Friedens und der Erhaltung der politischen Machtstellung verlangte Herr Rehrmann eine militärische Entente Mitteleuropas mit der Türkei und zur Entwicklung eines einheitlichen Verkehrs- und Wirtschaftsgebietes zwischen Nordsee und Persischem Golf eine Zollunion Deutschlands, Oesterreich-Ungarns und der Türkei. Zur Befestigung wirtschaftlicher und der Verkehrseinheit gefährdender Streitpunkte fordert Herr Rehrmann ferner die Herstellung eines Schiedsgerichtsbundes mit Einschluß Frankreichs und mit Ausschluß des britischen Imperiums und des asiatischen Weltreiches Rußland. Die Schwierigkeiten, die sich der Herstellung eines mittel-europäisch-asiatischen Schiedsgerichts entgegenstellen, lägen, meint er, einzig in der Verschiedenheit der Rassen und Religionen. Aber Rassen- und konfessionelle Gegensätze hätten auch die Gründung des Deutschen Reiches erschwert. Und schließlich sei dem türkischen Volk eine seinem Blüthenstand entsprechende Toleranz nicht abzuspochen. Die Verbindung germanischer und orientalischer Wesensverschiedenheiten müsse und werde aber der Kultur des Menschheitsgeistes neue Wege erschließen.

Auf diese phrasenreiche Rede folgte Herr Dr. Trescher-Düsseldorf mit einer Erörterung der Frage:

### „Wie stellen wir uns zur jetzigen Zoll- und Handelspolitik?“

Er trat für die Förderung der Exportpolitik und die Ermäßigung des heutigen Zolltarifs ein. Die immer weiter gehende Absperrung, meinte er, müssen wir zu verhindern suchen, und wir dürfen dabei nicht vor eigenen Zollermäßigungen zurückschrecken. Wir können das auch. Die unbedingte Meistbegünstigung muß ersetzt werden durch gegenseitige Zollabgestimmtheiten, Herabsetzung der Zollsätze zum Zug. Wenn wir zu erkennen geben, daß wir uns nichts mehr gefallen lassen wollen, dann werden wir auch nicht solche Zollbelastungen wie in den letzten Jahren wieder erleben.

In der Besprechung spricht sich Herr Dr. Ullrich-Düsseldorf gegen eine Abkehr von der heutigen Schutzpolitik, aus und gegen eine forcierte Ausfuhrpolitik. — Dr. Ullrich-Düsseldorf hält die Ansicht Dr. Rehrmanns über die deutsche Auslandspolitik für ausfichtlos, praktisch undurchführbare Phantasien. — Regierungsrat Dr. Poensgen verlangt ebenfalls Stetigkeit der Handelspolitik. Die Wünsche der Großgrundbesitzer nach Erhöhung der Zollsätze, namentlich Erhöhung der Futtermittel, dürften nicht berücksichtigt werden, denn damit werde der Bauernstand geschädigt. Die vereinigten jungliberalen Vereine Groß-Berlins hätten sich einstimmig in einer Konferenz für die Erhaltung des Zollschutzes für die Landwirtschaft ausgesprochen. Man sehe also, daß das Verständnis für die Bedürfnisse der Landwirtschaft auch auf dem Gebiet der Großstadt erwachsen könne.

Nach einer weiteren Debatte, die nichts wesentliches ergab, wurde nach einem Schlusswort des Vorsitzenden Dr. Fischer der Vertretung geschlossen.

## Januschauerliche Scharfmacherei.

Herr v. Oldenburg-Januschau hat am Sonnabend in Marienburg eine Scharfmacherei gehalten, die an wüsten Provokationen ziemlich alles überbietet, was bisher von junckerlichen Scharfmachern geleistet worden war. Es versteht sich von selbst, daß der Januschauer die Regierung bestürzte, nur ja keine Wahlrechtsvorlage wieder einzubringen. Ebenso selbstverständlich ist es, daß Herr v. Oldenburg die Ablehnung der Erbschaftsteuer als patriotische Tat feierte. Die Konservativen, erklärte Herr v. Oldenburg, würden auch nicht umfallen, wenn die Erbschaftsteuer wiederkehre. Sie lehnten sie prinzipiell ab, weil sie wüthten, daß das Kapital bei der direkten Steuer im Reich schutzlos den Massen preisgegeben sei. Das sei der große politische Grund, der die Konservativen gezwungen habe und künftig zwingen werde, sich zu wehren gegen die Enteignung des Vermögens im Deutschen Reich.

Was Herr v. Oldenburg in seiner grotesken Weise ausspricht, ist ja schon wiederholt von konservativer Seite als staatsverhaltender Grundgedanke proklamiert worden. Wiederholt hat man erklärt, direkte Steuern für Preußen und die Bundesstaaten, für das Reich aber indirekte Steuern. Eine solche Verteilung der Steuerarten sei deshalb notwendig, weil bei dem gleichen Wahlrecht im Reich die Verhältnisse vollständig den Expropriationsgelüsten preisgegeben sei! Und so lächerlich das auch gegenüber dem der bisherigen Steuerergänzung des Reichstages, die jederzeit die Lasten auf die Schultern der nichtbesitzenden Bevölkerung zu legen bemüht war, klingt, so sicher ist doch, daß die Konservativen in der Tat entschlossen sind, jeder ernsthaften direkten Besteuerung durch das Reich den äußersten Widerstand entgegenzusetzen!

Zu einer Scharfmacherei gehört natürlich auch die Umfänglichmachung des Trägers der Krone. Der Januschauer brachte es fertig, zu behaupten, daß jetzt wieder die Krone der Volksgunst über den Hohenzollern lächle! Daß unter dieser Volksgunst in Wirklichkeit die Zufriedenheit der Junker zu verstehen ist, ergab sich aus den weiteren Ausführungen. Erklärte doch der Januschauer, daß er selten eine so einwandfreie Kaiserrede gehört habe, wie die in Königsberg! Wenn der Kaiser gefogt habe, daß er die Krone nicht vom Volke habe, sondern daß er von Gottes Gnaden sei, so sei das doch die Wahrheit. Und wenn der Kronprinz auffordere, die „völkische Eigenart“ zu wahren, so könne er schoneres und besseres gar nicht sagen. Dagegen sei es ein Skandal, daß in Magdeburg unter behördlicher Aufsicht Schmähungen unerhörter Art hätten ausgesprochen werden dürfen! Und nach Magdeburg kam natürlich Moskau:

„Dem in Moskau die Augen noch nicht aufgegangen sind, dem ist nicht zu helfen. Ich habe kein Verständnis dafür, daß ein geordnetes Staatswesen drei Tage braucht, eine solche Revolte zu beseitigen. Erst verbietet man zu schießen — und dann sammelt man für verwundete Schutzleute! Ein energischer Stoß sofort spart Hunderte von Toten hinterher. Also los auf die Schanzen, wenn nicht so kalte Zustände wie in Portugal hier eintreten sollen, wenn noch gehöhnt werden sollen Vaterland und Weschl vor einigen Jahren sah ich ein Bild, das einen alten Krieger von 1870 mit dem Eisernen Kreuz und den Lorbeer um den Helm darstellt, wie er sich den Doveschen Augenschutzpanzer ansieht. Und darunter stand folgender Vers:

„Ihr Herren vom Bach tut's mit zu Lieb,

Erspart euch die Blamage:

Der beste Panzer ist der Hieb,

Mein Panzer heißt Courage!“

Das Bild möchte ich dem Herrn Minister auf den Schreibtisch stellen für ein Programm der deutschen Zukunft.“

Herr v. Oldenburg-Januschau ist ja ein politischer Handwurst, eine Art Doppelgänger des Drehschraffen Büdler. Aber Kinder und Narren sprechen die Wahrheit, und ein politischer Handwurst wie der Januschauer spricht nur am untersten Ende aus, was die gesamte Junkerpartei mit etwas anderen Worten sagt. Kein Zweifel, daß unsere Junker am liebsten einen Gewaltstreich versuchten, da sie in einem verbrecherischen Vergleichen von Bürgerblut ihre einzige Rettung sehen. Ein Aberlaß unter den Massen und brutale Knebelgesetze, das ist es, wonach sie ledigen und wozu sie die Regierung aufputschen möchten. Das beweist auch eine Inschrift an die „Kreuzzeitung“, in der es heißt:

„Wir bedürfen scharfer, bis zur Vernichtung gehender Ausnahmeregel, wie wir sie ähnlich schon gehabt und in einer unheilvollen Stunde leider nur zu früh wieder ausgegeben haben; und wir bedürfen zu ihrer Durchführung einer nervenstarken, unerschütterlich festen, zielbewußten Regierung, wie sie unser großer Kaiser in der Konfliktzeit in Männern wie Bismarck und Noon zur Seite hatte.“

Einen „energischen Stoß“ gegen die Volksmassen verlangt der Januschauer. Die Wronings und Polizeijügel sind ihm und seinen Scharfmachergenossen zu zahm und harmlos — Wroning und Wroningenge wehre erscheinen ihnen schon tauglicher!

Mit einem „energischen Stoß“ wird bei den Wahlen das als Objekt der Brutalisierung- und Massakrierungsgelüste betrachtete Volk antworten. Mit einem Stoß ins Herz dieser Scharfmacherei!

## „Staatswohl“ und Abgeordnetenrechte.

Die Justizkommission beschäftigte sich in ihrer Sitzung am Montag mit dem § 46 der St.-P.-O., der die Auslage eines als Zeugen geladenen öffentlichen Beamten über amtliche Dinge von der Zustimmung der vorgesetzten Behörde abhängig macht. Welcher ungeheuerliche Unfug mit diesen Ausnahmeregelungen von den einzelnen staatlichen Behörden getrieben worden ist, dafür liefert uns insbesondere in der jüngsten Zeit eine Reihe von Prozessen — u. a. Prozeß Krämer und Schröder — genügende Beweise. Was wurde da nicht alles als dem Wohle des Staates oder des Reiches gefährdend hingestellt!

Mit diesem ungläublichen Mißbrauch aufzuräumen, war das Bestreben unserer Genossen in der Kommission, die beantragten, den § 46 überhaupt zu streichen. Da die Kommissionmehrheit jedoch zu dieser Radikallösung nicht bereit war, beantragten unsere Genossen ferner, in dem Paragraphen zumindest den Begriff „Wohl des Staates“ genauer zu umschreiben und sie forderten die Aufnahme folgender Bestimmung in den § 46:

„Das Verbot darf nur erfolgen, wenn die Ablegung des Zeugnisses der Wehrkraft des Reichs oder eines Bundesstaats oder den Beziehungen zum Auslande oder der Bundesstaaten untereinander Nachteile bereiten würde.“

Des Weiteren sollte nach dem sozialdemokratischen Antrag die Entscheidung, ob eine Verweigerung zur Auslagerung in diesen Fällen vorliegt, nicht der Verwaltungsbehörde sondern dem Gericht übertragen werden. Die Tatsachen, die die Auslagerungsverweigerung begründen sollen, müßten aber schriftlich dem Gericht mitgeteilt werden.

Nicht soweit, wie der Antrag unserer Genossen, ging ein Antrag der Mehrheit der Zentrumsabgeordneten, der dem § 46 folgenden 2. Absatz zugefügt sehen wollte:

„Eine Verletzung der Wehrkraft ist nicht zulässig, soweit es sich um Tatsachen handelt, die sich auf das Dienst- oder Arbeitsverhältnis in Betrieben des Reichs oder eines Bundesstaats oder auf die Ausübung des Wahlrechts bei öffentlichen Wahlen der Beamten und Arbeiter dieser Betriebe beziehen.“

Gegen diese Anträge hatte die Regierung ein Massenangebot von Spezialkommissionen mobil gemacht, die für die Militärbetriebe, für die Verwaltungen usw. abgeordnet waren. Aber selbst vom Standpunkt der Verbündeten Regierungen operierten die Herren ungenügend. So sah eine der Kommissionen den Antrag des Zentrums durchaus falsch an und hielt eine lange Rede in die Luft hinein, während für den Vertreter des preussischen Kriegsministeriums der Begriff „staatlicher Betrieb“ noch etwas vollständig unauferklärtes zu sein schien. — Nach mehrstündiger Debatte, die keinen Zweifel darüber ließ, daß sich für den Zentrumsantrag eine Mehrheit gefunden haben würde, wurde die Beschlußfassung über den § 46 und die dazu gestellten Anträge vertagt und eine aus Vertretern der einzelnen Parteien zusammengesetzte Unterkommission mit einer anderen Formulierung des Zentrumsantrags, in Verbindung des sozialdemokratischen Alternativantrages beauftragt.

Eine nicht minder wichtige Debatte veranlaßte ein konservativer Antrag, der den in erster Lesung angenommenen § 47a wieder streichen will. Der § 47a bezieht sich auf Mitglieder gesetzgebender Körperschaften über die ihnen in Ausübung ihres Mandats gemachten Mitteilungen und anvertrauten Tatsachen die Zeugenaussage verweigern dürfen. In Bezug auf Verbrechen scheidet dieses Recht aus. Diefem ganz selbstverständlichen Recht der Abgeordneten setzte die Regierung ein Unannehmbar entgegen, der Staatssekretär Lisco machte von der Beibehaltung dieses Paragraphen das Zustandekommen der ganzen Vorlage abhängig.

Das schien das Zentrum zu einer „Vermittlung“ geneigt gemacht zu haben; denn Abg. Spahn beantragte, den § 47a derart zu formulieren, daß der Abgeordnete nur das Recht haben soll, den Namen seines Gewährsmannes verweigern zu können. Infolgedessen müßte dann aber auch die Bestimmung des neu geschaffenen § 106a, wonach in den Amtsräumen der Parlamente nicht ohne weiteres gehäuselt werden darf, entsprechend eingeschränkt werden.

Aber selbst diesem ungemein gemilderten Antrag gegenüber glaubte der Staatssekretär für die Verbündeten Regierungen keine entgegenkommendere Erklärung abgeben zu können.

Unsere Genossen traten aufs Nachdrücklichste für die Beibehaltung des § 47a ein, bei dem nur der zweite Absatz gestrichen werden müßte. — Die Konservativen ließen zu wiederholten Malen Sturm gegen die Ausdehnung der Abgeordnetenrechte und beantragten schließlich, auch diesen Punkt der Unterkommission zur „Klärung“ oder Anbahnung einer „Verständigung“ zu überweisen. Das lehnte die Kommission glatt ab.

Gegen die Stimmen der Konservativen und der Antifemiten hielt die Kommission den Beschluß erster Lesung unverändert aufrecht.

Beim § 49 beantragten unsere Genossen, das Zeugnisverweigerungsrecht auch den Redaktoren zu geben. Der Entwurf enthält auch darüber nur eine äußerst dehnbare und völlig unzulängliche Bestimmung. — Der Antrag wurde abgelehnt.

## Studien in Gran.

Aus London wird uns geschrieben: Nichts feht den kontinentalen Beobachtern des politischen Lebens Großbritanniens mehr in Erstaunen als die Leichtigkeit, mit der sich die konservativen wie die liberale Partei die Argumente sozialistischer Agitatoren aneignen, um sie für sich dienstbar zu machen. Die Schilderung der großen Not und des eintönigen Dahinvegetierens der überwiegenden Masse des Volkes gehört heute zu den festen Bestandteilen der konservativen wie liberalen Propaganda. Der alte Chamberlain benutzte zuerst das Rezept, um im Volke einen Boden für seine schütz-

zöllnerischen Pläne zu gewinnen und es kann nicht geleugnet werden, daß die Versprechungen der Tarifreformer besonders während der irischen Zeit der letzten wirtschaftlichen Krise unter den weniger intelligenten Arbeitern viele Gläubige fanden. Unter den Liberalen ist es namentlich Lloyd George, der sich auf die Malerei in Grau verlegt hat, der mit kühnen Strichen die dunklen Seiten der modernen Gesellschaft entwirft, den Arbeitern in vagen Worten Besserung verspricht, ohne den eigentlichen kapitalistischen Beherrschern seiner Partei zu nahe zu treten, und durch dieses geschickte Balancieren sich einander widersprechender Interessen verhindert, daß die liberale Partei aus dem Leim geht.

Wie es gemacht wird, kann man recht deutlich an der letzten Rede des Schatzkanzlers beobachten, die er in der vorigen Woche vor den Mitgliedern der „Liberalen christlichen Liga“ hielt. Gleich zu Anfang gab er zu, was von Sozialisten schon längst behauptet worden ist, daß nämlich alle Zeichen auf einen bevorstehenden Sturm in der politischen und wirtschaftlichen Sphäre deuten. Die Arbeiter in den nördlichen Industriebezirken würden immer unzufriedener; sie bückten immer mehr über den Kontrast nach, der zwischen ihrem harten, düsteren Leben und dem anderer günstiger gestellten, obwohl nicht verdienstvolleren Mitgliedern der Gesellschaft bestehe. „Es nützt nichts“, fuhr der Schatzkanzler fort, „über die böse zu werden, die sich in diesem Gemütszustande befinden, oder auch über die, von denen man glaubt, daß sie für diesen Gemütszustand verantwortlich sind. Sie können sich darauf verlassen, daß diese Klagen verschwinden und in nichts aufgehen werden, wenn kein wirklicher Grund dafür vorhanden ist. Aber ist ein Grund vorhanden, so wäre das Vernachlässigen und Außerachtlassen der wirklichen Quelle des Übels in der Hoffnung, daß sich die Klagen bald erschöpfen werden, eine Handlung von größter Torheit. Wir müssen kühn und mutig die Frage beantworten, die unsere unglücklichen Mitbürger mit Recht an uns stellen.“ Lloyd George kam dann auf die propagandistischen Methoden Chamberlains zu sprechen, dem er es als ein Verdienst anrechnete, daß er in seinem Feldzug für die Tarifreform die Wunden und Schwären des Gesellschaftskörpers aufgedeckt, dessen Heilmethode er aber nicht billigen konnte. Dann folgten einige Sätze, die für den liberalen Chamberlain sehr charakteristisch sind. — „Daher ist ich den größten Teil meines Lebens unter dem Volke gelebt habe, so wurde ich doch erst, als ich mit der Ausföhrung des Alterspensionsgesetzes begann, gewahr, wieviel anständiger, fleißiger, unabhängiger und stolze Armut in unserer Mitte zu finden ist. Ein paar hundert Meter von diesem prächtigen Gebäude gibt es arme Frauen, die nach einem ehrlichen und fleißigen Leben von mehr als 70 Jahren alt und abgemergelt noch den lieben, langen Tag schaffen, früh aufstehen und spät zu Bette gehen, um einen elenden Lohn zu verdienen, der sie eben vor dem Verhungern schützt, aber nie der Entbehrung entrückt, die in der Schneiderei 6 und 7 Schilling die Woche verdienen und die Gewänder derjenigen verfertigen, die in einer Stunde der Trivolität mehr ausgeben, als diese armen Leute in drei Jahren harter Arbeit verdienen können.“ Ungefähr ebenso spricht auch der schützöllnerische Pastor, nur in etwas anderen Worten. Bei diesem sind es die feinsten Pfefferkörner und nicht Grundbesitzer, die zum Kontrast herhalten müssen.

In dem angegebenen Tone geht es eine Zeitlang fort. Man glaube, der Redner würde jetzt ganz von sich auf den Gedanken kommen, daß an unserer kapitalistischen Gesellschaftsordnung etwas radikal falsch ist. Wir müßten; man ist auf dem Holzwege. Für die geschilderten erbärmlichen Zustände ist der Landrunder der Junker verantwortlich, dessen Habgier und Selbstsucht nun in einer frischen, populären Weise geschildert werden, so daß jeder Sozialdemokrat die Worte unterschreiben könnte. Endlich fällt auch das Wort Arbeitslosigkeit und man ist gespannt. Mit zwei Sätzen ist der Redner darüber hinweg. Arbeitslosenversicherung? Jawohl, im nächsten Jahre wird hoffentlich das Geld vorhanden sein. Aber sprechen wir einmal von einer anderen Arbeitslosigkeit, der Arbeitslosigkeit der unwütigen Reichen. Diesen werden jetzt die Leviten gelesen. Aber man glaube um Himmels willen nicht, daß ich, der liberale Schatzkanzler, die Reichen in der liberalen Partei meine. „Ich will es ganz klar ausdrücken“, so heißt es, „damit jede Möglichkeit einer falschen Auslegung vermieden wird, daß ich keineswegs die Männer meine, die mit ihrem eigenen Gehirn Geld gemacht haben, das es ihnen ermöglicht, sich gelegentlich Ruhe zu verschaffen. Es gibt keine arbeitssamere Menschenklasse in der ganzen Welt als diese. Ich meine ausschließlich die mühsigen „Arbeitsamen“ Gehilfen, die in solch unersättlicher Weise die Kriegskasse der liberalen Partei füllen, beleidigt fühlen. Vielleicht hält ihnen der Schatzkanzler übermorgen schon wieder eine Rede, in der sich das graue Elend von heute im Lichte der stets steigenden Einfuhr- und Ausfuhrziffern in Stück und Zufriedenheit auflöst.“

Das ist derselbe Lloyd George, der im vergangenen Jahre zum Sturm auf das Haus der Lords blies, der die Aristokraten Erpreßer nannte und ihnen ewige Feindschaft schwor und der, als die Mauern von Jericho durch den Wind nicht umfallen wollten, sich mit den Führern der verhassten Aristokratenbrut ein geheimes Stelldichein gab, um sich vielleicht über die Leichtgläubigkeit der düpierten Massen einmal ordentlich auszulassen.

In irgendeinem anderen Lande, wo die Arbeiterklasse von der Sozialdemokratie zu klarem politischem Denken herangezogen worden ist, wäre diese von beiden bürgerlichen Parteien Großbritanniens betriebene Demagogie unmöglich. Man würde ihren Vertretern bald zeigen, welche Schlussfolgerungen von den so naiv zugegebenen Prämissen zu ziehen sind.

## Politische Ueberblick.

Berlin, den 24. Oktober 1910.

### Die Großindustrie und der Hansabund.

Es kriselt im Hansabund. Nachdem die Regierung dem Drängen der Konservativen nachgegeben hat und in mehreren Artikeln sich scharf gegen die Kampfaktive des Hansabundes gewandt hat, kommen nun auch die zum Bunde gehörenden Großindustriellen des rheinisch-westfälischen Industriegebietes und verlangen energisch eine Schwendung der Hansabundpolitik. Der Hauptangriff des Bundes, so fordern sie, müsse sich gegen die Sozialdemokratie richten, nicht gegen die Agrarier, denn deren Hilfe und Unterstützung sei bei der Aufrechterhaltung der „nationalen“ Schutzpolitik nicht zu entbehren. Zudem müsse der Hansabund, wenn er seine Aufgabe

erfüllen wolle. Den Bestrebungen auf eine weitere Ausdehnung der sozialpolitischen Gesetzgebung energisch entgegenzutreten. Die „Deutsche Volkswirtschaftliche Korrespondenz“, die bekanntlich zu großindustriellen Kreisen sehr nahe Beziehungen unterhält, stellt der Zeitung des Hansabundes geradezu ein Ultimatum, indem sie schreibt:

„Der Hansabund hat sich während seines einjährigen Bestehens Schritt für Schritt und ohne Unterlaß von denjenigen Absichten entfernt, die die Mehrzahl seiner Gründer aus Industrie und Gewerbe hegten. Einig war man sich allgemein in dem Bestreben, für Gewerbe, Handel und Industrie eine gemeinsame Vertretung zu schaffen, die danach streben sollte, dem Einfluß dieser Erwerbsgruppen in den Parlamenten, in der Gesetzgebung und Verwaltung und im gesamten öffentlichen Leben diejenige Erweiterung zu verschaffen, die ihm von Rechts wegen gebührt. Deshalb fand sich auch sofort der allergrößte Teil unserer Industriellen bereit, die Ziele des Hansabundes zu unterstützen. Sie setzten dabei voraus, daß an unserer Wirtschaftspolitik zum Schutze der nationalen Arbeit, dem Vermächtnisse Bismarcks, nicht gerüttelt werde; sie setzten ferner voraus, daß in der Bekämpfung der Sozialdemokratie nicht ein Stillstand eintrete, sondern mit gesteigerter Energie fortgeföhrt werde. Es ist noch nicht entschieden, ob beide Voraussetzungen vom Hansabunde jetzt als irtzig bezeugt werden werden, aber daß hat sich bereits gezeigt, daß im Hansabunde mächtige Gegner dieser beiden Programmpunkte sich finden. Hier wird es unbedingt zu einer Auseinandersetzung kommen müssen...“

Bei den jetzt beginnenden Herbstversammlungen unserer großen industriellen Vertretungen wird die Hansabundfrage eine große Rolle spielen. Es werden sich ganze Gruppen unserer industriellen Vereine und Verbände vereint an den Hansabund mit einem geschlossenen Kreis von Anträgen wenden, auf die der Bund endlich eine klare Antwort wird geben müssen. Dabei wird auch die Frage nach der Stellung des Bundes der Landwirtschaft nicht mehr mit allgemeinen Wendungen oder gar der Versicherung ästhetischen Wohlgefallens am Lande beantwortet werden können. Auch wird dem Gründer des Hansabundes, Herrn Geheimen Justizrat Niefer, dabei nicht verhehlt werden, daß der von ihm wie von allen Industriellen ohne jede Ausnahme beflagte Gang unserer Fabrik- und Gewerbe-gesetzgebung nicht von einer „agrar-demagogischen Richtung“ gemacht worden ist. Die konservativen Parteien und unsere agrarischen Interessensvertretungen haben sich seit Jahren als Gegner dieser „sozial“ genannten, in Wahrheit die Massen umschmeichelnden und unternehmerfeindlichen Fabrik- und Gewerbegesetzgebung erwiesen.“

Die „Rhein.-Westf. Zig.“ drückt diese Meinung ohne ein Wort der Kritik an der Spitze ihrer Nr. 1166 ab. Das Organ der Kohlen- und Hüttenmagnaten ist also mit dem Ultimatum einverstanden.

### Flottenpatriotische „Bescheidenheit“.

Unsere Wasserpatronen sind in der letzten Zeit auffallend zurückhaltend gewesen. Offenbar erscheint es ihnen ungewöhnlich, vor dem Reichstag zum Reichstage die Massen zu beunruhigen. Auch hegen unsere Flottentrottel das feste Vertrauen zur Regierung, daß sie auch ohnehin in ihrem Sinne handeln wird, wenn nur erst einmal die fatalen Reichstagswahlen vorüber sind. Bei dieser Taktik der vorsichtigen Zurückhaltung verdienen die Ausführungen besondere Beachtung, die ein Geringerer als der Präsident des „Deutschen Flottenvereins“, Großadmiral v. Köster, am Sonntag in Eijenna gemacht hat.

Herr v. Köster bedauerte, daß der Grundsatz des Flottengesetzes, daß von der Meeresbeschäftigung die Hälfte der Linienschiffe und Kreuzer dauernd in Dienst gehalten werden sollte, leider noch nicht durchgeführt worden sei. Und zwar aus Mangel an Personal, der seinerseits wiederum auf die Geldfrage zurückzuführen sei. Gerade die außerordentliche technische Komplexität unserer modernen Kriegsschiffe mache es aber zu einer Notwendigkeit, daß die Hälfte der betreffenden Schiffe auch tatsächlich in Dienst gehalten werde.

Aber der Generalisimus des Flottenvereins forderte dergestalt nicht nur eine Vermehrung des Personals, sondern auch eine Beschleunigung der Schiffshauten über das von dem Flottengesetz vorgesehene Tempo hinaus. Da die Kreuzer der Dertba-Klasse, meinte er nämlich, durch ihre Umwandlung in Schulschiffe, in „schwimmende Gymnasien“, eigentlich aus der Zahl der Kreuzer ausgeschieden seien, empfehle es sich, zu ihrem Ersatz von 1912 ab jährlich einen Panzerkreuzer mehr zu bauen!

Das wäre in der Tat für unsere Panzerplattenpatrioten sehr hüßlich, wenn für die drei geschäftigsten Kreuzer der Dertba-Klasse mit ihren 5000 Tonnen Displacement von 1912-1914 drei Panzerkreuzer von je 20 000 Tonnen Displacement in Bau gegeben würden! Das würde ja auch „nur“ 150-180 Millionen mehr kosten!

Wenn unsere Flottenpatrioten schon vor den Reichstagswahlen so „bescheiden“ sind, kann man sich ungefähr vorstellen, mit welchen Forderungen sie erst nach den Wahlen kommen werden!

### Wer kauft ein — Landtagsmandat?

Stimmenkauf und Mandatsraub sind kriminelle Vergehen — in der Theorie. Wie in der Praxis Mandate erprecht werden, ohne daß die Erpreßer von dem Urne der Gerechtigkeit erfährt werden, darüber findet man in den Akten des Reichstages und des Abgeordnetenhauses massenhaft Material. In den gottgefügten Gesetzen Medlenburgs ist — die Mandatsverpreßung allerdings nicht nötig, da kann man ganz ungeniert Mandate kaufen; sie werden angeboten wie — oblige Pränke für reiche Industrielle und verlotterte Junker für goldschwere Bürgerdichter. Im — „D. Z.“ liest man folgendes Interz:

Rechtliches Mittergut in Medlenburg zirka 3000 Morgen (mitten 720 Bischen u. 350 guter Forst), vornehmer Herrschaftsitz mit allem Komfort, in Wirtschaftsgebäude, hervorrag. leb. u. tot. Inventar, brill. Jagdverhältn., extragr. Bod., mod. Brennerei (Kont. 70 000 Pr.) bei 250 000 R. Auszahlung, versch. Bester Preis 1 000 000 R. Erwerber erhält Sitz im Landtage.

Selbstres. n. d. Ausl. kostenlos durch

Martin Hansen, Rostock i. M., Karlsr. 21.

Wer das nötige Kleingeld hat, kann Gekochter werden. Glücklich Medlenburg!

### Herr v. Jagow im Londoner Rebel.

Aus London wird uns geschrieben: Herr v. Jagow läßt sich hier von allen und jedem interviewen. Jedem neuen Zeitungsberichterstatter bindet er in der Art eines jobiolen und selbstbewußten Weinreisenden eine andere Geschichte auf. Das englische Publikum amüsiert sich läßlich über diesen preußischen Granden, der nach einer Stunde vergessen hat, was er dem letzten Journalisten gesagt hat. Dem Berichterstatter der „Evening News“ teilte er gestern mit: „Ich habe die Methoden

studiert, die hier angewendet werden, um die Polizisten zur Ausübung ihrer schwierigen Pflichten zu schulen. Sie sind ausgezeichnet und ich bewundere sehr Ihre großen, starken, behaglich aussehenden und augenscheinlich freundlichen Konstabler bei der Arbeit. Sie sind unteren Leuten sehr ähnlich; denn,“ sagte er lachend hinzu, „ich kann Sie versichern, daß die Berliner Polizei das Publikum nicht schikaniert. Wie in London, so ist es in Berlin: wer sich ordentlich anstellt, wird ordentlich behandelt.“

Der Journalist wird bei diesem Satze an seinen Berliner Kollegen gedacht und sich auf die Zunge gebissen haben. Witant ist auch die festgestellte Ähnlichkeit der Berliner mit der Londoner Polizei. Jetzt weiß man, weshalb Herr v. Jagow zu dieser Jahreszeit, in der sich die dicken „Erbensuppennebel“ über die Weltstadt ausbreiten, nach London gekommen ist. In der Nacht sind alle Kagen grau: und im Rebel sieht ein Polizist wie der andere aus. Doch mit den Berliner Polizeimägden kommt man in England nicht sehr weit.

### Die elsaß-lothringische Verfassungsfrage.

Die „Straßburger Neue Zeitung“ läßt sich aus Berlin telegraphieren, daß die Entscheidung über die elsaß-lothringische Verfassungsfrage, mit der sich bekanntlich das preussische Staatsministerium in seiner letzten Sitzung beschäftigte, noch nicht gefallen sei. Sie wäre vielmehr auf unbestimmte Zeit vertagt worden, da sich Meinungsverschiedenheiten innerhalb des Ministeriums sowie bei einigen großen Bundesstaaten über das Wahlrecht und die Zusammenfassung der Ersten Kammer ergeben hätten. Auch über das Stimmrecht im Bundesrat hätte man sich nicht einigen können.

### Der Protest gegen das System Noabit.

Am Freitag tagten in Eiberfeld und Sarmen zwei imposante Protestversammlungen, in denen die Genossen Müller und Ludwig Hagen unter stürmischen Zustimmungslundgebungen referierten. Begeistert wurden zum Schluß die Parzellisten und die Internationale gefungen. Einstimmig wurde eine scharfe Protestresolution angenommen.

### Oesterreich-Ungarn.

#### Gegen die Teuerung.

**Budapest, 21. Oktober.** Die von der sozialdemokratischen Partei gestern veranstaltete Protestlundgebung gegen die zunehmende Teuerung der Lebensmittel und die Steigerung der Wohnungsmieten bewegte sich in riesigen Dimensionen. An dem Protestspaziergang beteiligten sich über 100 000 Personen, wobei es sowie bei dem nachherigen Meeting zu äußerst scharfen Kundgebungen gegen die Agrarier und Wohnungswucherer kam.

**Prag, 21. Oktober.** (W. Z. B.) Gestern fand hier ein großer Demonstrationsumzug der Arbeiterschaft als Protest gegen die Fleischteuerung statt. Ungefähr 50 000 Personen nahmen daran teil. Die Redner, die auf der Straße sprachen, verlangten die Oeffnung der Grenze. Zu Zwischenfällen kam es nicht.

#### Schweiz.

#### Volkstimmung.

**Zürich, 21. Oktober.** (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Bei der gestrigen Volksabstimmung über das Initiativbegehren, das die Einführung der Proportionalwahl zum Nationalrat fordert, wurden für den Proporz 238 923 Stimmen, dagegen 262 068 Stimmen abgegeben. Es fehlten also bloß zirka 24 000 Stimmen, und der Proporz wäre angenommen gewesen. Diese große Minorität bedeutet auch für optimistische Erwartungen eine angenehme Ueber-raschung; beweist sie doch, daß dem Proporz die Zukunft gehört. Die freisinnige Presse ist über das Resultat auch ganz verzweifelt, während die Anhänger des Proporz, vor allem die Sozialdemokraten, daraus die Konsequenz ziehen werden, die Agitation für das gerechte Wahlrecht mit noch größerer Energie und Intensität fortzusetzen.

Der Sonntag brachte übrigens auch unseren Züricher Genossen einen schönen Erfolg, indem Genosse Pfarrer Pfleger mit 15 444 gegen 13 837 Stimmen zum Stadtrat gewählt wurde.

#### Frankreich.

#### Unabfertigt.

**Paris, 23. Oktober.** Die Bediensteten der staatlichen Westbahn, welche dem Mobilisierungsbefehl keine Folge geleistet hatten und von der Militärbehörde mit zwei bis acht Tagen Gefängnis bestraft worden waren, beschloßen, sich morgen früh in geschlossenem Zuge nach der in der Nähe des St. Lazare-Bahnhofs gelegenen Pétinier-Kaserne zu begeben, um dort ihre Strafen anzutreten. Man befürchtet, daß es hierbei zu Straßenlundgebungen kommen wird.

#### Ein Sammlungsverbot.

**Paris, 24. Oktober.** Der Bürgermeister von Umlend hat eine öffentliche Geldsammlung zugunsten jener Eisenbahner verboten, die wegen der Teilnahme am Aufstand oder Nichtbefolgung des Mobilisierungsbefehls entlassen worden sind.

#### Portugal.

#### Trennung von Kirche und Schule.

**Lissabon, 23. Oktober.** Das Amtsblatt wird morgen einen Erlass veröffentlichen, der die vollständige Verweltlichung der Schulen anordnet. Eine Verfügung des Ministers weist den Staatsanwalt an, das Strafgesetzbuch gegen die Priester, die die neue Regierung und die Behörden angreifen, zur Anwendung zu bringen.

Morgen werden Dekrete erlassen, durch welche die theologische Fakultät der Universität Coimbra aufgelöst, die akademische Gerichtsbarkeit sowie der Eid der Studierenden, Professoren und Rektoren abgeschafft und freie Vorlesungen geschaffen werden sollen.

#### Eine sozialpolitische Forderung.

**Lissabon, 23. Oktober.** Mehrere Tausende Handlungsgehilfen erschienen heute im Ministerium des Innern und forderten strenge Durchführung des wöchentlichen Ruhetages.

#### Belgien.

#### Der deutsche Kaiser in Brüssel.

**Brüssel, 23. Oktober.** (Fig. Ver.) Das nebenaufregende „Kommt Er?“ oder „Kommt Er nicht?“ das eiltliche Wochen die Diplomatie, die Presse und die gewissen Leute, die sich für derlei interessieren, beschäftigte, ist also entschieden: Er kommt! Brüssel hat ja neuer mit der Weltausstellung viele Sensationen erlebt. Aber was ist das nun alles dagegen, daß sich nun der Gottesgnadenkaiser, der „Zerschmetterer“ der Sozialdemokratie den Brüssellern zeigen

wird! Und, meiner Treu, ist der Kaiser so nett, dem „kleinen“ Belgien seinen Besuch zu gönnen, so werden die Belgier auch zeigen, daß sie diese Ehre zu schätzen wissen. Liebt der deutsche Kaiser nicht vor allem militärische Paraden? Freilich, freilich, daß keine „neutrale“ Belgien hat keinen Militarismus, keinen Marinismus wie das waffenstarrnde Deutschland, aber was möglich, soll geschehen, um Wilhelm Brüssel in „schimmernder Wehr“ zu zeigen... Aus Lüttich, aus Löwen, aus Namur, aus ganz Belgien werden die „Piou-piou“, die Infanteristen und das Militär zu Pferde zusammengezogen, um bei Wilhelm II. Einzugs Parade zu machen. Den ganzen Weg vom Nordbahnhof über den Boulevard Volanique, die rue Royale durch bis zum in ihrer Eile fertig gestellten neuen Königspalast wird ein Doppelring von Soldaten Spalier bilden. Goffentlich ist das Weiter günstig — wenigstens den armen Teufeln zuliebe die, wie z. B. die Löwener Soldaten ihre 30 Kilometer morgens und — nach dem anstrengenden Dienst abends wieder zurück-zulegen haben. Auch auf dem „Grand Place“ wird dem Kaiser ein militärisches Schauspiel vorgeführt werden: das Bürgercorps, Jäger zu Fuß mit Rüst und Fahnen, Artillerie usw. werden den alten herrlichen Brüsseler Stadtplatz flankieren, wenn Wilhelm vom Balkon des Rathhauses hernieder schauen wird. — Ferner: Liebt Wilhelm nicht die Kunst? Gut, sagten die Belgier, wir werden ihm den — „Sang an Regir“ vorspielen lassen. Es ist aber anzunehmen, daß der deutsche Kaiser die besten Eindrücke von Belgiens Kultur mitnehmen wird...

Aber auch Maßnahmen anderer Art werden für Wilhelms Anknst getroffen. Wir meinen nicht die Aufbesserung des Straßenpflasters in der rue Royale. Wie schade, daß Wilhelm nicht auch die berühmigten Glend-„Zmpassen“ durchfährt, wo die Aermsten haufen — dann würde dort am Ende — kanalisiert und die Glendbaraden niedergerissen werden.

Dem Kaiser wird neben beziehungsweise vor dem offiziellen Empfang durch den Hof und das Militär auch ein Empfang durch das belgische Volk bereitet werden. Am Dienstag werden sich allerdings auch in den Straßen Brüssels, wie überall, wo ein gekröntes Haupt und Hofsprunk zu sehen ist, tausende Rüstgänger stauen, um ein Bündel wenigstens eines Hopsferdes oder eine goldene Tresse eines Würdenträgers zu sehen. Am Vorabend der Kaiserankunft aber werden sich in einem Brüsseler Versammlungskloster jene zusammenfinden, die sich mit dem deutschen Volk, mit der deutschen Sozialdemokratie eins fühlen, um diesem ihre Sympathien auszusprechen und gegen den deutschen Absolutismus des Gottesgnadentums zu protestieren. „Der Kaiserbesuch“ und „Gegen das Gottesgnadentum“ so lautet die Tagesordnung dieser Versammlung; mit diesen Worten heißen die belgischen Arbeiter den deutschen Kaiser „willkommen“.

#### England.

#### Keir Hardie gegen die Kriegsheker.

**London, 21. Oktober.** Der Sozialistenführer Keir Hardie hielt gestern Abend in Bristol eine Ansprache, in der er sich lebhaft gegen jene Engländer wandte, die fortwährend einen Krieg zwischen England und Deutschland an die Wand malen. Er erklärte, es sei notwendig, um diese Leute zur Bestimmung zu bringen, mitzutellen, daß die englischen Arbeiter ihre deutschen Kameraden zu einer Konferenz eingeladen haben, um den Beschluß zu fassen, im Falle einer Kriegserklärung den Generalstreik zu proklamieren. Dies sei das einzige Mittel, um einen Krieg zwischen beiden Nationen zu verhindern. Das Volk dürfe nicht vergessen, daß es die Mittel selbst in der Hand habe, einen bewaffneten Zusammenstoß zwischen England und Deutschland zu verhindern.

#### Türkei.

#### Gegen die Zerstückelung Persiens.

**Konstantinopel, 23. Oktober.** Heute nachmittag wurde in einem Theater in Pera eine von der persischen Kolonie organisierte Protestversammlung gegen die englisch-russische Aktion in Persien abgehalten. Zahlreiche Türken, insbesondere Offiziere, wohnten der Veranstaltung bei. Mehrere Redner, unter ihnen ein Tunefier, appellierten an die Solidarität der mohammedanischen beziehungsweise asiatischen Völker und betonten, daß die Teilung Persiens für die Türkei verhängnisvoll sein werde; daher müsse die türkische Regierung mit allen Kräften, hauptsächlich durch Annäherung an den Dreibund sich dagegen wehren. Der Abgeordnete Ubeidallah hob hervor, daß Deutschland an die Stelle Englands als Stützpunkt für die Mohammedaner getreten sei, zählte die Dienste auf, die Deutschland den Mohammedanern wiederholt geleistet habe; er forderte die Versammlung auf, an Kaiser Wilhelm ein Telegramm zu richten, in dem unter Berufung auf die früheren Dienste die Hoffnung ausgedrückt wird, daß er die Teilung Persiens nicht erlauben werde. Der Antrag wurde unter lautem Beifall und dem Rufe: Es lebe Deutschland, angenommen, während gegen die Mächte der Triple-Entente Perceps aus-gestochen wurden.

#### Griechenland.

#### Ministerkrise.

**Athen, 24. Oktober.** In der Sonnabendstung der Kammer stellte Ministerpräsident Venizelos im Verlaufe einer Debatte über die Befugnisse der Nationalversammlung die Vertrauensfrage. Bei der Abstimmung ergab sich Beschlusfähigkeit. In-folge dessen demissionierte das Kabinett. Der König erklärte Venizelos, das Nichtvorhandensein einer beschlusfähigen Zahl von Deputierten bedeute keineswegs einen Mangel an Vertrauen, und bestand darauf, das Kabinett solle heute wieder vor der Nationalversammlung erscheinen. Infolgedessen wird Venizelos in der heutigen Sitzung abermals die Vertrauensfrage stellen. — Ein Zug von ungefähr 20 000 Personen überlag in Abwesenheit des Königs dem Kammerherrn eine Adresse, in der der Monarch gebeten wird, das Reformkabinett Venizelos zu unterstützen. Der König telephonierte aus Lato, daß er wünsche, Venizelos möchte die Gewalt behalten. Der Zug marschierte dann vor dem Hause Venizelos vorbei, der vom Balkon eine Ansprache hielt und dabei erklärte, die Nachschossen der Reak-tionäre würden bereitwillig dank der Zusammenarbeit von König und Volk zur Verwirklichung des Reformprogramms. Die Menge brachte Venizelos wiederholt Beifallslundgebungen dar. Die Ruhe wurde nicht gestört.

#### Siam.

#### Thronwechsel.

**Bangkok, 23. Oktober.** König Chulalongkorn ist nach kurzer Krankheit gestorben. Als Todesursache wird Uramie an-gegeben. Der Kronprinz ist zum König proklamiert worden.

# Gewerkschaftliches.

## Epilog zur Beendigung des Werftarbeiterstreiks.

Nun ist wieder Friede auf den Seeschiffswerften. Vor kurzem nur wenige hundert Angestellte in gehobenen Stellungen und vielleicht ebensobiel Klausurkämpfer, zusammengelesen in Herbergen, Kaschemmen usw., notdürftig einige Reparaturarbeiten verrichteten, sieht man jetzt wieder die alten, eingeübten Leute rastlos in steigender Hast ihr schweres Tageswerk vollbringen. Die eifwöchige Ruhezeit hat man einem gut getan — in körperlicher wie geistiger Beziehung. Wenn auch der volle Erfolg nicht zu verzweifeln ist, das heißt, das letzte Tüpfelchen über dem i der Forderungen nicht anerkannt wurde, so ist das Resultat dieses schweren Kampfes ein nicht zu unterschätzendes. Worin der Erfolg besteht, haben wir vor kurzem (in Nr. 235 des „Vorwärts“) eingehend dargelegt. Noch vor wenigen Jahren hat die Gruppe „Deutscher Seeschiffswerften“, Mitgliedschaft des großen Verbandes mit dem schweren Portemonnaie, es rundweg abgelehnt, mit dem Metallarbeiterverbande zu verhandeln; nur die Wünsche ihrer Arbeiter wollte man hören, mit Außenstehenden wurde nicht verhandelt, hieß es auf höfliche Eingabe. Durch die fortschreitende Erstarkung der Metallarbeiterorganisationen, und nicht zuletzt durch deren festen Zusammenschluß, die Zusammenschweißung verwandter Berufsgenossen, wurde in das so schön gemeinte „patriarchalische“ Verhältnis Breche gelegt, mußte der Herrenstandpunkt aufgegeben werden. Die Arbeiter sind auch in der von Kapitalistolen Scharmachern geleiteten Schiffsindustrie ein mitbestimmender Faktor im Produktionsprozeß geworden, wenn auch bis zur wirklichen konstitutionellen Schiffsindustrie noch ein ziemlich weiter Weg ist.

In Hamburg, dem Ausgangspunkte des großen Kampfes, der auf beiden Seiten große Opfer erfordert hat, dem Hauptstich des Scharmachertums, ist zunächst jedes Zugeständnis abgelehnt worden. „Leicht beieinander wohnen die Gedanken, doch hart im Raume stoßen sich die Sachen.“ Die Wichtigkeit dieses Schillerwortes haben auch diese „Arbeitsherren“, wie sie sich so gern nennen, erkennen müssen. Die mit so heißem Verlangen eingeleitete Aussperrung von 60 Proz. der Gesamtmetallarbeiter Deutschlands glückte nicht, weil diese mutig und geschloffen den Fehdehandschuh aufzunehmen bereit war. Man mußte mit dem so lebenskräftigen Metallarbeiterverbande, dem jungen Riesen, verhandeln, weil Hunderttausende von qualifizierten, zum Teil hochqualifizierten Arbeitern sich durch zusammengesessene, verräterische Pumpengänge nicht ersetzen lassen. Die Hauptkräfte der großen Metallindustrie konnte man auf längere Dauer nicht stillstellen lassen, und ohne die befruchtende, alle Werte erzeugende Arbeit sind auch die schönsten, vollkommensten Maschinen keinen Pfifferling wert, kann — und das ist die Achillesferse — kein „Entbehrungslohn“ in Gestalt von so und so viel Dividende ausgekehrt werden.

Zugelang zogen sich diese Verhandlungen hin, bis schließlich annehmbare Zugeständnisse gemacht wurden. Schwer mag es den Kapitalistshweren Verhandlern gefallen sein, den Vertretern der Proleten etwas zu konzubieren, zumal die Scharmacherpresse vom Schlage der „Hamburger Nachrichten“ ihr möglichstes tat, Del ins Feuer zu gießen.

Auch die Boermann-Linie, deren Arbeitsbedingungen übrigens immer bessere waren, als die der Amerika-Linie, einigte sich mit ihrem Besitzpersonal, so daß schließlich nur noch diese Linie übrig blieb. Drei Tage dauerten die Verhandlungen mit der Amerika-Linie, deren Generalgewaltiger sich sonst jede „Eingriffe von außen“ verbat. Auch er mußte dem Zuge der Zeit Rechnung tragen, mußte mit dem Metallarbeiterverband verhandeln. Sehr nobel hat die Amerika-Linie mit der stolzen Divise: „Mein Feld — die Welt“ bislang ihren Arbeitern gegenüber nicht verfahren. Als vor drei Jahren die Arbeitszeit auf den anderen Werften um drei Stunden verkürzt wurde, hielt die Amerika-Linie nahe an dem zehnjährigen Fest, und das Versprechen, die Arbeiter für die Verbeibehaltung der langen Arbeitszeit zu entschädigen, wurde erst im Mai 1909 zum Teil eingelöst durch eine Lohnzulage von 2 Pf., während es hinsichtlich der anderen Forderungen alles beim alten blieb. Wohl hat sich der Gesamtverband Deutscher Metallindustrieller, deren Mitglied die Amerika-Linie ist, diese veranlassen wollen, der verkürzten Arbeitszeit zuzustimmen, aber sie wies dies zurück. Die Zugeständnisse haben wir bereits zum Teil mitgeteilt, doch sind bei der telegraphischen Uebersmittlung zwei Zertümer unterlaufen. Die Erhöhung aller Löhne beträgt zwei, nicht drei Pfennige. Schaffung eines Arbeiterausschusses (nicht Arbeitsnachweises), wie ihn die Werften anerkannt haben. Maßregelungen dürfen vertragsgemäß nicht stattfinden. Der Beginn der Arbeit erfolgt bei dieser Linie am Montag.

Gegen die seitens der Firma angeführten „Gründe“ zur Verbeibehaltung der zehnjährigen Arbeitszeit legten die Arbeiter Protest ein. Der Metallarbeiterverband kann stolz sein auf den Ausgang dieses großen Kampfes, der seine moralische und materielle Position wesentlich gestärkt und ihm große Scharen neuer Mitglieder zugeführt hat.

### Berlin und Umgegend.

**Wachtung, Dachbeder Berlins und der Umgegend!** Die Sperre über die Firma Robert Strauß in Nizdorf, Wildenbruchstraße 20 ist aufgehoben. Nach erfolgter persönlicher Rücksprache hat sich Herr Strauß bereit erklärt, die Ursachen der Werkstellersperre zu beseitigen und die Hilfsarbeiter zum Werkstreichen der Holzriegelbänder nicht mehr zu verwenden. Die Forderungen der Hilfsarbeiter haben wiederum unterschrittlich anerkannt: Dejar Barantien, Reinickendorf, Hansstr. 3, Ernst Pfeiffer, Frankfurter Allee 100, und Robert Strauß, Nizdorf, Wildenbruchstraße 20, Zentralverband der Dachbeder.

### Deutsches Reich.

In der Lithographischen Kunstanstalt von G. Grünbaum, Kassel, haben sämtliche Lithographen und Steindrucker, 45 Mann, die Kündigung eingereicht. Veranlassung dazu gaben wiederholte Verschöße der Firma gegen die Abmachungen der zwischen dem Verband der Lithographen und dem Arbeitgeberverband vereinbarten Arbeitsordnung. Zugang ist fernzuhalten.

**Neue Differenzen auf der Werft C. Lednberg A.-G. in Bremerhaven** sind ausgebrochen. Allen Abmachungen zum Troch übt die Betriebsleitung sich jetzt in Maßregelungspraktiken. Sie entließ Arbeiter, weil ihre Leistungen nicht genügen. Daraufhin haben am Sonnabend 100 Rieter und Stemmer die Arbeit niedergelegt.

### Zum Bremer Straßenbahnerstreik.

Die Aufsichtsbehörde der Bremer Straßenbahn bemüht sich, in der bürgerlichen Presse die öffentliche Meinung gegen die Streikenden mobil zu machen. Sie erläßt eine spalten-

lange Erklärung, in der sie die Deffentlichkeit darüber „aufklärt“, daß die Straßenbahner „in rechtswidriger Weise und unter völliger Anherachsigung der Interessen der bremischen Bevölkerung in den Streik getreten“ seien. Die Forderung auf Anerkennung der Organisation stellt sie als vom politischen Machtsoffer getragen hin. Nur der „partei politischen Agitation“ des Transportarbeiterverbandes, der die Lohnbewegung zu einer „politischen Machtfrage“ stempelte, sei es zuzuschreiben, daß die Arbeitgeber und das Publikum so sehr geschädigt wurden. Zum Schluß heißt es in der Erklärung:

Wir sind stets bereit gewesen, mit unseren Angestellten über ihre Wünsche sachlich zu verhandeln, wir sind dazu auch heute und noch für wenige Tage bereit, obwohl unsere bisherigen Angelegenheiten jedes Recht auf Verhandlung und WiederEinstellung durch ihren Vertragsbruch verloren haben. Wir müssen es aber unter allen Umständen im Interesse der Aufrechterhaltung der für einen Straßenbahnbetrieb unerlässlichen Disziplin ablehnen, mit einem Verbannde zu verhandeln, der außerhalb unseres Betriebes und unseres Verhältnisses zu unseren Angestellten liegende Ziele verfolgt und diese Disziplin gefährdet. Wir sind der Ueberzeugung, daß auch unsere staatliche Aufsichtsbehörde und die Mehrheit unserer Bevölkerung die Anerkennung des Deutschen Transportarbeiterverbandes als Vertreter unserer Angestellten nicht billigen könnte.

Von diesem Herrn-im-Haus-Standpunkt wird auch die Bremer Straßenbahndirektion noch abkommen müssen.

Der Streik dauert ununterbrochen fort. Bis jetzt hat kein Wagen zur Beförderung des Publikums die Remisen verlassen. Der Fußgängerverkehr erreicht von Zeit zu Zeit die Dichtigkeit riesenhafter Demonstrationen, besonders seit Freitag, von welchem Tage an der Bremer Freimarkt große Massen auswärtigen Substituts anzieht. Die Streikenden erklärten sich auf wiederholtes Drängen des Vorsitzenden des Einigungsamtes zu einem Entgegenkommen bereit. Sie verzichteten auf die Teilnahme der Verbandsleitung an den Einigungsverhandlungen, wenn die Direktion damit einverstanden sei, daß die Funktionäre der Organisation in einem Nebenzimmer verweilen, so daß den verhandelnden Straßenbahnern nötigenfalls Gelegenheit zu sofortiger Rücksprache gegeben sei. Vor allem müsse jedoch die Direktion erklären, daß sie keine Maßregelungen vornehme und das Koalitionsrecht der Angestellten unangefast lassen werde. Das lehnte die Direktion ab. Sie gab nur die ebenso nichtsagende wie vielsagende und ebendrei orakelhafte Antwort, daß sie den Streikenden die Verbandszugehörigkeit weder verbieten noch gestatten könne.

Der Streik der Eisenher in Leipzig währt weiter. Verhandlungen der beiderseitigen Organisationsvertretungen hatten zunächst den Erfolg, daß für beide Teile ein Vertrag zustande kam, der einen sofortigen fünfprozentigen Aufschlag auf den Gesamtlohn und eine Vermittlung von weiteren 5 Proz. Aufschlag auf glatte Löhne im nächsten Jahre vorsah. Die Gehilfen stimmten dem Vergleich zu, die Unternehmer lehnten ihn jedoch fast einstimmig ab. Der Kampf geht also weiter. Die Haltung der Ausständigen ist nach wie vor eine musterhafte.

Der Ausstand der Münchener Elektromonteur und Helfer ist jetzt auf alle Firmen ausgedehnt, die sich weigerten, mit dem Deutschen Metallarbeiterverband zu verhandeln. Es kommen circa 91 Geschäfte in Betracht. Bereits sind aber schon einige Firmen an den Metallarbeiterverband herantreten und haben sich bereit erklärt, mit diesem einen Tarifvertrag abzuschließen, so daß bei diesen Firmen eine Arbeitseinstellung, die Montag, den 24. Oktober beginnt, gornicht erfolgt. — Zugang von Elektromonturen und Helfern ist bis auf weiteres streng zu meiden.

### Ausland.

#### Bevorstehende Lohnbewegung der nordböhmischn Textilarbeiter.

Vor etwa 3/4 Jahren gelang es den Tuchwebern der Reichensberger Gegend, einen ihnen ausgezogenen Kampf erfolgreich zu beenden. Die über 12000 Arbeiter verhängte Aussperrung wurde mit Vertragsabschlüssen, die nicht unerhebliche Lohnverbesserungen brachten, beendet. Die Löhne sind aber trotzdem noch schandvoll niedrig, wobei im allgemeinen der Grundlag gilt: Je deutlicher desto ausbeuterischer. Die allergrößten Lohnrüder sind ja bekanntlich auch die Geldgeber der nationalen Arbeiter, die eben jetzt das Gabelzger Proletariermandat einem Herrn ausliefern, der 1905 mit für den Wucherzolltarif stimmte. Die kolossale Teuerung zwingt nun die wahrlich geduldeten nordböhmischn Weber eine Erhöhung der seit 3/4 Jahren gleichgebliebenen, also heute viel weniger als selbst damals bedeutenden Löhne zu fordern. Auch die alte Kulturforderung eines früheren (4 Uhr) Sonnabendabschlusses wird neuerdings erhoben. In Reichenberg wird Sonntag, den 30. d. Mis. eine Massenversammlung der Textilarbeiter und Arbeiterinnen tagen, um zur Lohnbewegung Stellung zu nehmen. Es mag hier auch bemerkt sein, daß in der Reichensberger Industrie grobenteils noch die zehnjährige Arbeitszeit besteht und daß der Sieg der bei der Meiseier nicht pariert. Die alljährlich erneuerten Beschlüsse der Scharfmacherorganisation fordern, daß jeder der am 1. Mai Feiernde acht Tage auszusperrten und jeder deshalb Entlassene 6 Wochen in seinem der verbandangehörigen Betriebe einzustellen ist.

Eine Niederlage der freisinnigen Neutralitätspolitiker im schweizerischen Lokomotivführerverein. Die Angehörigen und Agenten der freisinnigen Partei wollten unter dem verlogenen Schlagworte der politischen Neutralität den Lokomotivführerverein als Stimmviehtruppe der freisinnigen Partei ausliefern und zu diesem Zwecke den sozialdemokratischen Sekretär des Vereins, untern Genossen Kinnathe in Zürich und ebenso den zu ihm stehenden Zentralvorstand in Zürich ihrgen. Die Leitung dieser Quertreibereien lag in den Händen des Vorstandes der Sektion Olten, die jetzt eine vom Zentralvorstand nach Zürich einberufene Versammlung der Sektionspräsidenten mit 2 gegen 5 Stimmen aufs schärfste verurteilte und zugleich die Sektion Olten erluchte, sich einen besseren Vorstand zu wählen. — In demselben Olten hielt kürzlich auf Einladung der dortigen freisinnigen Partei der Berliner Gewerkevereinsdämpfung Goldschmidt einen Vortrag über die Gründung von gelben, freisinnig politisch-neutralen Gewerkschaften.

Die Arsenalarbeiter von Ferrol (Spanien), die mit dem Bau der letzten spanischen Kriegsschiffe beschäftigt sind, haben die Arbeit niedergelegt. Sie verlangen die WiederEinstellung eines entlassenen Arbeiters. Der Gouverneur von Ferrol verweigerte ihnen die Erlaubnis zur Veronstaltung eines Manifestationsumzuges. Die Ausständigen sind sehr erzert und es geht das Gerücht, daß in Ferrol der Generalstreik erklärt werden wird. Starke Militär- und Gendarmereabteilungen sind in Ferrol eingetroffen.

## Aus Industrie und Handel.

### Ein Schiffbaustraß.

Die Bethlehem Steel Corporation, die im Jahre 1904 durch Vereinigung einer ganzen Reihe von Schiffswerften entstanden ist, ein Aktienkapital von 30 Millionen Dollar und an der ganzen Küste wie in San Francisco Werksläge besitzt, hat sich jetzt auch das größte noch aufstehende Werk, Cramps Schiffswerft in Philadelphia, durch Erwerbung der Mehrheit des Aktienkapitals angegliedert. Präsident des Trusts ist der frühere Leiter des Stahltrusts, Chas. M. Schwab. Man wird sagen können, daß seit den Zeiten der Bildung des amerikanischen Stahltrusts und der später erfolgten Fusion des Trusts mit der Tennessee Coal and Iron Co. kein Vorgang in der amerikanischen Stahlindustrie so sehr die Aufmerksamkeit auf sich zu ziehen berechtigt ist.

Dazu bemerkt das „N. Y.“, dem die Meldung entstammt, weiter: „Der Umstand, daß Direktor Godenhausen von der Firma Friedr. Krupp mit dem Präsidenten Chas. M. Schwab eine Konferenz hatte,

beranlaßte hier das unbesichtigte Gerücht, daß die Bethlehem Steel Corporation bei dem Erwerb von Cramps Schiffswerft von der Firma Friedr. Krupp und der Firma Widors Sons and Magin in England unterstützt worden sei.“

**Auf dem Wege zum Westeinstellungsports.** Die Vertreter der Berliner Kaufmannschaft haben, anknüpfend an die Verhandlungen, die zwischen Belgien und den Niederlanden wegen Gerabsegung des zwischenstaatlichen Portoloses auf den im inneren Verkehr geltenden Satz geführt werden, den Abschluß gleicher Vereinbarungen mit diesen Staaten wie mit den übrigen Nachbarländern: Schweiz, Frankreich, Dänemark, beim Reichspostamt beantragt. Die Ansichten auf Verwirklichung sind freilich bei der jetzt herrschenden, wenig verkehrsfreundlichen Stimmung nur gering. Anders in Australien. Dort hat der Ministerpräsident Fisher im Bundesparlament mitgeteilt, daß am 1. Mai 1911 der einheitliche Portolag von 1 Penny für den ganzen Bund und den Verkehr mit allen Ländern eingeführt werden wird.

## Versammlungen.

Eine öffentliche Schifferversammlung tagte am Sonntag, den 23. Oktober, mittags 1 Uhr, in Kellers Neuer Philharmonie, Köpenickerstr. 96/97. Genosse Paul Göhre sprach über das Thema: „Religion und Sozialdemokratie“. In der Diskussion nahm als erster Genosse Jos. Schaffner das Wort. Genosse Moser ermahnte dann zum Austritt aus der Verbandskirche, um dieser die Mittel zur Erlösung zu entziehen. Genosse Schwedler zitierte einen Satz aus einem Flugblatt des Reichsmahrscheinlichkeitsverbandes, in welchem die Landarbeiter vor der Sozialdemokratie einbringlich gewarnt werden. In morkigen Worten forderte er die Anwesenden auf, sich der Sozialdemokratie anzuschließen. Genosse Stürmer verließ unter allgemeiner Heiterkeit eine Kotiz des „Vorwärts“ von der Tagung des katholischen Schifferverbandes für das Rheingebiet, bei welcher die Geistlichkeit Beschüger und Berater der Organisation war. Redner ermahnte die Anwesenden zum Anschluß an Partei, Gewerkschaften und Genossenschaften. Genosse Schneider schilderte einen Vorgang in einer Schrippenkirche, bei welchem der Pastor nichts Besseres wußte, als auf die Sozialdemokratie zu schimpfen, unter besonderer Berücksichtigung der Moabiter Vorgänge, für welche die Sozialdemokratie verantwortlich sei. Redner unterzieht die sogenannte Barmherzigkeit und die Arbeitsvermittlung der Missionen und ähnlicher Vereine einer äbenenden Kritik. Genossin Fräulein Altman ergänzt in längerer Ausführungen Referat und Diskussion. Genosse Göhre ging dann in seinem Schlußwort auf die Ausführungen der Diskussionsredner ein und schloß mit einem wuchtigen Appell an die Versammelten, sich zu befreien von dem Druck der Kirche und sich der sozialdemokratischen Partei anzuschließen.

Der Leiter der Versammlung, Genosse Hysche, forderte die Anwesenden auf, aus dem Gehörten die nötigen Konsequenzen zu ziehen, die Parteipresse zu lesen, die vornehmste Waffe im Befreiungskampf, um zu eifrigen und tüchtigen Mitgliedern der Organisation zu werden. Mit einem begeisterten Hoch auf die völkerebefreiende Sozialdemokratie schloß die imposante Versammlung.

## Letzte Nachrichten.

### Stadtverordnetenwahl in Offenbach.

Offenbach a. M., 24. Oktober. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Bei der heutigen Stadtverordnetenwahl errang die Sozialdemokratie über die Fortschrittlichen einen erfreulichen Sieg. Gewählt wurden 14 Sozialdemokraten und 2 Fortschrittler. Unsere Kandidaten wurden mit 1000 Stimmen Mehrheit gewählt.

### Die Ueberschwemmungen in Italien.

Neapel, 24. Oktober. (W. L. W.) Dem Präsesen ist von dem Bürgermeister von Casamicciola eine Depesche zugegangen, in der es heißt: Infolge eines furchtbaren Gewitters ist ein Teil des Landes überschwemmt worden; Opfer an Menschenleben sind wenige zu beklagen. Der Sachschaden aber ist unberechenbar. Der Bürgermeister von Lacco ameno (Insel Ischia) telegraphierte, daß das Unwetter zahlreiche Opfer gefordert und schwere Verluste zur Folge gehabt hat. Die Bevölkerung sei obdachlos. — Ein Kriegsschiff mit Lebensmitteln wird unverzüglich nach Ischia abgehen.

Casamicciola, 24. Oktober. (W. L. W.) Infolge des heftigen Unwetters, das heute früh auf der ganzen Insel Ischia herrschte, sind in Casamicciola und der Umgegend mehrere Häuser fast vollständig zerstört worden. Alle Häuser sind durch Schlamm und grobe Steine blockiert. Bis abends war ein Toter aufgefunden worden; man befürchtet, daß unter den Trümmern noch mehrere Opfer liegen.

Salerno, 24. Oktober. (W. L. W.) Hier hat das Unwetter wenig Schaden angerichtet, dagegen ist der Schaden in Vietri sehr groß, ein Teil der Eisenbahn ist zerstört worden; in Amalfi drang das Wasser in die Erdgeschosse der Häuser ein, mehrere Bäche sind über die Ufer getreten und haben das Land bei Sarno, San Marzano, Colliano, Olevano und Angri überschwemmt. Auch Rajori und Minori sind überschwemmt. Die Straßenbahn von Salerno nach Angri ist unterbrochen.

### Eine Liebestragödie.

Bernigerode, 24. Oktober. (W. S.) In einem Hotel zu Schierke an der Brockenbahn hat sich der Proturist Brande, dessen Eltern in Charlottenburg wohnen, und seine 23jährige Geliebte vergiftet. Beide wurden tot auf dem Zimmer des Hotels vorgefunden.

### Die Entlassung der Reservisten.

Paris, 24. Oktober. (W. L. W.) Nach einem Erlaß des Kriegsministeriums sind am 26. bezim am 27. Oktober alle Beamte der Nordbahn, der Paris—Rhon—Mittelmeerbahn, der Orleans, der Süd- und der staatlichen Westbahn, welche anlässlich des Eisenbahnstausandes einberufen waren, zu entlassen.

### Der Verkehrsarbeiterausstand in Marseille.

Marseille, 24. Oktober. (W. L. W.) Der Ausstand der Rollwagenfischer und Bader hat sich heute nachmittags auf alle Unternehmungen des Rollfuhrwesens ausgedehnt. Auf den Bahnhöfen und Schiffsladestellen herrscht große Vermischung.

### Zum Schiffsunglück bei der Paternosterbucht.

Kapstadt, 24. Oktober. (W. L. W.) Zu dem Schiffsunglück bei der Paternosterbucht wird weiter gemeldet, daß insgesamt sieben Personen ertrunken sind. Alle übrigen befinden sich in Sicherheit. Das Schiff ist schweren Sturzseen ausgesetzt und voll Wasser. Es war in drahtloser Verbindung mit dem in Kapstadt liegenden deutschen Dampfer „Wolf Börmann“. Als letzter schwamm der Telegraphenbeamte an Land, nachdem er die Nachricht von dem Unglück abtelegraphiert hatte. Nach der Landung der Passagiere nahm ein norwegisches Fischerzeug Besitz von der „Lisboa“ und hieß auf ihr die norwegische Flagge, die später wieder durch die Flagge der „Lisboa“ ersetzt wurde. Zwei Schlepper sind an die Unglücksstätte abgegangen. (Siehe auch „Aus aller Welt“.)

Aus der Reichsversicherungsordnungskommission.

Sitzung vom Montag, den 24. Oktober.
Kurzliche Gutachten.

Die Sozialdemokraten hatten beantragt, daß vor der Feststellung der Unfallrente zuerst der behandelnde Arzt ein Gutachten über den Zustand des Verletzten abgeben soll.

Anders ist das Verfahren schon nach dem geltenden Gesetz, denn, wenn der behandelnde Arzt zu dem Versicherungsträger in einem Vertragsverhältnis steht, wenn er also der Vertrauensarzt der Berufsgenossenschaft ist, dann muß auf Antrag ein anderer Arzt gehört werden.

Hier bringt aber der Entwurf die Forderung, daß ein anderer Arzt nur dann gehört werden muß, wenn der behandelnde Arzt zu dem Versicherungsträger in einem nicht nur vobergehenden Vertragsverhältnis steht.

Darauf begann die Kommission mit der Beratung darüber, wie das Verfahren bis zur endgültigen Feststellung der Unfallentschädigung durch die Berufsgenossenschaft verbessert werden kann.

Der italienische Parteitag.

Erster Verhandlungstag.

Mailand, 21. Oktober.

In dem neuen, erst vor wenigen Tagen eingeweihten Volkshaus in Mailand, ist heute früh der erste Parteitag der sozialistischen Partei Italiens eröffnet worden.

Kleines feuilleton.

Theater.

Modernes Theater: Der Polack, Trauerspiel von Leo Birinski. Birinski ist ein junger Oesterreicher. Sein Drama, das in dem verstorbenen Mainz einen enthusiastischen Bewunderer fand und bei der Wiener Erstaufführung einen gewissen Erfolg davontrug, spielt in einer russischen Gouvernementsstadt zur Zeit der russischen Revolution.

Der Saal, der glücklicherweise eine vorzügliche Musik hat, ist der Kongreß zu Ehren mit einer großen Wüste von Karl Marx, die sich von einem Hintergrund von roten Fahnen abhebt, geschmückt worden.

Als Vertreter des Parteivorstandes gibt Genosse Dr. Duffi der Ueberzeugung Ausdruck, daß auch der diesmalige Parteitag nach einmal die ewig wiederkehrenden Voraussetzungen der Gegner widerlegen werde, die periodisch das bald bevorstehende Ende oder die Spaltung unserer Partei voraussetzen.

Es sprechen weiter Genosse Ronici als Vertreter der Jugendorganisation, der besonders befruchtete Beziehungen zwischen Jugendorganisation und Partei befruchtet, dann Genosse Della Valle für die Mailänder Arbeiterkammer.

Genosse Carpiantini entzieht darauf dem Proletariat der neuen Republik Portugal den Gruß des Kongresses und spricht den Wunsch aus, daß die politische Revolution auch einen Schritt vorwärts auf dem Wege der sozialen Revolution bedeuten möge.

Darauf wird zur Tagesordnung geschritten, bei der die zwischen den beiden Richtungen vereinbarten Namen vom Kongreß durch Applikation angenommen werden.

Genosse Carpiantini entzieht darauf dem Proletariat der neuen Republik Portugal den Gruß des Kongresses und spricht den Wunsch aus, daß die politische Revolution auch einen Schritt vorwärts auf dem Wege der sozialen Revolution bedeuten möge.

Darauf wird zur Tagesordnung geschritten, bei der die zwischen den beiden Richtungen vereinbarten Namen vom Kongreß durch Applikation angenommen werden.

Genosse Carpiantini entzieht darauf dem Proletariat der neuen Republik Portugal den Gruß des Kongresses und spricht den Wunsch aus, daß die politische Revolution auch einen Schritt vorwärts auf dem Wege der sozialen Revolution bedeuten möge.

Darauf wird zur Tagesordnung geschritten, bei der die zwischen den beiden Richtungen vereinbarten Namen vom Kongreß durch Applikation angenommen werden.

Genosse Carpiantini entzieht darauf dem Proletariat der neuen Republik Portugal den Gruß des Kongresses und spricht den Wunsch aus, daß die politische Revolution auch einen Schritt vorwärts auf dem Wege der sozialen Revolution bedeuten möge.

Darauf wird zur Tagesordnung geschritten, bei der die zwischen den beiden Richtungen vereinbarten Namen vom Kongreß durch Applikation angenommen werden.

Genosse Carpiantini entzieht darauf dem Proletariat der neuen Republik Portugal den Gruß des Kongresses und spricht den Wunsch aus, daß die politische Revolution auch einen Schritt vorwärts auf dem Wege der sozialen Revolution bedeuten möge.

Darauf wird zur Tagesordnung geschritten, bei der die zwischen den beiden Richtungen vereinbarten Namen vom Kongreß durch Applikation angenommen werden.

Genosse Carpiantini entzieht darauf dem Proletariat der neuen Republik Portugal den Gruß des Kongresses und spricht den Wunsch aus, daß die politische Revolution auch einen Schritt vorwärts auf dem Wege der sozialen Revolution bedeuten möge.

Darauf wird zur Tagesordnung geschritten, bei der die zwischen den beiden Richtungen vereinbarten Namen vom Kongreß durch Applikation angenommen werden.

Genosse Carpiantini entzieht darauf dem Proletariat der neuen Republik Portugal den Gruß des Kongresses und spricht den Wunsch aus, daß die politische Revolution auch einen Schritt vorwärts auf dem Wege der sozialen Revolution bedeuten möge.

Darauf wird zur Tagesordnung geschritten, bei der die zwischen den beiden Richtungen vereinbarten Namen vom Kongreß durch Applikation angenommen werden.

Genosse Carpiantini entzieht darauf dem Proletariat der neuen Republik Portugal den Gruß des Kongresses und spricht den Wunsch aus, daß die politische Revolution auch einen Schritt vorwärts auf dem Wege der sozialen Revolution bedeuten möge.

Darauf wird zur Tagesordnung geschritten, bei der die zwischen den beiden Richtungen vereinbarten Namen vom Kongreß durch Applikation angenommen werden.

Genosse Carpiantini entzieht darauf dem Proletariat der neuen Republik Portugal den Gruß des Kongresses und spricht den Wunsch aus, daß die politische Revolution auch einen Schritt vorwärts auf dem Wege der sozialen Revolution bedeuten möge.

Darauf wird zur Tagesordnung geschritten, bei der die zwischen den beiden Richtungen vereinbarten Namen vom Kongreß durch Applikation angenommen werden.

Genosse Carpiantini entzieht darauf dem Proletariat der neuen Republik Portugal den Gruß des Kongresses und spricht den Wunsch aus, daß die politische Revolution auch einen Schritt vorwärts auf dem Wege der sozialen Revolution bedeuten möge.

der Geschäftsordnung hat sich nämlich dahin geeinigt, die Frage der allgemeinen Leitfäden, den Bericht der Fraktion, die Teilnahme an der Regierung, die Beziehungen zwischen Fraktion und Partei und die Berichte des Parteivorstandes und des „Kvanti“ im Plenum zu behandeln, alle anderen Fragen aber der Vorbereitung der Sektionen zu unterwerfen, wobei aber jede Beschlußfassung dem Gesamtparteitag überlassen bleibt.

Von viel größerer Bedeutung ist die Frage der Umstellung der Tagesordnung. Genosse Turati hat ein Referat vorgelegt, das unter dem Titel „Allgemeine Leitfäden der politischen Aktion“ eine Reihe von Sonderfragen behandelt.

Turati wendet sich heftig gegen sie. Er und die Seinen wollen gerade nach allgemeinen Grundfäden die Ereignisse benennen. Die anderen dagegen wollten sich die Freiheit fähren, aus persönlichen Gründen hier für und da gegen denselben Grundfaden zu stimmen.

Für die Umstellung spricht denn La Sardo, der meint, was die Gegner sagen, dürfe nicht bekümmern, und darlegt, daß der revolutionären Fraktion nichts ferner läge, als persönliche Erbitterung. Er hebt dann den Widerspruch hervor, zwischen dem, was Turati jetzt vertritt und dem was er in Florenz vertreten hat.

In gleichem Sinne sprechen Jacobi, Serrati und Lazzari, gegen die Umstellung Salvemini und für sie im Schlußwort Genosse Ratti. Man tritt darauf um 5 Uhr nachmittags in die namentliche Abstimmung für die Umstellung ein.

Die Abstimmung findet ohne Zwischenfälle statt, und das anfänglich lebhafteste Interesse nimmt schnell ab, sobald sich herausstellt, daß die Mehrheit auf alle Fälle auf Seiten der Reformisten ist.

Zu dem Ergebnis ist zu bemerken, daß die Intransigenten nicht ganz geschlossen für die Umstellung gestimmt haben, und daß andererseits die sogenannten „unzufriedenen Reformisten“ nicht ihre Stimmen mit denen der Intransigenten, sondern vielmehr mit denen der übrigen Reformisten vereinigt haben.

Die ganze Nachmittagsitzung ist den Fragen der Geschäftsordnung gewidmet worden, aus deren taktische Bedeutung wir bereits in früheren Berichten aufmerksam gemacht haben.

Die Frage der Beratung in Sektionen, die zuerst vom Genossen Pittagula angeschnitten wurde, hat durch eine Vereinbarung ihre Lösung gefunden. Die Kommission zur Festsetzung

vollbringen, wird beraten. Der Vertreter soll im väterlichen Hause vorbeigehen werden. Der Anschlag gelingt. So ist die Erwartung auf das Erscheinen des Helden bis zum höchsten Grad gesteigert.

Genosse Carpiantini entzieht darauf dem Proletariat der neuen Republik Portugal den Gruß des Kongresses und spricht den Wunsch aus, daß die politische Revolution auch einen Schritt vorwärts auf dem Wege der sozialen Revolution bedeuten möge.

Darauf wird zur Tagesordnung geschritten, bei der die zwischen den beiden Richtungen vereinbarten Namen vom Kongreß durch Applikation angenommen werden.

Genosse Carpiantini entzieht darauf dem Proletariat der neuen Republik Portugal den Gruß des Kongresses und spricht den Wunsch aus, daß die politische Revolution auch einen Schritt vorwärts auf dem Wege der sozialen Revolution bedeuten möge.

Darauf wird zur Tagesordnung geschritten, bei der die zwischen den beiden Richtungen vereinbarten Namen vom Kongreß durch Applikation angenommen werden.

Genosse Carpiantini entzieht darauf dem Proletariat der neuen Republik Portugal den Gruß des Kongresses und spricht den Wunsch aus, daß die politische Revolution auch einen Schritt vorwärts auf dem Wege der sozialen Revolution bedeuten möge.

Darauf wird zur Tagesordnung geschritten, bei der die zwischen den beiden Richtungen vereinbarten Namen vom Kongreß durch Applikation angenommen werden.

Genosse Carpiantini entzieht darauf dem Proletariat der neuen Republik Portugal den Gruß des Kongresses und spricht den Wunsch aus, daß die politische Revolution auch einen Schritt vorwärts auf dem Wege der sozialen Revolution bedeuten möge.

Darauf wird zur Tagesordnung geschritten, bei der die zwischen den beiden Richtungen vereinbarten Namen vom Kongreß durch Applikation angenommen werden.

Genosse Carpiantini entzieht darauf dem Proletariat der neuen Republik Portugal den Gruß des Kongresses und spricht den Wunsch aus, daß die politische Revolution auch einen Schritt vorwärts auf dem Wege der sozialen Revolution bedeuten möge.

Darauf wird zur Tagesordnung geschritten, bei der die zwischen den beiden Richtungen vereinbarten Namen vom Kongreß durch Applikation angenommen werden.

Genosse Carpiantini entzieht darauf dem Proletariat der neuen Republik Portugal den Gruß des Kongresses und spricht den Wunsch aus, daß die politische Revolution auch einen Schritt vorwärts auf dem Wege der sozialen Revolution bedeuten möge.

Darauf wird zur Tagesordnung geschritten, bei der die zwischen den beiden Richtungen vereinbarten Namen vom Kongreß durch Applikation angenommen werden.

Genosse Carpiantini entzieht darauf dem Proletariat der neuen Republik Portugal den Gruß des Kongresses und spricht den Wunsch aus, daß die politische Revolution auch einen Schritt vorwärts auf dem Wege der sozialen Revolution bedeuten möge.

Darauf wird zur Tagesordnung geschritten, bei der die zwischen den beiden Richtungen vereinbarten Namen vom Kongreß durch Applikation angenommen werden.

Notizen.

Theaterchronik. Im Residenz-Theater findet die Erstaufführung des Schwanes „Der Herr von R. 10“ statt am 29. Oktober erst Freitag, den 4. November, statt.

Der Protektionsschreiber. Mit Erstanmen las man, daß König der „ganz große König“, das unglückliche Kolportagestück des Herrn Birinski sehr geschätzt habe.

Die Berliner Medizinische Gesellschaft feiert ihr 50jähriges Jubiläum Mittwoch, den 26. Okt., mittags 12 Uhr durch eine Festigung im Langendehausen.

# Berufsvormünder-Tag.

Die Fürsorge für Kinder und Jugendliche erwartet Förderung von der allgemeinen Einführung der sogenannten Berufsvormundschaft. Ueber die Beziehungen der Berufsvormundschaft zu verschiedenen Zweigen der Kinder- und Jugendfürsorge verhandelt der 5. Deutsche Berufsvormünder-Tag, der am 24. Oktober in Berlin (Rathaus) zusammengetreten ist. Einberufen hat ihn die Vereinigung „Archiv deutscher Berufsvormünder“, die eine Zentralstelle für Bestrebungen zu Gunsten der Berufsvormundschaft ist, und die „Deutsche Zentrale für Jugendfürsorge“. Als Teilnehmer sind erschienen Vertreter von Behörden deutscher Staaten und vieler deutscher Städte (auch ausländischer, wie Wien und Zürich), ferner von Fürsorgevereinen usw.

Nach Eröffnung wurde in der Vormittags-Sitzung der Bericht übertragten dem Prof. Dr. Klumler-Frankfurt a. M., Vorsitzender des ständigen Ausschusses des Archivs deutscher Berufsvormünder, zu Stellvertretern wurden ernannt Stadtrat Dühring-Berlin und Bürgermeister Schmidt-Rainig. Mit Begrüßungsansprachen des Vorsitzenden sowie von Vertretern des preussischen Justizministeriums, des Berliner Magistrats usw. begannen die Verhandlungen. Für Berlin erklärte Stadtrat Münsterberg, daß auch hier „Erwägungen“ im Gange sind. Prof. Klumler erstattete den Jahresbericht und stellt fest, daß das Interesse für den Gedanken der Berufsvormundschaft im letzten Jahre bedeutend zugenommen hat.

Ueber die Beziehungen zwischen „Berufsvormundschaft und Säuglingssterblichkeit“ referierte Stadtrat Dr. Adler-Weipzig, der die Leipziger Berufsvormundschaft für uneheliche Kinder leitet. Er sprach aus der Praxis für die Praxis auf Grund des reichen Beobachtungsmaterials, das die Leipziger Berufsvormundschaft mit ihren jetzt mehr als 6000 Kindern liefert. Die Berufsvormundschaft, führte er aus, sorgt dafür, daß den Säuglingen der nötige Unterhalt gewährt wird, indem sie die unehelichen Väter nachdrücklich, als ein Einzelvormund es vermag, zur Zahlung von Alimentern anhält. In Weipzig sind so in dem letzten Jahrzehnt 1713 854 M. für die Mängel beigegeben worden, 60 822 M. in 1900, aber in 1909 bereits 316 787 M., wozu noch die vielleicht ebenso hohen freiwilligen Zahlungen von Vätern kommen. Diese den Unterhalt sichernde Tätigkeit kommt den unehelichen Kindern, besonders in dem so wichtigen ersten Lebensjahre sehr zu statten. Die Berufsvormundschaft wirkt ferner wesentlich mit an der Beaufsichtigung der Säuglinge und überhaupt an der Fürsorge für ihr Wohlergehen. Adler schilderte das Leipziger System, wobei er unter dem Beifall der Zuhörer die Verdienste des Geheimrats Dr. Laube, des Kinderarztes der Stadt Weipzig, hervorhob. Ein günstiger Einfluss der Berufsvormundschaft auf die Herabsetzung der Säuglingssterblichkeit sei nach den gemachten Beobachtungen mit Sicherheit anzunehmen. Referent schloß mit dem Wunsch, auch Dresden möge, wie Sachsen es getan, recht bald den Gemeinden die jetzt noch fehlende Möglichkeit geben, ohne weiteres für alle unehelichen Kinder die gesetzliche Vormundschaft zu übernehmen, und das Reich möge eine höchste Zentralstelle für Jugendfürsorge schaffen.

Als Korreferent sprach Prof. Dr. Keller, Direktor des Augusta-Viktoria-Daueses zu Charlottenburg, das eine Musteranstalt für Säuglingspflege sein will. Er meinte, daß der Rückgang der Kindersterblichkeit weniger der Berufsvormundschaft als der Säuglingsfürsorge zuzuschreiben sei. Von den Berufsvormündern fordert er weitestgehende Unterstützung der Tätigkeit des Arztes in der Säuglingsfürsorge; ein enger Zusammenarbeiten sei hier dringend zu wünschen, aber daran habe es z. B. die Berufsvormundschaft der Stadt Charlottenburg und die des Pastor Pfeiffer'schen „Kinderrettungsvereins“ zuweilen fehlen lassen. Berufsvormundschaft, Heilfahndungen, Armenpflege, Jugendfürsorge seien zu einer gemeinsamen Behörde oder zu einer Art Ausschuss zusammenzufassen, der mit gemeinsamen Ärzten und Pflegerinnen arbeiten müsse.

In der Diskussion wies Stadtrat Dr. Samter-Charlottenburg die Angriffe auf Charlottenburgs Berufsvormundschaft zurück. Bürgermeister Schmidt-Rainig bedauerte, daß an die Stelle der unzulänglichen Waisenvormundschaft, der nach Ueber-einkunft mit dem Vormundschaftsgericht die Ermangelung eines geeigneten Einzelvormundes zutreffende Bestellung eines Berufsvormundes, nicht längst überall in den deutschen Bundesstaaten die gesetzliche Berufsvormundschaft getreten ist. Pastor Pfeiffer-Berlin schilderte die Arbeit seines „Kinderrettungsvereins“, seiner besoldeten Helferinnen und der freiwillig tätigen Damen, die er nicht missen mag. Er hält es für richtig, daß er als Waisenvormund seine Rechte im Interesse des Kindes auch gegen die Mutter bis zum äußersten gebraucht. So sucht er Mütter daran zu hindern, daß sie ihre Kinder aus Pflegestellen zurücknehmen, die er für gut hält. Geheimrat Dr. Laube-Weipzig erklärte, Grundbedingung aller Kinderfürsorge sei, die soziale Lage von Mutter und Kind zu bessern. Den unehelichen Kindern könne geholfen werden nicht durch die bloße Sammelvormundschaft, sondern durch die gesetzliche Generalvormundschaft, die für das ganze Reich zu fordern sei. Aus der weiteren Debatte sei nach hervorgehoben, daß Prof. Dr. Schlochmann-Düsseldorf mit aller Schärfe die „Vetrenung des Kindes durch Damen, die das aus wohlthätigem Herzen oder auch als Sport betreiben“, ablehnte. Ein Hauptwerk Toubes sei aber der Kampf gegen die dilettantische Liebhaberei gewesen, die für die Kinderfürsorge gerade im wichtigsten Augenblick aufstehe, zurzeit der Sonnenhitze, wenn die Damen in die Bäder entfliehen. „Ich habe“, schloß Redner, „das Gefühl, als ob die ganze Säuglingsfürsorge sich auf einem Weg befindet, der einem Abgrund nahe liegt, dem Abgrund der Lächerlichkeit“. Spielte er an auf den plötzlichen Eifer, mit dem die bürgerliche Klasse sich der Kinderfürsorge zugewandt hat, nachdem diese das Interesse „allerhöchster Kreise“ geweckt hatte?

Eine Reihe Zeitsätze, die den Substantengang der Referate zusammenfassen und von den Referenten gemeinsam vorgelegt wurden, fanden Zustimmung.

In der Nachmittags-Sitzung, die auffallend schwach besucht war, referierte über „Berufsvormundschaft und Kinderfürsorge“ der Anstaltsdirektor Dr. Volligkeit-Frankfurt a. M. Auch für die Verbannung entmündigter Trinker sei die Einführung der Berufsvormundschaft zu wünschen, die eine wichtige Beseitigung der Trinkerfürsorge sei. Ein Berufsvormund für Trinker müsse umfassende Sachkunde in Behandlung von Trinkern mit der Eigenschaft steter Hilfsbereitschaft in sich vereinen. Er werde rechtzeitig und wirksam die Entmündigung eingeleiteten wissen und ihren Wert in der Fürsorge nicht so sehr für das Vermögen als für die Verantwortlichkeit des Trinkers sehen. Volligkeit denkt namentlich an Berufsarbeiter auf dem Gebiet der Trinkerfürsorge, wie sie in Trinkerrettungsvereinen ausgeübt wird. Er fordert individualisierende Behandlung, Mitwirkung ärztlicher und juristischer Sachverständiger, geregelte Beziehungen zu öffentlichen wie privater Armenpflege und Kinderfürsorge. Von der durch Berufsvormundschaft vervollkommenen Trinkerfürsorge erwartet er einen günstigen Einfluss auch auf Armenpflege und Kinderfürsorge, weil sie bei Trinkern eine Gesunderung des Familienlebens in wirtschaftlicher und erzieherischer Hinsicht herbeiführen könne, indem sie Ursachen von Verarmung oder Verwahrlosung durch Heilung oder Unschädlichmachung des Trinkers beseitigt.

In der Diskussion sprach unter anderen Geheimrat Dr. Müller-Berlin, der Verwaltungsdirektor der Charité. Er sieht in der Verbindung mit Wohltätigkeitsorganisationen ein wirksameres Mittel der Trinkerfürsorge als in Heilanstalten. Auch die Fürsorgestellen für Lungenkranke könne man mit Erfolg in den Dienst der Trinkerfürsorge stellen, und in Berlin werde tatsächlich von den Schwereisten dieser Fürsorgestellen eine gewisse Fürsorge auch über Trinkerfamilien ausgeübt. In schweren Fällen habe natürlich Entmündigung einzutreten, leider werde aber so mancher von der Charité gestellte Antrag nur zu halb von ihr wieder zurückgegeben. Das Recht, Anträge zu stellen, müsse auch den Fürsorgestellen gewährt werden. Amtsdirektor Dr. Friedberg-Weihenstephan, der als Vormundschafts- und Jugendrichter tätig ist,

empfiehlt, mehr als bisher den Trinkern zunächst einen vorläufigen Vormund zu geben. Dieser könne dann das Entmündigungsverfahren aussetzen lassen und hiermit einer Zurücknahme des Antrages vorbeugen.

Die Sitzung schloß mit der Genehmigung der Zeitsätze, die der Referent vorgelegt hatte. Die Verhandlungen werden am Dienstag fortgesetzt.

# Die Radboder Katastrophe vor Gericht.

Fünfter Verhandlungstag.

Rechtsanwalt Dr. Köttgen erklärt, Oberbergtrat Krämer werde nicht mehr kommen, weil er infolge verschiedener Unfälle nicht abkömmlich sei. Er bitte, an seiner Stelle den Einfahrer David, der die Verhältnisse vor und nach dem Unglück auf Radbod genau kennt, zu hören. — Zu der heutigen Verhandlung sind die Lohnlisten der Zeche Radbod herbeigeschafft. An dieselben knüpfen sich lange Auseinandersetzungen zwischen den Prozedantenteiligen. Verteidiger Rechtsanwalt Heine bemerkt hierzu, die den Leuten ausgehändigten Lohnbücher seien ganz anders geführt, so daß ein Vergleich mit den Lohnlisten der Zeche gar nicht möglich sei. In der Hand der Lohnlisten wird dann festgestellt, daß entgegen der Behauptung des Bergwerksdirektors Andree dem Bergmann Kleh tatsächlich am 2. Mai für den laufenden Monat das Gebühre von 20 M. auf 12 M. herabgesetzt wurde. Wegen mehrerer Beschwerden im Kohlenlager ist jedoch in demselben Monat das Metergeld wieder auf den alten Satz erhöht worden. Der Zeuge Steiger Steinbach stellt aus den Lohnlisten fest, daß ein Bergmann im Monat August bei einem Gebühre von 1,50 M. pro Waggon Kohle 9,19 M. pro Schicht und im Monat 239,22 M. verdient hat. — Vorf.: Herr Steinbach, Sie haben aber selbst angegeben, daß Sie sich bei der Anfertigung des Gebühres verhalten haben und deshalb den Leuten vorklagen, sich für den Monat 60 M. abziehen zu lassen. — Zeuge Steinbach: Ich habe das lediglich im Interesse der Leute getan, damit das Gebühre nicht gekürzt würde. Die Leute sollten den Abzug im nächsten Monat nachbezahlt erhalten. — Vorf.: Sie haben aber das Gebühre dann doch gekürzt? — Zeuge Steinbach: Ja, aber nur, weil die Leute auf der Auszahlung des verdienten Lohnes bestanden.

Nächster Zeuge ist der Steiger Stenz von der Zeche Radbod. Vorf.: Ist Ihnen aber wohl bekannt, daß am 9. November das Wasser in der Grube gänzlich gefloß hat? — Zeuge Stenz: Ja, das ist mir bekannt. — Vorf.: Ist es nicht vorgekommen, daß sogenannte

## „Fleckenfälle“

gebaut wurden? — Zeuge: Das ist mir ein einziges Mal passiert, daß ein Bergmann eine betrügerische Mauer gebaut hatte. Ich habe dem Bergmann mit Entlassung gedroht, habe ihn dann aber später nicht entlassen. Sonst ist mir ein betrügerischer Ausbau von Stroden nie vorgekommen. — Staatsanwalt: Waschen sich die Leute aus dem Verleseln überhaupt sehr viel? — Zeuge: Nein. Man muß sie förmlich mit der Nase darauf stoßen. — Verteidiger Rechtsanwalt Heine: Ich bitte, doch den Zeugen Lewandowski noch einmal vorzuerufen. Herr Lewandowski hat uns ausdrücklich gesagt, daß die Arbeit leichter gehe, wenn geriefelt wird. Es scheint deshalb doch auch die Arbeiter darin über das Riefeln anderer Ansicht zu sein. — Zeuge Lewandowski: Wir wollten immer riefeln. Wenn wir kein Wasser in der Grube hatten, sind wir überall in der Grube herumgelaufen. Wenn man riefelt, entweicht sich kein Staub. Man kann mithin doch besser arbeiten und auch leichter sehen. Deshalb will man doch auch riefeln.

Nächster Zeuge ist der Bergmann Aniekuhl von der Zeche Radbod. Vorf.: Haben Sie einen Tag vor der Katastrophe einen Brand in der Grube gesehen? — Zeuge: Nein. Es ist beim Schließen ein Stückchen Zündschnur ins Stücken gekommen. Ich habe aber gleich gelöscht. — Bergwerksdirektor Andree: Der Zeuge Thomas hat in Berlin auf dem Bergarbeiterkongreß gesagt, daß dieser Arbeitspunkt höchstens in Flammen gestanden habe. — Zeuge: Ich habe davon nichts gesehen. — Sachverständiger Holtenber: Gatten Sie genug Druck in der Wasserleitung, um das Feuer zu löschen? — Zeuge: Ja, ich konnte es gut löschen und habe auch nachher riefeln können.

Zeuge Bergmann Wilhelm Schroth ist noch auf der Zeche Radbod beschäftigt. Er erklärt, nichts von Unglücksfällen beim Schließen und vom Versagen der Verriegelungsanlage zu wissen.

Nächster Zeuge ist der Bergmann Horn, ein Mitglied des Arbeiterausschusses. — Vorf.: Sind Sie nach dem Unglück mit in die Grube eingefahren? — Zeuge: Nein. Auch als die ersten Leichen geborgen wurden, bin ich nicht eingefahren. Ob sonst ein Mitglied des Arbeiterausschusses einfuhr, weiß ich nicht. — Sachverständiger Holtenber: Habe ich nicht in Ihrer Gegenwart einem Steiger gesagt: Hier ist ein Mitglied des Arbeiterausschusses; der Mann soll an eine andere Stelle verlegt werden, wo er mehr sehen kann. — Zeuge: Nein. Ich kann mich auf ein solches Gespräch nicht erinnern. — Zeuge Steiger Reefe: In der Grube war beim Versagen immer alles in Ordnung. Verschieden fanden stets eine wohlwollende Prüfung. — An der Hand der Protokolle des Arbeiterausschusses konstatiert Bergwerksdirektor Andree, daß der Grund zur Kündigung des Bergmanns Lewandowski, dessen Kolportage der sozialdemokratischen Arbeiterzeitungen auf der Kolonie Radbod gewesen sei. Gegen das Lesen solcher Zeitungen wolle er an sich nichts einwenden.

Die Generalaufnahme dürfte morgen zu Ende geführt werden und das Urteil am Mittwoch gefällt werden.

# Aus der Partei.

Parteitag des Bezirks Magdeburg.

Der Sozialdemokratische Bezirksverband Magdeburg hielt am Sonntag in Magdeburg-Fermersleben seinen fünften Bezirkstag ab. Der Bericht des Bezirksparteisekretärs Genossen Weims konnte eine erfreuliche Entwicklung der Organisationen des Bezirks konstatieren. Die Mitgliederzahl stieg vom 1. Juli 1909 bis zum 1. Juli 1910 von 18 482 auf 18 947; das bedeutet eine Zunahme von 4,65 Proz. Die Zahl der weiblichen Mitglieder wuchs von 1799 auf 2668. Innerhalb der letzten vier Jahre war eine Gesamtzunahme von 10 613 Mitgliedern zu verzeichnen. Auch die finanziellen Verhältnisse haben sich außerordentlich günstig entwickelt, was neben der Mitgliederzunahme vornehmlich mit auf die vor zwei Jahren beschlossene Einführung des 10-Pfennig-Wochenbeitrages zurückzuführen ist. Die Einnahme betrug im Berichtsjahre 83 623,22 M. und ist damit gegen das Jahr 1907/08 um mehr als das Doppelte gestiegen. Die Stadtverordneten- und Gemeindevorstandswahlen drohten der Partei eine nennenswerte Stimmenzunahme. Es sind in vier Städten 16 Stadtvorordnete und in 86 Landgemeinden 46 Gemeindevorordnete unserer Partei tätig. In zahlreichen Versammlungen und durch nahezu eine Million Flugblätter wurde die Agitation gefördert, wozu auch das monatliche Pandarbeiterblatt, die „Landpost“ wesentlich beitrug. Der Bezirksmaifonds hatte am 1. Juli d. J. einen Bestand von 8964,00 M. Aus dem Bericht der Propagandakommission ist hervorzuheben, daß die Zahl der Abonnenten der „Volksstimme“ auf über 25 000 gestiegen ist. Der Redaktion wurde um einen Redakteur vermehrt, so daß sie jetzt fünf Mitglieder zählt. Die Diskussion über den Rechenschaftsbericht drehte sich vornehmlich um interne geschäftliche und organisatorische Angelegenheiten. Dem Bezirksvorstande wurde die Ermächtigung erteilt, wenn der Reichstagswahltag wegen der Situation es erfordert, einen außerordentlichen Bezirkstag einzuberufen. Ferner wurde beschlossen, die Schaffung eines zentralen Jugendausschusses für den Regierungsbezirk Magdeburg vorzubereiten.

Am Tage vor dem Bezirkstage fand in Magdeburg eine Frauenkonferenz für den Bezirk statt, in der Genossin Zieg-Fraulin einen Vortrag über die Frage hielt: „Welche Aufgaben hat

die Frau in der sozialdemokratischen Parteifunktion zu erfüllen?“ Beschlossen wurde u. a. Lehrabende einzurichten, um weibliche Parteifunktionäre auszubilden.

# Die Organisationen zum Parteitag.

Stettin.

Den Bericht vom Parteitag erstattete am Freitag in der Generalversammlung des Stettiner sozialdemokratischen Vereins Genosse Rante. Zur Budgetfrage führte er u. a. aus, daß nach der ergiebigen Diskussion jedermann eine verständliche Erklärung der badischen Genossen erwartet hatte. Die scharfe Erklärung Frants aber wirkte wie eine Provokation und es kam deshalb zu der berühmten Nachsicht, denn der Parteitag konnte sich solche Herausforderung nicht gefallen lassen. In der Erledigung der Budgetfrage wie in allen anderen hat der Parteitag gute Arbeit geleistet.

In der Diskussion verurteilten die Genossen Meyer, Hanna und Schenker die Stellungnahme des Parteitag in der Budgetfrage anzugreifen. Sie mußten zwar zugestehen, daß für die badische Landtagsfraktion kein zwingender Grund zur Annahme des Staatsbudgets vorlag, hätten jedoch die Ueberweisung der Budgetfrage an eine Studienkommission gewünscht. Genosse Horn polemisierte gegen diese Auffassung. Ein vorzeitiger Debatteabschluß machte leider der weiteren Diskussion ein Ende. Genosse Horn hatte folgende Resolution eingereicht:

„Die Generalversammlung des sozialdemokratischen Parteiverbands Stettin erklärt sich mit der Tätigkeit und den Beschlüssen des badischen Parteitag in Magdeburg einverstanden.“

Die Versammlung begrüßt es mit Freuden, daß der Parteitag in Sachen der Budgetbemittlung endgültig Klarheit geschaffen hat, und spricht zugleich die Erwartung aus, daß Parteigenossen in Zukunft durch ihr diszipliniertes Verhalten nicht wieder Anlaß zu solchen Debatten geben, wie sie der letzte Parteitag gestattet hat.“

Der erste Teil wurde mit allen gegen 7, der zweite mit allen gegen 14 Stimmen angenommen.

## Kannberg-Schwarzberg.

Eine Versammlung des 21. sächsischen Reichstagswahlkreises, die Sonntag in Schwarzberg tagte, nahm einstimmig folgende Resolution an:

„Die Parteiverammlung des 21. sächsischen Reichstagswahlkreises erklärt sich mit den Beschlüssen des Magdeburger Parteitag einverstanden, besonders begrüßt die Verammlung die entschiedene Stellung des Parteitag zur Budgetfrage und zum Disziplinbruch der badischen Genossen.“

## Rochitz-Fisch-Mitweida.

Auf der Generalversammlung des 15. sächsischen Reichstagswahlkreises zu Chemnitz wurde nach längerer Debatte mit 65 gegen 44 Stimmen folgende von den Limbacher Genossen eingebrachte Resolution angenommen:

„Die Kreisversammlung des 15. sächsischen Reichstagswahlkreises erklärt sich mit den Beschlüssen der Landesversammlung und des Parteitag, insbesondere aber mit den Beschlüssen in der badischen Budgetfrage vollständig einverstanden.“

In der lebhaften Diskussion hatte Genosse Stäbler, der Abgeordnete des Kreises, die Resolution befürwortet, während Genosse Heilmann, Redakteur der „Chemnitzer Volksstimme“, der Hervorhebung der Budgetfrage, die einen ganz unzulässigen Stich gegen die Gegner der Parteitagmehrheit enthalte, widersprach.

## Unsere Toten.

In Solingen starb in voriger Woche im Alter von 78 Jahren der Hornscholenschneder Karl Haller, der mit seinem Vater und seinen Brüdern zu den ersten Mitgliedern des Deutschen Arbeitervereins gehörte. Als die Solinger im Jahre 1867, entgegen den Weisungen des Präsidenten des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins, den Advokaten Dr. Warhni aus Kaulchen als Kandidat für den konstituierenden Norddeutschen Reichstag aufstellten, proklamierte der Präsident v. Schweiger den nunmehr Verstorbenen als Kandidaten. Der 134 Stimmen erhielt, während auf Warhni 1457 Stimmen fielen. Karl Haller war ein ehrenvoller Charakter, der überall sein Bestes gab. Seinen sozialdemokratischen Gesinnungen blieb er bis zum letzten Augenblick treu. Ehre seinem Andenken!

## Reichstagskandidat.

In einer am Sonntag, den 23. Oktober, in Reichen tagenden Kreisversammlung für den 7. sächs. Reichstagswahlkreis (Reichen-Großhain) wurde Genosse Richard Schmidt, Redakteur der „Reichen Volkszeitung“, mit großer Mehrheit als Kandidat aufgestellt.

Beitragshöhung. Die Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins Stettin beschloß eine Erhöhung der Beiträge von 30 Pf. pro Monat, auf 10 Pf. pro Woche für männliche und 5 Pf. für weibliche Mitglieder im Hinblick auf die Kosten der kommenden Reichstagswahl.

Personalien. Die Kölner Parteigenossen wählten an Stelle des ausgeschiedenen bisherigen Parteisekretärs Gen. Verward Müller den Genossen Runge, der seit fünf Jahren Parteisekretär im Bochum-Gelsenkirchener ist.

# Soziales.

Wie man die Tuberkulose bekämpft.

Kürzlich hatten wir uns mit einem Rundschreiben des Vorstandes der Landesversicherungsanstalt Rheinprovinz an die Krankenkassen befaßt, wodurch diese angewiesen wurden, wegen Ueberfüllung der Heilstätten nur solche kurbefähige zur Uebernahme des Heilverfahrens vorzuschlagen, denen in früherer Zeit noch kein Heilverfahren gewährt wurde; nur in den allerbringendsten Fällen könne nach ausführlicher Begründung durch die Krankenkassen ein Antrag auf Wiederholung der Heilbehandlung gestellt werden.

Also eine glatte Vorkontrollierung der Tuberkulosebekämpfung durch die staatlichen Organe. Nicht besser sieht es mit der Tätigkeit der Gemeinden auf diesem Gebiete. In Köln besteht eine „Städtische Fürsorgestelle für Lungenkranke“. Aus dem soeben erschienenen Jahresbericht entnehmen wir folgende Stelle:

„Die Zahl der noch zu versorgenden Tuberkulösen ist eine so große, daß wir für 600 vorgemerzte Familien nicht wirksam eintreten können. In diesen Familien können die Fürsorgemaßnahmen vorläufig nur in Belehrungen und Aufklärungen durch die Fürsorgeschwestern bestehen. Das große Interesse weiter Kreise für den Kampf gegen die volkserregende Seuche berechtigt uns zu der Hoffnung, daß unser Kriegsfonds noch erheblich anwachsen wird. Die Privatwohlthätigkeit dürfte kaum ein besseres Feld zur menschenfreundlichen Betätigung finden.“

Die volkserregende Seuche, wie der Bericht selbst sehr zutreffend sagt, soll also den Zufälligkeiten der Privatwohlthätigkeit preisgegeben werden! Die von den Anstaltsdirektoren des Dreiklassenwahlkreises vermeldete große und reiche Stadt, die überdies von der „christlichen“ Zentrumspartei beherrscht wird, hat kein Geld für die Kranken der Armen, für die Schwindsüchtigen. Genau wie der ärztliche Staat, der Milliarden für den organisierten Massenmord hinauswirft, für die Volksgesundheit aber keine Mittel hergibt.

Interessant ist auch die folgende Stelle in dem Kölner Jahresbericht:

„Durch den am 1. Februar 1909 eingetretenen Konflikt der Kölner Vereine mit den Krankenkassen haben sich die alten Fürsorgedienste (gemeint sind die Mitglieder des Leipziger Verbandes der Ärzte Deutschlands) Red. d. „Bor.“) nicht mehr in der Lage, die ärztliche Tätigkeit bei den bisher behandelten Lungenkranken weiter zu übernehmen.“

Die „Leipziger“ haben feinergezt in Köln den Wochst der Kranken und Sterbenden vermindert. Dann trugen sie ihren Streit in die Hörsäle der Akademie für praktische Medizin. Und nun hat man nach dem amtlichen Bericht auch den armen Lungenschwindsüchtigen den Krieg erklärt.

## Aus Industrie und Handel.

### Die Lasten in der Industrie.

In der „Rein-Weiß. Ztg.“ vom 19. Oktober 1910 (Nr. 1150) finden sich unter vorstehender Ueberschrift Ausführungen, die eine nähere Untersuchung heraufordern. Es heißt dort:

Gerade die Industrie ist mit öffentlichen Lasten in einer Weise bedacht, daß eine weitere Anziehung der Steuergräube die große Mehrzahl der bestehenden Betriebe in empfindlicher Weise schädigen würde. Besonders wenn man die Verhältnisse auf dem internationalen Markt in Betracht zieht, muß anerkannt werden, daß eine weitere Belastung mit Abgaben die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie unter Umständen gefährden könnte, da die Unternehmer im Auslande mit gleich hohen Steuern und sozialpolitischen Lasten nicht zu rechnen haben. Neben den sozialen Lasten drücken in erster Reihe die Staats- und Gemeindesteuern; die Reichsteuern, die dem Geschäftsbetrieb durch die letzte Reichsfinanzreform auferlegt wurden, fallen im Vergleich dazu weniger ins Gewicht. Auch dem Laien und allen denen, die sich nicht genug tun können, nach einem immer weiteren „Ausbau“ unserer sozialen Gesetzgebung zu rufen, muß es einleuchten, daß es ein ungesunder Zustand ist, wenn große Industrieunternehmen, namentlich solche auf dem Gebiete des Berg- und Hüttenwesens bis zu 90,5 Proz. des Reingewinns für Steuern, soziale Lasten und Wohlfahrtsbeiträgen aufwenden müssen. Immer neue, schier unerforschliche Staats- und Gemeindesteuern, sowie soziale Lasten sind der Industrie in den letzten Jahrzehnten aufgebürdet worden. Diese Verhältnisse werden in einer recht übersichtlichen Darstellung des Geschäftsleiters des Vereins der Industriellen des Regierungsbezirks Köln, Paul Steller, in einer zeitgemäßen Broschüre beleuchtet.

Was über die sozialen Lasten gesagt wird, stimmt nicht. Die sozialen Lasten selbst sind tatsächlich gering. Sie auf den Reingewinn zu beziehen, ist eine Methode, die weder sachlich noch richtig ist, denn sie werden nicht vom Reingewinn bezahlt. Sie sind ein Teil der Betriebskosten, wie Löhne, Lieferungen usw. Nach der Methode der „Rein-Weiß. Ztg.“ könnte man von einem Artikel, der zu 1000 Mk. Milligramm hergestelt und zu 100 Mk. verkauft wird, sagen, seine Herstellungskosten betragen 900 Proz. vom Reingewinn. Wenn sogar die Beiträge der Arbeiter mit zu den sozialen Lasten des Unternehmens verrechnet und mit den Beiträgen des Unternehmens auf den Reingewinn bezogen werden, dann ist das geradezu großer Unfug.

Die Angaben des Artikels in bezug auf Steuern sind teilweise direkt falsch. Es heißt da:

Nehmen wir z. B. die Berg- und Hüttenbetriebe, so sehen wir in den Steuerlasten Schwankungen zwischen 16,8 Proz. (Böhmischer Verein für Bergbau und Guldahlfabrikation) bis 39 Proz. (Westfälische Drahtindustrie in Hamm) des Reingewinns. Bei diesen Steuerlasten spielen auch die örtlichen Steuerverhältnisse eine große Rolle. Ganz enorm sind aber die Belastungen, die in unseren sozialen Gesetzen begründet sind. Sie betragen bei der genannten Gruppe von Industrieunternehmen im günstigsten Falle (Bergische Stahlwerke von der Hagen und Wessener Eisenhütten-Actien-Gesellschaft, Köln-Deutz) 64,4 Proz. des Reingewinns. Die letztere Gesellschaft hat bei einem Reingewinn von 1 757 487 Mk. und einer Dividende von 3 und 5 Proz. soziale Lasten in Höhe von 1 131 002 Mk. und nimmt man die Wohlfahrtsbeiträge hinzu, von 1 257 696 Mk. zu tragen. Ihre gesamte Belastung mit Steuern, sozialen Lasten und Ausgaben für Wohlfahrtsbeiträge macht 90,5 Proz. des Reingewinns aus.

Nimmt man z. B. den Geschäftsbericht der vereinigten Stahlwerke von der Hagen und Wessener Eisenhütten-Actien-Gesellschaft 1909/10 zur Hand, so findet man folgende Ausführungen:

Die Ausgaben für öffentliche Lasten haben im Berichtsjahre eine weitere starke Steigerung erfahren. Wir zählen an Abgaben:

|  |                |
|--|----------------|
| Staats- und Gemeindesteuern                          | 242 767,06 Mk. |
| Beiträge zu den Pensions- und Krankenkassen          | 88 086,28      |
| Beiträge zur Alters- und Invaliditätsversicherung    | 22 281,74      |
| Beiträge zur Knappschaftsberufsgenossenschaft        | 83 037,98      |
| Beiträge zur Krupp- u. Walzwerksberufsgenossenschaft | 48 226,25      |
| Summa  | 434 399,31 Mk. |

Der Geschäftsbericht gibt als statutarischen Gewinnanteil 81 442,21 Mk. an. Also genau soviel, wie die Gesellschaft zu den Berufsberufsgenossenschaften zu leisten hat, zahlt sie ihren Aufsichtsräten, und wenn man die Beiträge der Direktoren hinzunimmt, so ergibt sich vielleicht die interessante Tatsache, daß bei dieser Gesellschaft die sozialen Lasten nicht größer sind, als die Extrabehalte der Direktoren und die Aufsichtsratsentnahmen. Das Gerede von den sozialen Lasten ist Heuchelei und Schwindel.

### Zur Preisgestaltung am Getreidemarkt.

Die Getreideterminpreise für Dezember- und Malzlieferung haben auch in diesem Jahre schon eine nicht unbedeutende Höhe erreicht. Ebenso wie im vorigen Herbst operiert man mit der Erwartung einer unzureichenden Ernte, einer Erschöpfung der Weltvorräte, was natürlich die steigende Tendenz der Terminpreise bestärkt. Nun haben wir allerdings in diesem Jahre an der Berliner Produktendörse noch nicht so hohe Preise, wie sie uns der vorige Oktober brachte. Der Malzpreis für Weizen stand damals zeitweise über 220 Mk., die Roggenpreise lagen bei über 175 Mk. steigen. Waren im vorigen Jahre die Getreideterminpreise so hoch gekommen, daß man mit Hinsicht auf die vorhandenen Vorräte sie wohl übertrieben nennen konnte, so hat der Ausfall der Weltvorräte alle Nachrichten über eine Getreidemangel Lage gestraft. Deutschland hat in diesem Jahre so wenig wie 1909 Ursache, eine Getreidemangel zu befürchten. Sehr umfangreiche Vorräte sind aus der vorjährigen Kampagne zurückgeblieben. Zum Vergleich sind im folgenden die Malzpreise für Weizen und Roggen an der Berliner Dörse gegen Mitte und Ende August und September und Mitte Oktober 1910 in Mark pro Tonne zusammengestellt:

|        | 20. 23. 8. | 30. 8. | 15. 9. | 30. 9. | 15. 10. |
|--------|------------|--------|--------|--------|---------|
| Weizen | 215        | 212    | 217    | 215    | 220     |
| Roggen | 178        | 174    | 179    | 175    | 176     |
| 1910   |            |        |        |        |         |
| Weizen | 211        | 210    | 206    | 206    | 207     |
| Roggen | 161        | 163    | 160    | 160    | 160     |

Die Notierungen namentlich seit Mitte September sind nicht unwesentlich niedriger als im Vorjahre, in dem namentlich die Höherbewertung des Weizens in die Augen fällt, aber sie sind doch noch reichlich hoch.

### Gewinnsteigerungen.

Die Vergütungsgesellschaft Königshorn erzielte in den ersten neun Monaten des laufenden Jahres gegenüber der Vergleichszeit des Vorjahres einen um 92 168 Mark höheren Gewinn. — Im 66 000 Mark liegt der Gewinn der Gewerkschaft Ewald im 3. Quartal dieses Jahres im Vergleich mit dem 3. Quartal des Vorjahres. — Für die gleiche Zeit erarbeitete die Gewerkschaft Königshorn einen um 97 000 Mark erhöhten Gewinn. — Den Aktionären der Schußfabrik E. Singel ist für das letzte Jahr eine Dividende von 19 Proz., gegen 17 Proz. im Vorjahre, in Aussicht gestellt. — Die Gasmotorenfabrik Deuy konnte ihren Reingewinn von 1,4 auf 2,1 Mk. Mk. steigern; die Dividende erhöht sich von 5 auf 7 1/2 Proz. — Die Verwaltung der Zuckerfabrik Frankfurt schlägt bei gleichen Abschreibungen wie im Vorjahre ein Verträge von rund 109 000 Mk. die Verteilung einer 18prozentigen Dividende gegen 16 Proz. im Vorjahre vor.

## Aus der Frauenbewegung.

### Zur Frauenwahlrechtsfrage in Schweden.

Die Stockholms „Sozialdemokraten“ in Erfahrung gebracht hat, beabsichtigt die schwedische Regierung den Reichstag, der Mitte Januar zusammentritt, einen Entwurf zur Einführung des staatsbürgerlichen Frauenwahlrechts vorzulegen. Allzu viel Hoffnung darf man allerdings auf die zu erwartende Vorlage nicht setzen, denn die konservative Regierung des Herrn Lindman ist kein Freund von demokratischen Reformen. Bei der Interpellation über das Frauenwahlrecht in der letzten Reichstagsession wies der Ministerpräsident, statt eine klare Antwort zu geben, darauf hin, daß die Erhebungen über diese Frage noch nicht abgeschlossen seien. Man müsse doch erst abwarten, was dabei herauskomme. Der Zweck dieser recht langwierigen Erhebungen ist natürlich der, darzutun, ob das Frauenwahlrecht sich so durchführen läßt, daß es im Sinne der Reaktion staatsbehaltend wirkt. Wenn ja, dann wird wohl auch die konservative Regierung dafür zu haben sein. Ob die Erhebungen nun endlich abgeschlossen sind und was sie ergeben haben, darüber ist noch nichts bekannt geworden.

In Stockholms Stadtverordnetenversammlung spielte die Frauenwahlrechtsfrage dieser Tage auch eine gewisse Rolle. Es handelte sich um einen Antrag, 3000 Kronen Zuschuß zu den Unkosten des im nächsten Jahre zu Stockholm stattfindenden internationalen Frauenwahlrechtskongresses zu bewilligen. Die Landesvereinigung für politisches Frauenwahlrecht hatte die Stadt um diesen Beitrag ersucht. Der Ausschuss des Stadtparlamentes sprach sich in seiner Mehrheit für Ablehnung des Antrages aus, und in demselben Sinne äußerten sich die konservativen Männer im Plenum. Sie meinten, es handle sich beim Frauenwahlrecht um eine politische Frage und daß die Gelder der Steuerzahler nicht ausgegeben. Die ebenfalls konservative weibliche Stadtverordnete Valfrid Palmgren trat jedoch für den Antrag ein; ebenso unsere Parteigenossin Gertrud Ransjö sowie Genossin Lindhagen. Wenn es sich auch gewissermaßen um eine politische Frage handle, so doch keineswegs um eine parteipolitische. Die Stadt habe ja seinerzeit Mittel hergegeben für Nüchternheits-, Friedens-, Schützenkongresse und sogar 10 000 Kronen für den Empfang des russischen Jaren, womit sicher ein großer Teil der Steuerzahler nicht einverstanden gewesen sei, und da könne man gerechterweise das Verlangen der Frauen nicht zurückweisen. — Die Abstimmung ergab dann auch die Bewilligung der 3000 Kronen mit 49 gegen 38 Stimmen. Daß unter den im ganzen 100 Stadtverordneten wenigstens zwei Frauen sind, hat offenbar ein gut Teil dazu mitbewirkt, daß eine Mehrheit für den Antrag zustande kam.

### Veranstaltungen — Veranstaltungen.

Niederlehme. Mittwoch, den 26. Oktober 1910, im Lokal von Gustav Koch, Jägerstr. 10; Frauenversammlung. Vortrag: „Die Frau und die Politik“. Referentin: Genossin Juchacz-Berlin.

## Gerichts-Zeitung.

### Streitjustiz.

Wenn Streitende und Arbeitswillige aneinander geraten, pflegt die Anklagebehörde immer ein Vergehen gegen § 153 der Gewerbeordnung zu konstruieren, auch wenn es sich um ganz harmlose Vorgänge oder Reibereien handelt. Dieser Taktik der Anklagebehörde hat es sich der Schmied E. zugesprochen, daß er gestern unter der Anklage, gegen § 153 verstoßen und eine Körperverletzung begangen zu haben, vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte stand. — E., der zu den Streitenden gehörte, sprach auf der Strafe den Arbeitswilligen W. an und ersuchte ihn, am Streit teilzunehmen. Diese Unterbrechung war, wie der Zeuge W. angab, eine ruhige, eine Drohung gegen den Arbeitswilligen hat E. nicht ausgesprochen. Während E. und W. miteinander sprachen, kam ein Dritter, der Streitende R., dessen Aufenthalt nicht ermittelt werden konnte, hinzu und schlug den W. Dieser wehrte sich und nun versuchte der Angeklagte E., wie er behauptet, die beiden zu trennen. Nach der Behauptung des Zeugen W. soll E. ebenfalls auf ihn geschlagen haben. Daß das geschehen sei, um ihn zur Teilnahme am Streit zu veranlassen, konnte W. selbst nicht sagen. Nach diesem Ergebnis der Vernehmung ließ der Amtsanwalt die Anklage aus § 153 fallen, beantragte aber eine Strafe von 30 Mk. wegen gemeinschaftlicher Körperverletzung. — Der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Oskar Cohn, wies nach, daß, selbst wenn man der Angabe des Zeugen folge, von gemeinschaftlicher Körperverletzung keine Rede sein könne. Höchstens könne man annehmen, daß der Angeklagte, ohne mit dem Dritten im Einverständnis zu handeln, sich einer leichten Körperverletzung schuldig gemacht habe, die aber straffrei bleiben müsse, weil sie von dem Zeugen W. auf der Stelle erwidert worden sei. Das Urteil des Gerichts ging dahin: Ein Vergehen gegen § 153 liegt nicht vor. Der Angeklagte wird wegen gemeinschaftlicher Körperverletzung zu 30 Mk. verurteilt.

### Vereine und Konzeptionspflicht.

Nach § 88 Absatz 5 der Gewerbeordnung finden die Bestimmungen über die Konzeptionspflicht für die Ausübung der Gastwirtschaft, Schantwirtschaft oder den Kleinhandel mit Branntwein oder Spiritus auch auf Konsumvereine Anwendung, selbst wenn der Betrieb auf den Kreis der Mitglieder beschränkt ist, und daselbe gilt nach Absatz 6 desselben Paragraphen auch für andere Vereine, einschließlich der bestehenden, in dem Falle, daß die Landesregierungen es anordnen. Letzteres ist geschehen. In Preußen zum Beispiel geschah es durch ministerielle Anordnung vom 27. Dezember 1896. Ausgenommen wurden nur militärische Kaffee- und Kantinen, wenn nur Soldaten Zutritt haben. — Die Strafbestimmung des § 147 Ziffer 1 lautet aber noch wie vor so: „Mit Geldstrafe bis zu dreihundert Mark und im Unvermögensfalle mit Haft wird bestraft: 1. wer den selbständigen Betrieb eines bestehenden Gewerbes, zu dessen Beginn eine besondere polizeiliche Genehmigung (Konzeption, Approbation, Bestallung) erforderlich ist, ohne die vorgeschriebene Genehmigung unternimmt oder fortsetzt, oder von den festgesetzten Bedingungen abweicht.“

Das Vorstandsmitglied Witt vom Solinger Männergesangsverein „Hoffnung“ war wegen Übertretung dieser Strafbestimmung vom Landgericht Elberfeld zu einer Geldstrafe verurteilt worden, weil der Verein in dem von ihm gemieteten privaten Lebzugszimmer unter seiner Leitung Bier und Schnaps; die der Verein im Großen einkaufte, glasweise an seine Mitglieder in den Lebzugsstunden abgab. Zugleich sollte er das Gewerbebesteuergesetz übertreten haben.

U. legte Revision ein und berief sich unter anderem darauf, daß die Strafbestimmung des § 147 nur den gewerbemäßigen Ausschank betreffe.

Das Kammergericht hob die Verurteilung auf und verwies die Sache an das Landgericht mit folgender Begründung zurück: Es sei richtig, daß § 147 Absatz 1 seinem Wortlaut nach den durch die Novelle von 1896 eingefügten Absätzen 5 und 6 des § 88 nicht Rechnung trage, denn er spreche auch jetzt noch vom Betriebe eines Gewerbes, während es nach den Absätzen 5 und 6 des § 88 bei den fraglichen Vereinen auf Gewerbmäßigkeit nicht ankomme. Gleichwohl müsse die Strafbestimmung auch auf jene Vereine beziehungsweise ihre Vertreter für anwendbar erachtet werden. Denn wenn in den § 88 die Vereine mit hinein gebracht worden seien, so sei anzunehmen, daß das mit der Absicht geschehen sei, die Vereine unter dieselbe Strafbestimmung zu bringen, wie die einer Konzeption bedürftigen Gewerbetreibenden. § 147 der Gewerbeordnung sei also ohne weiteres anwendbar. — Anders verhalte

es sich jedoch mit dem Gewerbebesteuergesetz. Dieses könne nur Anwendung finden, wenn der Verein gewerbemäßig handele. Das sei hier noch nicht festgestellt. Wegen der Anwendung oder Nichtanwendung des Gewerbebesteuergesetzes müsse darum die Sache an die Vorinstanz zurückverwiesen werden, damit sie nachprüfe, ob der Verein gewerbemäßig handele oder nicht.

## Aus aller Welt.

### Choleraunruhen in Apulien.

In Bisceglie in Apulien kam es bei Desinfektionsarbeiten zu schweren Aufruhrszenen. Die Stadt war für Choleraerkrankung erklärt worden und das Sanitätspersonal begann, die öffentlichen Gebäude zu desinfizieren. Als die Arbeiter auch in der Kathedrale ihre Arbeiten begannen, stürmte die fanatische Bevölkerung den Eingang und griff die Sanitätsbeamten an, während die Frauen den zusammengesetzten Reibrich als Reliquien sammelten. Die Polizisten wurden verprügelt und die Karabinerie von der frommen Gemeinde mit Steinen beworfen. Einer der Beteiligten wurde getötet und zwei verwundet. Erst als die Karabinerie in die Luft schossen, schreckten die frommen Meinden zurück, so daß die Soldaten sich in eine Kaserne zurückziehen konnten.

In der Provinz Neapel sind während des letzten Tages sieben Neuerkrankungen und sieben Todesfälle an Cholera vorgekommen. In Rom starben drei Personen an Cholera.

### Schiffskatastrophen.

Nach einer Meldung aus Rio de Janeiro ist der Dampfer „Wally“ bei Para gescheitert. Durch das Unglück sollen 50 Personen ertrunken sein. Das kubanische Kanonenboot „Espedez“ ist gleichfalls gescheitert und fast die gesamte Mannschaft ertrunken. Einzelheiten über die beiden Katastrophen liegen bisher noch nicht vor.

Kapstadt, 24. Oktober. Der Dampfer „Lisboa“, der mit 250 Passagieren an Bord am 19. Oktober die Lobito-Bucht verlassen hatte, hat nordwestlich von der Paternoster-Bucht Schiffbruch gelitten. Drei Engländer, unter ihnen der Schiffingenieur, sind ertrunken, alle übrigen sind gerettet. Das Schiff ist vermutlich vollkommen verloren.

### Bootsunglück auf der Untertwerfer.

Am Sonntagvormittag kenterte in der Nähe von Bremen ein mit fünf Personen besetztes Segelboot. Der Gastwirt Feldmann aus Bremerhaven und seine elfjährige Tochter sowie zwei auf Fischdampfern bedienstete Matrosen sind ertrunken. Der fünfte Insasse, ein Barbier, konnte gerettet werden.

### Unwetter in Süditalien.

In der Nacht zum Sonntag ist in Süditalien ein schweres Unwetter niedergelassen, das großen Sachschaden anrichtete und mehrere Menschenleben vernichtete. Die niedergegangenen Regenmengen lösten vom Fels Schlammmassen ab, die die Straßen und Felder fast vollständig zerstörten. Zwei Familien wurden durch die niedergegangenen Schlammmassen verschüttet. Bisher sind fünf Tote, darunter vier Frauen, unter den Trümmern hervorgezogen. Auch die Provinz Salerno hat unter dem Unwetter sehr gelitten. Telegraph und Eisenbahnen sind unterbrochen, es ist unmöglich, von dort Nachrichten zu erhalten. In der Präfektur in Rom sind Meldungen von der Insel Ischia eingelaufen, wonach auch Ischia schwer betroffen worden ist. Doch sind Verluste an Menschenleben dort nicht zu beklagen. In die vom Unwetter betroffenen Gegenden sind Truppen zur Hilfeleistung abgegangen.

Nach neueren Meldungen über das Unwetter sind in Amalfi und Salerno eine größere Anzahl Personen umgekommen. Die Regierung hat nach der schwer heimgeführten Insel Ischia zwei Dampfer und ein Torpedoboot mit Truppen und Hilfsmitteln entsandt.

### Ueberfall auf einen Postwagen.

Am Sonntagabend wurde der von dem Bahnhof Grottau in Sachsen kommende Postwagen unweit des Postamtes in Grottau von drei Männern überfallen. Der eine der Räuber versuchte die Pferde anzuhalten, der zweite kletterte auf den hinteren Teil des Wagens und der dritte versuchte, den Aufsitzer vom Sock zu reißen. Zwischen dem Aufsitzer und einem Räuber kam es zu einem harten Kampfe, bei dem schließlich der Räuber überhand gewann. Er wurde festgesetzt als der aus Böhmischem Ullersdorf stammende Ernst Brädermann. Die anderen beiden Räuber entkamen.

### Aus 100 Meter Höhe abgestürzt.

Der französische Militäraviator Kapitän Radiot unternahm am Sonntag mit seinem Veroplan bei ruhigem Wetter in etwa 100 Meter Höhe einen gut gelungenen Flug. Als Radiot sich anschickte, im Gleitfluge zu landen, stürzte der Apparat plötzlich ab und zerbrach. Der Pilot erlitt einen Schädelbruch und starb augenblicklich.

### Kleine Notizen.

Eine schwere Bluttat verübte in der Nacht zum Sonntag der älteste Sohn des Erbprinzen Waldt aus Wöbbeck in Wetzlarburg. Wegen seines Leichtsinns sollte ihm die Erbschaft entzogen werden, aus Wut darüber erschlug er erst seinen Vater, dann seinen jüngeren Bruder, die in ihren Betten schliefen. Darauf erhängte sich der Mörder in einem nahen Walde.

Ein Ballon in die Nordsee gefallen. Der am Sonntagvormittag in Berlin aufgestiegene Ballon „Hilfbrand“ beendete seine Fahrt in der Nordsee. Die Insassen des Ballons wurden von einem Toffendampfer gerettet; der Ballon wurde durch einen Schleppdampfer Gylfo geborgen.

Ein vermögter Ballon gelandet. Der Ballon „Düsselhof“, der an der Gordon-Bennett-Fahrt in St. Louis teilgenommen hatte und seitdem vermisst wurde, ist Mittwochmittag in der Nähe von Ristikint (Quebec) gelandet. Die Mannschaft behauptet, 1240 englische Meilen zurückgelegt zu haben.

Der Sturm auf Kuba. Die Zahl der bei dem letzten Orkan auf Kuba umgekommenen Personen sollen sich zusammen auf hundert belaufen.

Ueberfall auf einen Wächter. Der Aufsicher der Sandgruben in Dombrowa in Oberschlesien wurde nachts von unbekannten Tätern überfallen und furchtbar zugerichtet. Die aufgefundenen Leiche wies Arm- und Beinbrüche auf, der Kopf war bis zur Unkenntlichkeit verstümmelt.

Amstlicher Marktbericht der holländischen Marktballen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Marktbällen. Markttag: Freitag, 24. Oktober. Geschäft schleppend, Preise für Schweinefleisch anziehend, für holländisches Rindfleisch nachgebend. Wild: Junger reichlich, Geschäft lebhaft, Preise etwas besser. Vögel: Junger geringend, Geschäft schleppend, Preise schwach. Fisch: Junger mäßig, Geschäft ziemlich lebhaft, Preise wenig verändert. Butter und Käse: Geschäft ruhig, Preise unverändert. Gemüse, Obst und Südsüchte: Junger geringend, Geschäft ruhig, Preise behauptet.

Unserem neuvermählten Begleitpaar  
**Paul Gandeki und seiner Frau**  
 die besten Glückwünsche!  
 Die Genossen des 179. Bezirks.  
 1525b

**Deutscher Metallarbeiter-Verband**  
 Verwaltungsstelle Berlin.  
**Todes-Anzeige.**  
 Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schleifer  
**Robert Bliesenick**  
 am 22. Oktober an Magenleiden erstarbt ist.  
**Ehre seinem Andenken!**  
 Die Beerdigung findet am Dienstag, den 25. Oktober, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Lichtenberger Kirchhofes in Marzahn bei Berlin aus statt. Frege Beteiligung erwartet.  
 124/4 Die Ortsverwaltung.

Allen Verwandten und Bekannten die traurige Nachricht, daß mein lieber Mann, unser guter Vater, Schwieger- und Großvater, der Zimmerer, Parkmäher und Veteran  
**August Lange**  
 nach kurzem schweren Leiden am 22. d. Mts. verstorben ist.  
 Die Beerdigung findet am 25. d. Mts., nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Krankenhauses des Städtischen Krankenhauses bei Berlin aus statt. Frege Beteiligung erwartet.  
 124/4 Die Ortsverwaltung.

Am Freitag verschied nach langem, schwerem Leiden meine inniggeliebte Frau, unsere gute Mutter  
**Anna Schottka**  
 geb. Aug. 1535b  
 Dies zeigen liebtätig an  
 Die trauernden Hinterbliebenen.  
 Die Beerdigung findet am Mittwoch, nachmittags 3 1/2 Uhr, auf dem Dammhofs-Friedhof in Nordend statt.

**Dankfagung.**  
 Für die überaus zahlreichen Beweise herzlicher Teilnahme und kostbaren Kranzspenden anlässlich der Beerdigung meines lieben Vaters, Bruders und Schwagers  
**Gustav Ochwat**  
 sagen wir allen Verwandten, Freunden und Bekannten, besonders der Geschäftsleitung der Buchdruckerei „Bormarts“, seinen Kollegen sowie den Sängern des Vereins „Lappographia“ auf diesem Wege unseren herzlichsten Dank.  
 Im Namen der trauernden Hinterbliebenen  
**Witwe Klara Ochwat**  
 nebst Kindern.

**Dankfagung.**  
 Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes, des Metallarbeiters  
**Richard Götsch**  
 sage ich allen Verwandten, Freunden und Bekannten sowie den Kollegen und Kolleginnen der Abteilung des Meisters Herrn Wilmann meinen herzlichsten Dank.  
**Witwe Marie Götsch**  
 15012 geb. Pahms.

**Dankfagung.**  
 Für die vielen Beweise inniger Teilnahme und für die gestiftete reiche Fülle von Kranzspenden bei der Beerdigung meiner plötzlich auf so erschütternde tragische Weise entfallenen unvergesslichen Frau  
**Helene Aumann**  
 sage ich allen Verwandten und Bekannten, dem Verbands der Schneider und Maßschneider (Zentrale Berlin 3), der Firma D. Arndt, ihren Kolleginnen und Kollegen und insbesondere für die trostreichen Worte des Herrn Walter Rausche meinen herzlichsten Dank.  
**Wilhelm Aumann.**  
 15002

**Dankfagung.**  
 Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes und guten Vaters  
**Ernst Eschbach**  
 sagen wir allen Verwandten und Bekannten, sowie den Kollegen und Kolleginnen der Firma Leonhardt u. Comp., dem Sparverein Einigkeit I und dem Metallarbeiter-Verband unseren herzlichsten Dank.  
**Wwe. Anna Eschbach**  
 nebst Kindern.

**Dankfagung.**  
 Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung unseres lieben Sohnes und Bruders  
**Max Sewerin**  
 sagen wir allen Verwandten, Freunden und Bekannten, insbesondere dem Personal der Firma Siemens u. Halske, Wst. Hollinger u. Wohnhaupt (Bernerwerk) unseren herzlichsten Dank.  
**Familie Sewerin.**  
 15395

Für die Beweise herzlicher Teilnahme und Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes  
**Wilhelm Pruschinski**  
 sage ich dem Ehe- und den Mitarbeiter der Firma Müller sowie allen Freunden herzlichsten Dank.  
 Die trauernde Witwe nebst Kindern.  
 14992

**Dankfagung.**  
 Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und reichen Kranzspenden bei der Beerdigung unseres lieben Bruders, **Josef Künzer**, sagen wir allen Verwandten, Freunden und Bekannten, den Kollegen der Firma B. Komann, sowie dem Gesangsverein unseren herzlichsten Dank.  
**Geschwister Künzer.**  
 15255

**Dankfagung.**  
 Für die herzliche Teilnahme bei der Beerdigung unserer lieben Tochter **Helene** sagen wir den Ehe- und Mitarbeitern der Firma Arndt sowie den früheren Freundinnen und Bekannten, dem Verband der Maßschneider, dem Männerchor „Schönhauser Vorposten“ für die zahlreichen Kranzspenden unseren innigsten Dank.  
**Familie Benda.**

**Bekanntmachung.**  
 Gemäß § 66 unseres Statutalbuches geben wir hierdurch bekannt, daß der Vorstand aus folgenden Personen besteht:  
 279/1  
 Vorsitzender: **Walter Riedel**, 1. Vorsitzender, Kaufmann Wilhelm Arndt, 2. Vorsitzender, Kontrolleur **Kurt Lufersmann**, 1. Schriftführer, Schriftführer **Bernhard Tempelagen**, 2. Schriftführer, Gemeindevorstand **Albert Kauf**, Beisitzer, Buch- und Schreibwaren **Hans Heinemann**, Beisitzer, Kaufmann **Otto Lüben**, Beisitzer, Tischler **Karl Meier**, Beisitzer, Fortschritt **Emma Lohde**, Beisitzer, Tischler **Friedrich Roder**, Beisitzer, Tischler **Otto Ritt**, Beisitzer, Schlosser **Franz Seld**, Beisitzer, Dt.-Wilmersdorf, 22. Oktober 1910.  
 Der Vorstand der Gemeinsamen Ortskrankenkasse für Dt.-Wilmersdorf u. Umgegend.  
 Riedel, Tuckermann, Vorsitzender, Schriftführer.

**Das Geheimnis**  
 wo ich all die hübschen Sachen her bekommen habe, will ich Dir jetzt verraten, lieber Männchen. Ich verwerde nämlich seit einiger Zeit zu meiner Wäsche nur noch das echte **Wollschonwolle „Goldperle“** wo jedes Paket so ein schönes und nützliches Geschenk enthält. Man achte beim Einkauf genau auf den Namen „Goldperle“ und Schutzm. Kammerfänger. — Allein-Fabrikant: **Carl Gentzen, Göttingen.**

**Ungewitter's Kautabak**  
 garantiert rein aus Kentuckytabak, seit Jahrzehnten unübertroffen.  
 Niederinge:  
**O. Reimer**, Lichtenberg-Berlin O., Gürtelstr. 1, Ecke Frankl. Chaussee. 4452

**Schneiderei**  
 für elegante  
**Herren-Moden**  
 Fertig und nach Maß. — Garantie für tadellosten Sitz und beste Verarbeitung. Auf  
**Teilzahlung**  
 Wochen- bis von  
**1 Mk.** an.  
**J. Kurzberg**  
 Rosenhainstr. 40  
 direkt am Hackeschen Markt, im Laden u. i. Etage.

**Hygienische Bedarfsartikel**  
**Drogerie Zarenba**, Weinbergsweg 1, dir. a. Rosenthaler Tor. Billigste Bezugsquelle! Versuch i. zur dauernden Kundenschaft.

**Eine Mark**  
 wöchentliche Teilzahlung  
**elegante Herren-Moden**  
 fertig und nach Maß, feinste Verarbeitung.  
**S. Boltuch**  
 Frankfurter Allee 75, i. Eingang Tilsiter Strasse.

**Orts-Krankenkasse der Nadler und Siebmacher zu Berlin.**  
 Sonnabend, d. 5. Novbr. 1910, abends 8 Uhr, im Lokal von **Wilhelm Bernick**, Adlerstr. 123:  
**Ordentliche General-Versammlung.**  
 Tagesordnung:  
 1. Wahl von 4 Vorstandsmitgliedern (3 Arbeitgeber, 2 Arbeitnehmer).  
 2. Berichterstattung der Protokolle.  
 3. Wahl des Ausschusses zur Prüfung der Rechnungen pro 1910.  
 4. Rassenangelegenheiten.  
 Die Herren Arbeitgeber wählen um 8 Uhr, die Arbeitnehmer um 8 1/2 Uhr. Nach Schluß der Wahlen findet zur Erledigung der übrigen Punkte der Tagesordnung eine gemeinsame Versammlung statt.  
 Der Vorstand: 278/20  
 A. A.: **Rob. Schmidt**, Vors.

**Pianos-Gelegenheitskäufe** in gr. Auswahl v. 300 bis 400 M., dar. Schiedmeyer, Blass etc. Garantie. — **Pianohaus Krause**, Berlin W., Anabacher Str. 1.

**Geschichte der Revolutionen von A. Conrady**  
 ist ein volkstümliches Werk, das von jedem Arbeiter gelesen werden sollte. Es ist reich illustriert.  
 In jeder Woche erscheint ein Heft für **20 Pfennig**  
 Alle Buchhandlungen, Kolporteurs und Zeitungsträger nehmen Bestellungen entgegen.

**Deutscher Holzarbeiter-Verband.**  
 Verwaltung Berlin.  
**Bautischler, Bezirk IV.**  
 (Wedding und Moabit.)  
 Dienstag, 25. Oktober, abends 6 1/2 Uhr (gleich nach Feierabend):  
**Branchenversammlung**  
 bei Raabe, Kolberger Str. 23:  
 Tages-Ordnung:  
 1. Der neue Bautischlertarif und Auslegung und Erläuterung der einzelnen Bestimmungen. Referent: Kollege Reiche. 92/5  
 2. Branchenangelegenheiten.

**Bautischler, Bez. III.**  
 (Norden und nördliche Vororte.)  
 Mittwoch, 26. Oktober, abends 8 Uhr, bei Gilsche, Ropendagenerstr. 74  
**Branchen-Versammlung.**  
 Tagesordnung:  
 1. Der Bautischlertarif und Auslegung und Erläuterung der einzelnen Bestimmungen. Referent: Kollege Reiche. 2. Branchenangelegenheiten.

**Bodenleger.**  
 Mittwoch, 26. Oktober, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engelauer 14/15, Saal 5:  
**Branchen-Versammlung.**  
 Tages-Ordnung: 1. Bericht der Kommission. 2. Neuwahl der Kommission. 3. Branchenangelegenheiten.

**Perlmutter-, Horn- u. Steinnußknopfarbeiter**  
 Mittwoch, den 26. Oktober, abends 6 Uhr (gleich nach Feierabend), im Gewerkschaftshause, Engelauer 14/15, Saal V:  
**Versammlung**  
 Tages-Ordnung: 1. Vortrag. 2. Branchenangelegenheiten.

**Ramm- u. Haarschmuckarbeiter.**  
 Mittwoch, 26. Oktober, abends 8 Uhr, bei Morkowski, Androssstr. 26:  
**Branchen-Versammlung.**  
 Tages-Ordnung:  
 1. Vortrag des Kollegen **Leopold**. 2. Branchenangelegenheiten.

**Sozialdemokratischer Verein im 5. Berliner Reichstags-Wahlkreise.**  
 Dienstag, den 25. Oktober, 8 1/2 Uhr abends, in den Union-Sälen, Greifswalder Straße 222:  
**Versammlung.**  
 Tages-Ordnung:  
 1. „Portugal“. Referent: Genosse **Max Schütte**. 243/1  
 2. Diskussion.  
 3. Partei- und Vereinsangelegenheiten.  
 Zahlreiches Erscheinen der Mitglieder notwendig. — Gäste willkommen.  
**Der Vorstand.**

**Blumen- und Kranzbindererei**  
 von **Robert Meyer**,  
 am **Mariannen-Straße 2.**

**Schöneberg.**  
**Sozialdemokratischer Wahlverein.**  
 Dienstag, den 25. Oktober, abends 8 Uhr:  
**Mitglieder-Versammlung**  
 in den Neuen Rathensaalen, Weiningerstr. 8.  
 Tages-Ordnung:  
 1. Vortrag des Genossen **Julian Borchardt** über: „Religion in Preussische.“ 16/3  
 2. Die Nachwahl im neunten Bezirk.  
 3. Parteienangelegenheiten.  
 4. Verschiedenes.  
 Nicht eines jeden Mitgliedes ist es, in dieser Versammlung rechtzeitig zu erscheinen. Der Vorstand.

**Verband der Isolierer und Steinholzleger Deutschlands.**  
 Ortsverein der Isolierer.  
 Achtung!  
 Mittwoch, den 26. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, bei Obdilo, Schwebler Straße 23/24:  
**Mitglieder-Versammlung.**  
 Tagesordnung:  
 Der Streik der Isolierer in Hannover und der Sympathiestreik bei den Züglern der Firma Rheinhold u. Co. 201/20  
 Nicht eines jeden Isolierers ist es, in dieser Versammlung zu erscheinen.  
**Der Vorstand.**

**Deutscher Metallarbeiter-Verband.**  
 Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin, Hauptbureau I, Col. I. Amt 3, 1239. Charitéstraße 3. Col. III. Amt 3, 1957.  
 Mittwoch, den 26. Oktober 1910, abends 8 1/2 Uhr:  
**Branchen-Versammlung der Drahtarbeiter**  
 Berlin und Umgegend  
 im Gewerkschaftshause, Engelauer 15, Saal 3.  
 Tagesordnung:  
 1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Branchenangelegenheiten u. Verschiedenes. Zahlreicher und pünktlicher Besuch wird erwartet.

**Mittwoch, den 26. Oktober 1910, abends 8 Uhr:**  
**Versammlung**  
 aller in den Metallschleifereien und galvanischen Anstalten beschäftigten Kollegen und Kolleginnen in den Arminhallen, Kommandantenstraße 58/59.  
 Tages-Ordnung:  
 1. Vortrag (Thema und Referent werden in der Versammlung bekanntgegeben). 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten. Kollegen und Kolleginnen! In Anbetracht der Wichtigkeit der Tagesordnung erwarten wir zahlreichen Besuch. — Die Kollegen der Schleiferei von **Saer u. Stein** sind besonders eingeladen.

**Mittwoch, den 26. Oktober 1910, abends 6 Uhr:**  
**Versammlung**  
 der chirurgischen Branche  
 im Rosenthaler Hof, Rosenthaler Straße 11/12.  
 Tages-Ordnung:  
 1. Vortrag 2. Diskussion. 3. Branchenangelegenheiten u. Verschiedenes. Kollegen! In dieser Versammlung werden außer wichtige Branchenangelegenheiten besprochen. Es ist deshalb Pflicht eines jeden Kollegen, diese Versammlung zu besuchen.

**Mittwoch, den 26. Oktober 1910, abends 8 1/2 Uhr:**  
**Versammlung**  
 der Graveure und Ziselente  
 in den Korona-Prachtsälen, Kommandantenstraße 72.  
 Tages-Ordnung:  
 1. Vortrag des Genossen **Wissel** über: „Die Reichsversicherungsordnung“. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. 124/3  
 Zahlreichen Besuch erwartet. Die Ortsverwaltung.

Wer eine wirklich gute Pfeife rauchen will, der wähle unter den  
**Kapitän-Rauchtabaken**  
 die von hervorragendster Qualität in den verschiedensten Mischungen und Preislagen (in Päckchen von 10 Pf. bis 1,50 Mk.) in den meisten Zigarrengeschäften zu haben sind. Spezialität: **Feiner Goldschag** (in roten Däfen).  
 Man achte jedoch genau auf das ges. gesch. Wort „Kapitän“. Päckchen ohne diese Bezeichnung weise man als unecht zurück. 1163L  
 Gen.-Vertrieb **Carl Röcker**, Grüner Weg 112.

Prozeß gegen die „Wahrheit“.

Der Prozeß gegen Bruhn und Genossen nahm gestern vor der I. Strafkammer des Landgerichts I seinen Anfang. Die auf Eröffnung bezügliche Anklage...

Anklage

richtet sich gegen den Herausgeber der „Wahrheit“, Reichstagsabgeordneter Wilhelm Bruhn (verteidigt durch die Rechtsanwälte Bredered und Dr. Schwind), den Verleger Paul Bruhn (Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Julius Meyer I), den verantwortlichen Redakteur der „Wahrheit“, Otto Weber (Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Julius Meyer I) und den Journalisten Wolf Sommer (Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Grünspach).

Den Vorsitz führt Landgerichtsrat Lampe, die Anklage vertritt Staatsanwalt Leisering.

Als Sachverständige sind geladen: der Inseratenredakteur Paul Kluge und der Chefredakteur Dr. Paul Liman. Der ferner geladene Chefredakteur Georg Schneider ist auf Grund eines kreisärztlichen Attestes vom Erscheinen entbunden worden.

Polizei und „Die Wahrheit“.

Als Sachverständiger war auch noch der Polizeirat Dr. Henniger geladen. Der Polizeipräsident hat die Genehmigung zur Aussage des Dr. Henniger verweigert, und zwar auf Grund des § 53 der Strafprozeßordnung, da bei Lage der Sache zu besorgen sei, daß der Beamte in die Lage kommen würde, Umstände zu offenbaren, deren Bekanntwerden das Staatswohl gefährden könnte.

Rechtsanwalt Bredered bittet, den Polizeirat Dr. Henniger trotzdem zu laden, da die Voraussetzung des § 53 nicht vorliegt. Die Vernehmung des Dr. Henniger würde sich nicht auf Dinge erstrecken, bei denen die Pflicht der Amtsverschwiegenheit in Frage käme.

Staatsanwalt Leisering widerspricht. Dr. Henniger sei Dezentur über die gesamte Prehabilitation und wenn er über Dinge vernommen werden soll, die die „Wahrheit“ angehen, so sei das doch eine Prehabilitationsangelegenheit, denn die „Wahrheit“ gehöre doch nun einmal zur Presse.

Rechtsanwalt Dr. Schwind: Dann bitten wir, Herrn Dr. Henniger als Zeugen zu laden, und zwar über folgendes Beweisthema: er soll bekunden, daß er wiederholt die Zeitung „Die Wahrheit“ gelesen hat und zu verschiedenen Personen sich dahin ausgelassen hat, daß „Die Wahrheit“ nationale Bestrebungen und namentlich die Bestrebungen vertrete, die im Reichstage von der Reformpartei vertreten werden.

Rechtsanwalt Bredered: Polizeirat Dr. Henniger hat, wie er bezeugen soll, die „Wahrheit“ auch als Gegengewicht gegen die demokratische Sensationspresse bezeichnet. Die Verteidigung beantragt ferner, den anwesenden Reichstagsabgeordneten Werner als Sachverständigen zu vernehmen, welcher bekunden wird, daß die „Wahrheit“ die wirtschaftlichen und parteipolitischen Interessen der Reformpartei vertrete und nicht lediglich ein Sensationsblatt sei.

Staatsanwalt Leisering: Was die politische Färbung der „Wahrheit“ betrifft, so hat diese doch mit der Anklage nichts zu tun. Es kann als richtig unterstellt werden, daß die „Wahrheit“ in Zeitungsartikeln sich auf nationalen Standpunkt gestellt hat. Das ändert aber an der Sache nichts.

Angeschlagter Wilhelm Bruhn: Ich bitte dringend um Ladung des Polizeipräsidenten Dr. Henniger. Wenn hier behauptet wird, ich hätte ein Revolverblatt, so bleibt mir doch weiter nichts übrig, als wie mich auf diejenige staatliche Institution zu beziehen, die berufen ist, eine Kontrolle über die Zeitungen auszuüben. Herrn Polizeirat Dr. Henniger wird wahrscheinlich deshalb die Genehmigung zur Aussage verweigert werden, weil seine Aussagen für mich sehr günstig sein würden.

Rechtsanwalt Dr. Julius Meyer I führt aus, daß die vom Polizeipräsidenten angeführten Gründe keinesfalls zu einer Aussageverweigerung ausreichen seien.

Landgerichtsrat Lampe teilt mit, daß sich Polizeirat Dr. Henniger auf einer Auslandsreise befinde.

Nach kurzer Beratung des Gerichts wird der Antrag auf Vernehmung des Reichstagsabgeordneten Werner mit der Begründung abgelehnt, daß der vorhandene Sachverständige ausreichend sei.

Eröffnungsbeschlüsse

ergibt sich, daß die Anklage gegen Wilhelm Bruhn auf Eröffnung in 6 Fällen lautet. Es sind dies die Fälle Israel, Janzow, Wolf Wertheim, Pianofortefabrikant Dings, Dreiwurk (Klub Carolina) und Koller (Bar rick). Die übrigen Angeklagten sollen in einzelnen Fällen Beihilfe geleistet haben.

Verjährung der Anklage gegen Sommer.

Vor Eintritt in die materielle Verhandlung beantragt Rechtsanwalt Dr. Grünspach: die Sache gegen Sommer zu trennen und durch Gerichtsbeschluss das Verfahren gegen Sommer wegen Verjährung einzustellen. Denn die Straftat, die dem Angeklagten zur Last gelegt wird, soll Ende 1904 vor sich gegangen sein. Da die Verjährung nach 5 Jahren eintritt, so liege eine solche vor, denn in den 5 Jahren sei die Verjährung durch eine richterliche Handlung nicht unterbrochen worden.

Staatsanwalt Leisering widerspricht dem Antrage. Er ist der Ansicht, daß durch die während der Verjährungsfrist erfolgte Vernehmung des Angeklagten als Zeuge schon die Unterbrechung der Verjährung herbeigeführt sei, und daß alle gegen den Angeklagten Wilhelm Bruhn gerichteten Schritte die Verjährung unterbrochen habe.

Angeschlagter Sommer schließt sich dem Antrage des Verteidigers an, obgleich er keine Veranlassung habe, gegen sich nicht verhandeln zu lassen, denn die Straftat, die ihm zum Vorwurf gemacht werde, bestreite er auf das allerentschiedenste. Solche Verhandlung, die tagelang dauern werde, schädige ihn materiell und physisch und deshalb beantrage er, dem prozessualen Antrage des Verteidigers zu entsprechen.

Das Gericht beschloß nach längerer Beratung, die Verhandlung gegen Sommer abzutrennen und gegen ihn gesondert zu verhandeln. Unzeitig sei, daß gegen Sommer eine Vorunternehmung nicht stattgefunden habe. Die Akten ergeben, daß Sommer allerdings mehrfach als Zeuge gegen Bruhn vernommen worden ist. Die Tat, um die es sich bei Sommer handelt, ist im Dezember 1904 angeblich begangen worden. Am 6. März 1910 befindet sich zum ersten Male eine Bemerkung des Staatsanwalts in den Akten, dahingehend: Es komme in Frage, ob Redakteur Wolf Sommer in Steglitz mit anzuklagen sei. Am 7. Mai 1910, d. h. nach Ablauf der Verjährungsfrist, sei die erste richterliche Handlung erfolgt.

R. A. Dr. Grünspach beantragt hierauf, das Verfahren gegen Sommer auf Kosten der Staatskasse einzustellen und auch die Kosten der Verteidigung der Staatskasse aufzuerlegen.

Der Gerichtshof beschließt, das Verfahren gegen Sommer einzustellen und die diesbezüglichen Kosten der Staatskasse aufzuerlegen. Den weiteren Antrag, auch die Kosten der Verteidigung der Staatskasse aufzuerlegen, hat der Gerichtshof abgelehnt, da es Sache des Angeklagten gewesen wäre, bis zur Eröffnung des Hauptverfahrens mit diesem Einwande hervorzutreten.

Der Angeklagte Sommer verläßt hierauf die Anklagebank und die Verhandlung richtet sich nur noch gegen die drei übrigen Angeklagten.

Vernehmung des Abgeordneten Bruhn.

In seiner Vernehmung macht der Angeklagte Wilhelm Bruhn folgende Angaben über seine persönlichen Verhältnisse. Er habe

die Volksschule und das Lehrerseminar besucht und sei dann bis zum Jahre 1894 Lehrer gewesen. Im Jahre 1895 habe er die „Wahrheit“ übernommen und diese bis zu seinem im Jahre 1898 erfolgten Eintritt in die „Staatsbürger-Zeitung“ fortgeführt. Vorsitzender: Es wird behauptet, nachdem Sie als Chefredakteur an die Spitze der „Staatsbürger-Zeitung“ getreten waren, die „Staatsbürger-Zeitung“, die doch immer eine gewisse staatsverhaltende Tendenz gehabt haben soll, in das radikale Fahrwasser geleitet haben. — Wilh. Bruhn: Der radikale Standpunkt ist nur nach Ansicht des Staatsanwalts Dahn, des Schwiegersohns von Dodo Müller, in bezug auf die antisemitische Haltung hervorzuheben. Dahn war der von mir vertretene Antisemitismus zu stark. Vors.: Es sollen sich daraus Mißbilligungen ergeben haben und sogar der Antrag auf Entziehung vom Amt bei den übrigen Gesellschaftern von Dahn gestellt sein. Bruhn: Darin irrt sich Dahn. Der Absetzungsantrag hatte einen anderen Grund. Dr. Dahn hat den Antrag in meiner Abwesenheit im März/April 1900 gestellt, weil er meinte, ich sei nur für den Verlag angestellt. Die Reibereien sind nicht wegen des Standpunktwechsels, sondern wegen finanzieller Dinge eingetreten. Vors.: Was war nun der Grund Ihres Austritts im Jahre 1905? Bruhn: Ich stand als prononcierter Antisemit da, und die „Staatsbürger-Zeitung“ wollte gemäßigter werden, weil sie meinte, damit besser weiter zu können. Vors.: Als Grund kamen also nicht die 3000 M. in Frage, welche Frau Herzog Ihnen geschickt hatte, damit Sie und der Redakteur Dr. Wötcher die großen Kosten, die aus Ihrer und Wötchers Verurteilung in der Königer Angelegenheit entstanden waren, damit bezahlten? Es wird behauptet, daß Dr. Wötcher auch Ansprüche darauf erhebe und es deshalb zu Zwistigkeiten zwischen Ihnen gekommen und daß darin der Grund zu Ihrem schließlichen Austritt zu erblicken sei. — Angell. Bruhn: Das ist nicht richtig. Ich habe Dr. Wötcher 1500 M. abgegeben, um nicht mit ihm in eine Lage zu geraten. Wichtig ist, daß Frau Herzog noch einmal 1500 M. gezahlt hat. In dem gegen mich geführten Untersuchungsverfahren ist aber einwandfrei festgestellt worden, daß ich mich nicht bereichert habe. Vorsitzender: Welche Absicht verfolgten Sie nun, als Sie die „Wahrheit“ gründeten? Bruhn: Ich hatte die Absicht, ein antisemitisches Wochenblatt zu gründen. Ich war alleiniger Eigentümer der „Wahrheit“. Herr Dietrich war mit einem Drittel am Kleinergewinn beteiligt. Vorsitzender: Die „Wahrheit“ sollte doch wohl besonders in Sensation machen? Bruhn: Nein! Ich gebe zu, daß in den ersten Jahren dies und jenes nicht nach meinem Geschmack war. Ich bin deshalb wiederholt mit dem Redakteur Dietrich in heftige Konflikte geraten. Ich gebe ferner zu, daß hin und wieder Sensation gemacht werden sollte, um die Zeitung in weitere Kreise hineinzubringen. In der Zeitung wurde jedoch immer die Mittelstandspolitik hochgehalten. Vorsitzender: Dazu war aber doch nicht nötig.

persönliche und intime Angelegenheiten an die Öffentlichkeit zu zerren.

und zwar in einer Art und Weise zugegriffen, die eigentlich mehr als pikant ist. Angell. Bruhn: Die sogenannten Familienangelegenheiten, die in der „Wahrheit“ erschienen, sind doch zumest erlunben. Vorsitzender: Von wem? Bruhn: Von dem als Zeugen erscheinenden Herrn Schwarz, der ist

Spezialist für intime Familienverhältnisse.

(Heiterkeit.) Das sind doch keine Tatsachen, sondern Klaudereien. Vorsitzender: Kommen Sie denn nicht darauf dringen, daß diese Dinge etwas gemäßigter behandelt wurden oder ganz weggelassen? Bruhn: Die Zeitung hat sich doch erst nach und nach entwickeln können und hat sich immer mehr abgeschliffen; die zweideutigen Dinge sind entfernt worden. Ich selbst habe doch nur einzelne Artikel geschrieben und kann doch nicht für die Sünden anderer büßen. Vorsitzender: Ja, Sie sollen doch aber die einzig maßgebende Instanz für die Tendenz der Zeitung gewesen sein. Herr Dietrich ist nun nach einiger Zeit ausgeschieden. Gesah dies in Frieden? Bruhn: Nein. Er begründete ein Konkurrenzunternehmen, „Die große Wiede“. Vorsitzender: In den „Briefkästen“ haben Sie sich dann gegenseitig mit nicht weniger als parlamentarischen Ausdrücken bedocht. Sie sind doch Reichstagsabgeordneter und unterzeichnen viele Eingaben mit „R. d. R.“ Sollten Sie sich denn nicht parlamentarischer Ausdrücke bedienen? Bruhn: Ich konnte schon, aber ich wollte nicht. Vorsitzender: Waren Sie Mitglied des Antisemitenbundes? Bruhn: Ja, ich war Vorsitzender. Vorsitzender: Nach einer Notiz in der „Täglichen Rundschau“ sollen Sie aus der Liste gestrichen worden sein. Bruhn: Das ist eine falsche Nachricht. Vorsitzender: Warum sind denn so sensationelle Ueberschriften für einzelne Artikel gewählt worden? Bruhn: Um einen größeren Leserkreis aufmerksam zu machen. Vorsitzender: Die denken Sie über den Inhalt der Artikel? Sind dies Schmähartikel? Bruhn: Es sind dies nur Kritiken von Schäden.

Beweisaufnahme.

Sachverständiger

bekundet hierauf der Inseratenredakteur Paul Kluge: Ich habe vier bis fünf Jahrgänge der „Wahrheit“ durchgesehen und muß sagen, daß die „Wahrheit“ nach meiner Meinung ein Sensationsblatt ist und darauf fußt, intime Verhältnisse des geschäftlichen und privaten Lebens an die Öffentlichkeit zu zerren. Es werden immer bestimmte Personen angegriffen. Ich habe gefunden, daß die Inserenten der „Wahrheit“ nicht angegriffen wurden, wohl aber die Inserenten anderer Zeitungen. Vorsitzender: Haben Sie auch gefunden, daß angegriffene Persönlichkeiten nicht mehr angegriffen wurden, wenn sie der „Wahrheit“ Inserate gaben? Sachverständiger Kluge: Bei Wolf Wertheim habe ich festgestellt, daß er sehr häufig angegriffen wurde und die Angriffe aufhörten, nachdem sein Inserat in der „Wahrheit“ erschienen war. Die Ueberschriften der Sensationsartikel waren immer sehr herausgeholt. Vorsitzender: Das ist richtig. Da ist z. B. ein Artikel in Nr. 37 vom Jahre 1907, der in großen fetten Buchstaben die Ueberschrift trägt: „Die Reichsbank in der Pleite“, und dann steht klein darunter, „beim Warenhaus Pfingst“. Ist das nicht Sensation? Angeschlagter Bruhn: Ein jeder, der die Zeitung liest, sieht doch, was der Artikel behandelt. Wenn das richtig wäre, was der Sachverständige sagt, so hätte ich doch Pfingst recht fett drucken lassen müssen, weil ich von ihm keine Inserate erhalten habe. Vorsitzender: Jetzt handelt es sich nur um Sensation und nicht um Erpressung. Angeschlagter Bruhn: Ich bestreite ja gar nicht, um Sensation gemacht zu haben; dies ist mein gutes Recht. Vorsitzender: Da ist ein anderer Artikel mit der Ueberschrift: „Die verlobte Edith“. Angeschlagter: Das ist ja auch eine erfindene Geschichte gewesen. (Heiterkeit.) Vorsitzender: Es steht aber doch extra unter dem Titel: „Eine kleine wahre Begebenheit.“ (Heiterkeit.) Rechtsanwalt Dr. Schwind: Ich weise darauf hin, daß das „Kleine Journal“ an jedem Montag eine pikante Geschichte brachte; an dem einen Montag war eine Bankiersfrau mit ihrem Chauffeur, an anderen Montag die Bankiers-tochter mit ihrem Klavierlehrer durchgebrannt. (Heiterkeit.) Vorsitzender: Wegen das Warenhaus Wertheim sind weit über 20 Artikel erschienen. Angeschlagter Bruhn: Jawohl, weil ich das Warenhaus Wertheim für die Berliner Geschäftswelt schädlich halte. Vorsitzender: Im Jahrgang 1905 erschienen schon die „Briefe eines Lebemanns“. Bruhn: Die Artikel hat Dietrich verfaßt und erfinden. Vorsitzender: Ein Artikel ist mit fetten Buchstaben überschrieben: „Der Millionär aus dem königlichen Schloß zu Berlin.“ (Heiterkeit.) Die Leser sehen dann zu ihrem Erstaunen, daß es sich um einen Vorfall handelt, der schon ein oder zwei Jahrhunderte zurückliegt. (Heiterkeit.) Bruhn: Das machen andere Zeitungen genau so. Dadurch sind sie groß geworden, Herr Wlstein, Herr Scherl und Herr Rosse sind durch solche Anpreisungen groß geworden; sie haben es noch viel toller gemacht, um die Aufmerksam-

keit des Publikums zu erregen. Vorsitzender: Ganz besonders sind Sie mit der „Morgenpost“ in eine liebliche Fehde geraten. In Nr. 1 des Jahrganges 1908 nennen Sie die „Morgenpost“ das „Organ der Rotundenfrauen und Kaiserinnenbesucher“ und das „gebildeten liberalen Bürgertums“. In der nächsten Nummer nennen Sie dann die „Morgenpost“ das „Organ der Berliner Drochsenlutscher“ und preisen sie von wegen ihrer Anzeigen von Kräuter- und Dampfbädern in gewissen Fällen bei Damen, Manicure und Massage usw. Da ist die „Morgenpost“ also schon zum Organ der Drochsenlutscher avanciert. (Heiterkeit.) Das Ganze ist doch ein etwas seltsamer Ton. Angeschlagter Bruhn: Ich bin von der anderen Seite auch nicht fein angefaßt worden. Vorsitzender: Wer im Glashaufe sitzt, soll doch auch nicht mit Steinen werfen. In Ihrer Zeitung sollen doch auch viele solche verhängliche Inserate gestanden haben. Angeschlagter: In der „Wahrheit“ dürften nur drei bis vier gefunden werden. In anderen Wochenblättern dagegen sind sie massenhaft zu finden. Rechtsanwalt Bredered: Ich habe die heutige Nummer der „Welt am Montag“ durchgesehen und oberflächlich 63 ähnliche Inserate gezählt. Präsident: Es wird darauf hingewiesen, daß Sie vorzugsweise Inserate von Kabarettis, Vars usw. brodten und daß die „Wahrheit“ von solchen Inseraten wimmelte und an anderer Stelle Artikel gegen die Kabarettis veröffentlicht wurden. Angeschlagter: Das trifft nicht zu, denn wir haben auch Inserate von Herzog, Maack, Wilsch, dem Continental-Hotel, dem Berliner Ratskeller, der Haafbrauerei und vielen anderen.

Zur Verlesung gelangt ein Artikel „Nächtliches Kabarett-treiben“. Rechtsanwalt Bredered: Was soll mit diesem Artikel bewiesen werden? Dieser Artikel spricht doch gerade gegen den Staatsanwalt, oder sollte der Angeklagte den Artikel zu dem Zweck veröffentlicht haben, um die Inserate der Kabarettis los zu werden? Vorsitzender: Es soll nur darauf hingewiesen werden, daß Sie

vorn im Blatt ein strenger Sittenrichter

sind und dann zahlreiche Anzeigen von Kabarettis und dergleichen aufnehmen. Rechtsanwalt Dr. Julius Meyer I: Sollte es nicht zweckmäßig sein, die Verhandlung dadurch wesentlich abzukürzen, daß sie lediglich auf das beschränkt wird, was zur Anklage wegen Erpressung gehört? Alle die jetzt berührten Dinge beziehen sich doch nur auf die Frage, ob die „Wahrheit“ ein Sensationsblatt ist oder nicht. Vorsitzender: Es kommt aber darauf an, das ganze Mittel zu beleuchten. Die Anklage behauptet, daß die „Wahrheit“ vom Sensationsblatt sich zum Erpresser- und Revolverblatt entwickelt hat. Deshalb wird man einzelne Artikel verlesen müssen. Angeschlagter W. Bruhn: Ich bin damit sehr einverstanden, denn je mehr sich das Gericht mit den Artikeln beschäftigt, umso eher zu der Erkenntnis kommen, daß die Ansicht des Staatsanwalts über den Charakter der „Wahrheit“ eine falsche sei. Vorsitzender: Die sensationellen Epitheta sind doch ungewöhnlich. Angeschlagter: O nein! Auch andere Zeitungen suchten durch solche in die Augen fallenden Ueberschriften die Aufmerksamkeit des Publikums auf sich zu lenken. Vorsitzender: Doch nicht alle Zeitungen. In der „Völkischen Zeitung“ ist so etwas nicht zu finden. Angeschlagter: Im „Staatsanzeiger“ natürlich auch nicht. Rechtsanwalt Dr. Schwind: Solche Wochenblätter haben doch ganz andere Ergänzungsbedingungen und Ergänzungsbedingungen; sie müssen sich etwas vorwärts drängen, um vom Publikum gelesen zu werden. Zur Verlesung gelangen dann noch die Artikel „Bar-Typen“ und „Berliner Halbwelt-Typen“.

Der Vorsitzende will nunmehr von dem Sachverständigen Kluge wissen, ob er Beweise dafür gefunden habe, daß die „Wahrheit“ sich zu einem Revolverblatt entwickelt hat? Sachverständiger Kluge verweist auf sein schriftliches Gutachten. Er wird jedoch von der Verteidigung unterbrochen, die gegen diesen Gutachter protestieren, weil er weder wissenschaftliche noch sachmännische Vorbildung dafür habe. Der Sachverständige Kluge erklärt, daß er über den literarischen Wert der Zeitung kein Gutachten abgeben könne und wolle. Rechtsanwalt Bredered: Wir müssen auf Vernehmung des Sachverständigen Schweiger bestehen. Auf eine telephonische Anfrage bei der „Frankfurter Zeitung“ sei die Antwort erfolgt, daß Herr Schweiger auf der Börse sei. Herr Schweiger solle befragt werden, ob er Chef des Handelsstands der „Frankfurter Zeitung“ ist und ob nicht die „Frankfurter Zeitung“ heftige Angriffe gegen die Bankfirma Friedberg gerichtet hat und diese Angriffe aufgehört haben, als die „Frankfurter Zeitung“ Anzeigen von Friedberg erhielt. Im übrigen bitte die Verteidigung, den Sachverständigen — Dr. Liman zu hören.

Der Vorsitzende weist auf einen Artikel hin, der die Ueberschrift getragen habe: „Der tote Israel und der lebende Gehlsen.“

Der Angeklagte erwidert, daß, als der Kommerzienrat Israel sich das Leben genommen hatte, die Zeitungen die Sache totgeschwiegen haben, während Gehlsen den Israel unehöflicher Dinge bezichtigt hatte.

Sachverständiger Dr. Liman

sagt u. a. aus: Die „Wahrheit“ sei begründet worden als Organ einer antisemitischen Gruppe und die Mittelstandsvereinsung hatte sie offiziell zu ihrem Parteiorgan gemacht. Diese Tendenz sei in den Leitartikeln auch durchgängig vertreten. Neben diesen rein politischen Artikeln finden sich zahlreiche Artikel, die antisemitisch sein sollen. Nun liege es in dem ganzen Charakter des Antisemitismus und der Reformpartei, daß etwas schwarz gesehen und der Standpunkt vertreten werde: „etwas ist faul im Staate Dänemark“. Vom Standpunkte der Reformpartei aus erscheine der Kampf gegen Warenhaus, Spielhöllen usw. durchaus berechtigt. Aber in vielen von den Artikeln seien die rein sachlich zu behandelnden Dinge auf eine persönliche Spitze getrieben, die oftmals abstoßend wirken müsse, namentlich auch durch die anreißerischen Ueberschriften. Man dürfe aber nicht vergessen, daß in dieser Beziehung sich die gesamte Presse gegen früher etwas geändert habe. Das rein Ueberschöne beherrsche die Presse nicht mehr. Selbst in der „Völk. Ztg.“ mühe man sich, fetter Ueberschriften zu wahren; in anderen Zeitungen tue man das gleichfalls; man gibt Reichstagsberichten, Gerichtsberichten usw. eine stärkere Färbung, indem man mitten im Text gewisse Sätze durch fetten Druck hervorhebt. Bei der „Wahrheit“ seien ihm die Betrachtungen in den „Briefen eines Lebemanns“ besonders abstoßend erschienen. Für ihn sei die trübste Seite der ganzen Sache gewesen, daß man vom reformerischen Standpunkte die Korruption bekämpfe und gleichzeitig die neue Moral auf Fühen von Kosteten in die Welt schickte. Gegen den Inseratenteil an sich sei wesentlich nichts einzuwenden. Die Sensation sei in der Politik stark übertrieben, aber solche Ueberschriften liegen im Zuge der Zeit. In gemäßigter konservativen Kreisen werde immer darüber gellagt, wenn über Prozesse wie Steinhil, Knollstedt usw. in aller Ausführlichkeit berichtet werde, und zwar mit durchgeschossenen fetten Ueberschriften. Das sei auch Sensation. Die Frage, ob sich die „Wahrheit“ vom Sensationsblatt zu einem Revolverblatt entwickelt hat, sei wohl nicht Sache des Sachverständigen als vielmehr des Gerichts. — Rechtsanwalt Dr. Schwind fragt: ob es nicht bei zahlreichen Zeitungen eine nicht ungewöhnliche Erscheinung ist, daß sie solche Firmen, die bei ihnen inserieren, nicht angreifen. — Sachverständiger Dr. Liman: Das sei eine sehr subtile Frage. Die Zeitung sei ein gewerbemäßiges Unternehmen, auf der einen Seite stehe der Idealismus des Redakteurs, auf der anderen Seite das Interesse des Verlegers. Bei größeren Zeitungen wird eine Wechselwirkung von Inseraten und Redaktion kaum jemals stattfinden. Bei kleineren Wäitern, Kreisblättern und dergleichen, wo der Verleger gleichzeitig Redakteur und Annoncenakquisiteur ist, mag eine solche Wechselwirkung bestehen. Das sind Fragen des Taktes.

Nach weiteren unbedeutenden Bemerkungen, die zwischen dem Sachverständigen, dem Vorsitzenden und dem Verteidiger gewechselt werden, wird um 3/4 Uhr die weitere Verhandlung auf heute vertagt.



# Bettfedern-Fabrik mit elektrischem Betriebe

# Gustav Lustig

**Bettfedern**  
 je Matr. 0,55, 1.—, 1,25, 1,50, 1,75,  
 2.—, 2,25, 2,50, 3.—, 3,50 bis  
 6 Mark per Pfund.

**Daunen**  
 je Matr. 2,85, 3,50, 4,50, 5.—,  
 6,50, 9.—

**Fertige Betten**  
 bestehend aus Oberbett, Unterbett, 2 Kissen  
 je Matr. 12.—, 15.—, 19.—, 24.—, 28.—,  
 31,50, 35.—, 43.—, 54.—, 61.—, 75.—,  
 90.— bis 120.—

**Metall-**  
**Bettstellen**  
 je M. 5.—, 7,50, 9,50, 11.—, 14,50,  
 16.—, 18.—, 20,50, 22,50, 24.—,  
 26.—, 30.—, 34.—

**Messing-**  
**Bettstellen**  
 hochlegant, mit Zugledermatratze  
 90 x 190 cm M. 55.—  
 100 x 200, 88 mm Pfosten M. 65.—

BERLIN S.  
 Prinzenstr. 46 u. 47



Besonders empfehlens-  
 werte Bettfüllung:  
 Echt chinesische  
 (ges. geschützt)

## Monopoldaunen

Pfund **2.85** (3-4 Pfund zum grossen Oberbett)

# MANOLI

CIGARETTES

ÜBERALL

## JOSETTI VERA

Cigaretten

sind jedem Qualitäts-  
 Raucher wirklich wertvoll  
 geworden. Einen Schatz an  
 guten Gaben bieten sie dem,  
 der ihre besten Eigenschaften  
 zu würdigen weiß und sach-  
 verständig genug ist, ihre Vor-  
 züge anderen Fabri-  
 katen gegenüber voll  
 zu erkennen.

Josefetti Vera o. M., m. M.  
 u. m. Gold

10 Stück 30 Pf.

Bekannt mit hartnäckigem  
**Hautausschlag**  
 habe ich nach 1 Stück Ruder's  
 Patent-Medizinale-Seife ein voll-  
 ständig reines Gesicht. Ich gebrauche  
 diese Seife seitens. D. B. in  
 Guben. a. St. 50 Pf. (10 Pf. la) u.  
 1,50 M. (35 Pf. la, härtere Form).  
 Dagegen Ruder's Seife 75 Pf.  
 u. 1 M. kein. Ruder's Seife (mild)  
 50 Pf. u. 1,50 M. in Berlin in  
 Behrens Drog. (Apoth. G. Strauß),  
 Frankfurter Allee 130, D. Schulz,  
 Chausseest. 87, Hugo Schulz,  
 Müllerdrog., Müllerstr. 196a, C.  
 Müller, Pringelstr. 99, in Wis-  
 baden: Drogenhaus Vincent, sowie  
 in sämtl. Apoth., Drogn. u. Parfüm.  
 Nichts anderes aufreiben lassen. Es  
 gibt dafür keinen Ersatz!

Wat ick mir  
 zum Putzen  
 hol?  
 Einzig und  
 allein

# Blendol

In Glasfl. zu 10, 15 u. 25 Pf. } überall erhältlich.  
 Blechfl. zu 20, 30 u. 50 Pf. }

Fabrik: Urban & Lemm, Charlottenburg.

**Ohne Anzahlung 5 Tage zur Probe**

Wir liefern 1 Luxus-Apparat  
 mit edler Pathe-Schallplatte, sowie  
**80 Pathe-**  
**Stücke für 6 Mark**  
 pro Monat. Kleinere Plattensam-  
 mlungen von 2 M. an. Pathe-Platten sind  
 25 cm groß u. doppel-eitig bespielt.  
 Kein Nachwechsell - Keine Plattenabnutzung!  
 Lieferung zum Original-Fabrikpreise ohne Kaufverpflichtung 5 Tage zur  
 Probe. - Ebenso: Musikinstrumente aller Art, Cam-ras Fern-  
 gläser, Waagen etc. Verlangen Sie p. Postkarte Katalog 00.

**Bial & Freund, Breslau II**

**1 Mark**  
 wöchentliche  
 Teilzahlungen  
 Hoher eleganter  
 fertiger  
**Herren-**  
**Garderoben**  
 Ersatz für Maß,  
 Anfert. n. Maß,  
 Tadellose Ausf.  
**Julius Fabian**  
 Schneidermstr.  
 Große Frank-  
 furterstr. 37 II  
 Eingang Straus-  
 burger Platz.  
 II. Geschäfte:  
 Turmstr. 18  
 nur erste Etage,  
 kein Laden.

**Dr. Schünemann**  
 Spezialarzt für Haut- und Halsleiden,  
 Frauenkrankheiten, 6012  
 jetzt Cranienstr. 139, gegenüber  
 Kommandantenstraße.  
 10-2, 5-7, Sonntag 10-12.

**Kautsdorf und Mahlsdorf.**  
 Nur 20 Pf.-Fahrt v. Zenitum Berlins,  
 trotzdem billig, als weiter v. Berlin  
 gelegene Orte, wie Hoppogarten,  
 Neuenhagen usw. M.B. Anbahnung,  
 lang. Hypotheken. Pläne gratis.  
 Verkäufer ständig am Bht. Mahlsdorf  
 im Pavillon. 1187L\*  
 J. Rieger, Berlin, Gontardstr. 5.

**Bruch-Pollmann**  
 empfiehlt sein Lager in Bruch-  
 bandagen, Leibbinden, Go-  
 radehaltern, Spritzen, Suspensionen  
 sowie sämtliche Artikel zur Kranken-  
 pflege. Eigene Werkstatt. Steferant  
 für Orth- und Hüft-Krankheiten.  
 Berlin N.,  
 jetzt Lothringer Straße 60.  
 Alle Bruchbänder mit elastischen Be-  
 löften, angenehm u. weich am Körper.

**Engelhardt**  
**Caramel-Bier**

Alkoholarmer Spezialbräu

Aerztlich empfohlen für  
 Nervöse, Bleichsüchtige,  
 närende Mütter etc. etc.

Flasche 10 Pf.

Überall käuflich.

Größte Malzbrauerei Deutschlands.

Aromatisch  
 Kräftig  
 Ergiebig

## Bären-Kaffee

Aromatisch  
 Kräftig  
 Ergiebig

überall käuflich.

Schöne freundliche  
**Wohnungen**  
 2 große Zimmer, Balkon, Küche, event.  
 auch Kammer, sowie Bad, sehr billig  
 sofort zu vermieten. 12592\*  
**Friedrichsfelde, Miquelstr. 3,**  
 7 Min. v. Stadtbahnhof Schönewald.

Besteht auf **Teilzahlung**  
 bequeme  
 bei kleinsten Anzahlung in be-  
 kannter Güte  
 (mit größter Rücksicht bei Krank-  
 heit und Arbeitslosigkeit)  
**Möbel**  
**E. Cohn, Gr. Frankfurterstr. 58**

**Sofastoffe**  
 Riesenauswahl aller Qualitäten.  
 Woll- Reste! Hocquetts.  
 Pilsch- Reste! Sattelstaschen.  
 Muster bei näherer Angabe  
 franco.  
**Emil Lefèvre, Berlin, Oranienstr. 150.**

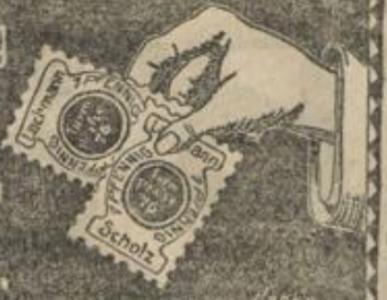
Turmstr. 76

Warenhaus

Lachmann & Scholz

Dienstag, Mittwoch, Donnerstag

doppelte Rabattmarken



Jedes Wort 10 Pfennig.

Das erste Wort (fettgedruckt) 20 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pfg.; das erste Wort (fettgedruckt) 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen

ANZEIGEN

Für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstrasse 69, bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Verkäufe. Gardinen, Fahrstühle, 1 bis 3 Fenster, 1,25, 1,45, 1,85, 2,35, 2,85, 3,75, 4,65 ufm. Durch Staub beschädigte Gardinen und Stores, schöne Qualitäten mit 10 Proz. extra Rabatt. O. Weihenbergs Teppichhaus, Große Frankfurterstr. 125, im Hause der Möbel-fabrik. 1541R

Provision erhält Käufer Singer A 75.00, Rainmann-Gobbin, Adler, Bor- und rückwärtsdrehend ohne Anzahlschlüssel, 1,00 wöchentlich an. Gebrauchte 12 Kart. Kallist, Chaussee-Str. 80, Brunnenstr. 92, Brunnenstr. 173, Lauenburgerstr. 5, Oranien-Str. 2a, Bellevue-Str. 4, Beusselstr. 18, Frankfurter Allee 124, Legel, Berlinerstr. 18, Charlottenburg, Scharenstr. 2, Schöneberg, Wolfstr. 47. Vertreter auf Wunsch. 1478R

Leihhaus Moritzplatz 58a, 1. Stage. Moritzplatz 58a im Leihhaus Auer-gewandliches Angebot. Von leichten Funktionen zurückgebliebene Waren-bestände, als: großer Vollen von Kavaliere getragene Jackettanzüge, Rodanzüge, Paletots, größtenteils auf Seide gearbeitet, 9-18 Kart. Extra billiges Spezialangebot: Uhren, Ketten, Ringe, großer Vollen verfallener Böfche, Betten, Damen-Garderobe, enorm billig Moritzplatz 58a. 1451R

Niederbrecher! Preiswert, echt mahagoni Böfche, innen eiche. 102.-. Möbelabrik M. Hirschowitz, Stallhofstr. 25, an der Hochbahn. Möbel, Teilzahlung, Stube und Küche, schon bei 15 Kart Anzahlung. Einzige Möbelstätte, wöchentlich eine Kart, verkauft Möbel-Magazin Gohn, Große Frankfurterstr. 58. 1236R

Fahrräder. Herrenfahrrad, Damenfahrrad, einmal benutzt, 35.-, Holz, Blumenstr. 30b. 1683R. Weichschleppfahrrad, anker Radli, 50,00 an Holz, Blumenstr. 30b. Musik. Piano, fast neu, Garantie, flott-billig, verkauft Rogitzstr. 20 II. 1340R

Zimmer. Möbliertes Vorderzimmer, Bad, Ruffee 15,00, an einen oder zwei Herren, Lohsestr. 33 II links. 1435R. Teilnehmer möbliertes Zimmer, 15 Kart einschließlich, Thomas, Rainmannstr. 32, vorn parterre. 1435R

Partei-Angelegenheiten.

Fünfter Wahlkreis. „Portugal“ lautet das Thema eines Vortrages, das Herr Max Schütte heute abend in einer Versammlung des Wahlvereins in den Unionsfäden, Greifswalder Straße 222 behandeln wird.

Schöneberg. Heute Dienstag, abends 8 Uhr, findet in den Neuen Rathausfäden, Neiminger Straße 8, die Wahlvereinsversammlung statt. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Julian Vorchardt über: Religion ist Privatsache. 2. Die Nachwahl im 9. Bezirk. 3. Parteiangelegenheiten. 4. Verschiedenes.

Charlottenburg. Heute abend 8 1/2 Uhr findet im großen Saale des Volkshauses eine öffentliche Kommunalwählerversammlung statt. Tagesordnung: 1. Die bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen. Referent: Genosse Dr. Vorchardt. 2. Diskussion.

Steglitz. Die am heutigen Dienstag fällige Mitgliederversammlung fällt aus. Die nächste Mitgliederversammlung findet am 1. November mit einem Vortrag über Konsumgenossenschaften statt.

Wilmerdorf-Galensee. Wir weisen nochmals auf die heute, Dienstagabend 8 1/2 Uhr, im Gesellschaftshaus, Wilhelmstraße 112, stattfindende Volksversammlung hin, in der Stadtverordneter Dr. Silberstein-Rixdorf über die bevorstehende Stadtverordnetenwahl spricht. Die Versammlung des Wahlvereins fällt in diesem Monat aus.

Friedenau. Heute Dienstagabend 7 Uhr findet von den Bezirkslokalen aus eine Handzettelverbreitung zu der am Mittwoch stattfindenden Volksversammlung statt.

Groß-Lichterfelde. Die regelmäßige Mitgliederversammlung des Wahlvereins findet heute abend bei Bahrendorf, Käsestr. 23, statt. Vortrag des Genossen Groger über den ersten Teil des 6. Quartals Programms. Vereinsangelegenheiten. Verschiedenes.

Tempelhof. Morgen Mittwoch im „Wilhelmsgarten“, Berliner Str. 9: Volksversammlung. Referent: Reichstagsabgeordneter Jubel. Thema: Wauspekulation, Kriegsministerium und Gemeindepolitik.

Bohnsdorf. Am Mittwoch, den 26. d. M., findet bei Rentel eine außerordentliche Mitgliederversammlung statt. Tagesordnung: 1. Berichterstatter vom Parteitag. 2. Diskussion. 3. Erstattung des Vierteljahresberichts seitens des Kassierers. 4. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes.

Friedrichshagen. Heute abend 8 1/2 Uhr im Schützhilfs-Restaurant, Friedrichstr. 74, dritter Vortrag des Genossen Max Grünwald über Grundbegriffe der theoretischen Volkswirtschaftslehre.

Morgen Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr, findet bei Witwe Verhe, Friedrichstr. 112, eine Volksversammlung statt, in welcher Landtagsabgeordneter Adolf Hoffmann über „Gottgewollte Weltordnung und menschliche Logik“ spricht.

Reinickendorf-Or. Heute abend 8 1/2 Uhr findet bei Bernau, Provinzialstr. 72, eine Mitgliederversammlung des Wahlvereins statt. Tagesordnung: 1. Bericht vom Magdeburger Parteitag. Referent: Genosse Wähler. 2. Bericht von der Generalversammlung Nieder-Barnim.

Berliner Nachrichten.

Bernhard Jost.

Ein braver Genosse, der Buchbinder Bernhard Jost, wurde gestern nachmittag unter sehr starker Beteiligung auf dem Friedhofe in Friedrichsfelde zu Grabe getragen. Die zahlreichen Blumenspenden zeugten von der Liebe und Verehrung, die der Verstorbene in weiten Kreisen genoss. In der von der Frauergemeinde dicht gefüllten Leichenhalle des Friedhofes zeichnete der Genosse Eugen Bräuner in großen Strichen ein Lebensbild des Verstorbenen, der ein Menschenalter für die Arbeiterbewegung gelebt und gestritten hat. Genosse Bräuner schloß seine zu Herzen gehenden Worte mit dem Gelöbnis, daß die zurückbleibenden Genossen und Freunde im Sinne des Verstorbenen wirken werden, damit das Ziel, das Genosse Jost erstrebt, erreicht werde. Der sozialdemokratische Verein des 5. Wahlkreises, dessen Mitbegründer Jost war, widmete dem braven Genossen als letzten Gruß einen prächtigen Kranz. Die Gewerkschaftskommission, seine Gewerkschaftsorganisation, Krankenkassen und andere Korporationen bewiesen durch ihre Kranzspenden, daß der verstorbene Genosse es überall verstanden hatte, sich Freunde und Verehrer zu schaffen.

Wildgans und Wildente flogen in den letzten Tagen in dichten Scharen über das nördliche Berlin. Sie nahmen den Kurs Südosten. In ihrer charakteristischen, keilförmigen Flugordnung glichen die höher fliegenden grauen, feingepunkteten Vögel. Strich ein Schwarm jedoch näher dem Gesichtsfeld vorüber, so ließen sich nicht nur die lang vorgereckten Hälse und kurz an den Körper herangezogenen Flügel erkennen, sondern auch die der Wildgans eigentümlichen kurz herausgestoßenen, helleren Warnung- und Sammlungsschreie des führenden Gänjers vernehmen. Einen eigenartigen Anblick gewährten besonders diejenigen Schwärme, die, in nicht allzu großer Höhe, am Spätnachmittag gelagert kamen, als die sinkende Sonne den Himmel weinrot und braungelb zu färben begann. Man konnte an ein japanisches Gemälde denken: die weit vorgereckten Hälse der Tiere, ihre keilförmigen Fluganordnungen, ihr Gefieder in der Farbe ähnelnd dem Glanz alten Silbers, und dahinter ein blauer, gelblich-schwarzer Herbsthimmel. Ähnliche Stimmungsbilder dürften hier und da auch noch die nächsten Tage bringen.

Die Ärzte im Kreise Teltow sind angewiesen worden, von dem Vorkommen und dem Verlauf von spinaler Kinderlähmung den zuständigen Ortspolizeibehörden sofort Mitteilung zu machen. Diese Anordnung ist getroffen worden, weil in der letzten Zeit ein häufiges Auftreten von spinaler Kinderlähmung beobachtet worden ist und eine epidemieartige Verbreitung dieser gefährlichen Krankheit vermieden werden muß.

Hohenzollerndamm. Der neue Haltepunkt Hohenzollerndamm am S-Bahn zwischen den Bahnhöfen Galensee und Schmargendorf wird, wie angekündigt, am 1. November eröffnet. Er dient ausschließlich für den Personenverkehr. Gepäc und Erzeugnisse werden nicht abgefertigt. Die neue Station liegt von Galensee 1,1 Kilometer, von Schmargendorf 1,11 Kilometer. Infolge der Eröffnung der Station verdoppeln sich die Fahrpreise von der Pankitzstraße und vom Tiergarten nach Schmargendorf, von der Beuelstraße und vom Zoologischen Garten nach Wilmerdorf-Friedenau, von der Jungfernheide und vom Sabingplatz nach der Übersiedlung, von Westend nach Schöneberg, von Charlottenburg nach Schöneberg und Voppestraße, sowie von Galensee nach Tempelhof. Die Preise der Monats- und Monatskarten, der Schülerzeitkarten, Arbeiterwochenkarten und Handkarten ändern sich nicht. Der neue Haltepunkt erhält auf den Fahrkarten und in den Schaffnerlockern das Buchstabenzeichen „H“.

Die Rennbahn im Grünwald hatte am Sonntag einen großen Tag. Es war das letzte Rennen in diesem Jahre und alles, was in der Berliner Gesellschaft etwas sein will, eilte hinaus nach dem

Rennplatz. Auf der Döberitzer Heerstraße ratterte und knatterte ein Automobil hinter dem anderen. Schließlich kam auch der Kaiser aus Potsdam, der diese Rennbahn besonders bevorzugt. Ihn war der Sonntag infolge günstig, als ein Pferd aus dem Gradiggestüt als Siegerin aus dem Rennen hervorging, so daß er sich vergnügt die Hände reibend zu seiner Umgebung sagte: „Ist doch selbstverständlich; immer, wenn ich herkomme, gewinnen meine Pferde.“ Daß die Patrioten ob des Sieges der preussischen Farben vor Weisfall bald toll wurden, versteht sich von selbst.

Für Entree wurden am Sonntag nicht weniger denn 30 000 M. eingenommen. Der Umsatz am Totalisator erreichte die Höhe von 412 695 M., davon 268 745 M. auf Sieg und 153 850 M. auf Platz.

Der Schußmannsrevolver spielte in der Nacht zum Sonntag in der Weber- und Bäcklingstraße eine Rolle. In einem Schanklokal in der Bäcklingstraße war Streit entstanden und der Wirt sah sich genötigt, polizeiliche Hilfe in Anspruch zu nehmen. Es kam dann zu einem Mentonier zwischen den auf der Straße befindlichen Leuten und zwischen zwei Schußleuten. Schließlich glaubte der Schußmann Kalka sich bedroht. Ein junger Mann soll nach polizeilicher Darstellung einen Revolver aus der Tasche gezogen haben, was den Deamten veranlaßte, zu schießen. Der Angeschossene wurde von mehreren Personen fortgebracht, ohne daß seine Personalien festgestellt werden konnten. Später meldete sich auf der Wache des 92. Polizeiregiments der 50 Jahre alte Arbeiter Rudolf Fischer und gab an, er habe sich an dem Aufruf beteiligt und sei angeschossen worden. Man schaffte ihn mittels Droschke nach dem Krankenhaus am Friedrichshain, wo man eine Verletzung an der rechten Brustseite konstatierte und gleichzeitig feststellte, daß die Kugel sich noch im Körper befindet. Fischer muß hinter dem unbekanntem Angeschossenen gestanden haben, so daß durch die Kugel Kalkas zwei Personen verletzt worden sind.

Von anderer Seite wird noch gemeldet: Die Kriminal- und Revierpolizei suchte gestern abend viele Schankwirtschaften, ins besondere aber die Tanzsäle in der Weber- und Bäcklingstraße ab. Hierbei wurden gegen 200 Personen vorläufig nach den Revierwachen gebracht und den Zeugen gegenübergestellt. Acht junge Buriden wurden als Teilnehmer an den Ausschreitungen wiedererkannt und festgenommen.

Mit städtischen Geldern verschwunden. Mit 2008 M. Geldern der Stadt Berlin ist der 45 Jahre alte Hüßelgerber August Kraak aus der Breslauer Straße verschwunden. Kraak war früher Härber. Seine Frau verwaltet noch ein Zweiggeläch einer Härbererei. Seit acht Jahren war er bei der 8. Revierinspektion der städtischen Gaswerke in der Neuen Friedrichstraße als Hüßelgerber beschäftigt. In der letzten Zeit plagte er seiner Frau, seinen Kindern und auch anderen Leuten, er habe sich vererredet. Vor acht Tagen sagte er seiner Hauselgenüßlerin, daß er sich das Leben nehmen müsse, weil er in seiner Rechnung einen Fehlbetrag von 1000 M. habe. Gleich darauf ließ er, scheinbar ganz verzwweifelt, weg und ist seitdem verschwunden. Der Vorsteher des Bureaus hat nun festgestellt, daß 2008 M. fehlen. Ob der Verschwundene sich unterzählt hat oder wie sonst der Fehlbetrag zustande gekommen ist, läßt sich vorläufig nicht sagen.

Ein Automobilunfall, bei dem zwei Personen sehr schwer verletzt wurden, ereignete sich am Sonntag gegen 1/5 Uhr morgens an der Ecke der Bernauer und Brunnenstraße. Der 45jährige Schlächtermeister Gustav Rechenberg, Hauptstraße 64 wohnhaft, hatte mit seiner 44jährigen Gattin am Sonnabend abend einer Geburtstagsfeier bei einem Bekannten in der Kochmannstraße beigewohnt. Als das Ehepaar sich auf den Heimweg machte, benutzte es eine Autodroschke. An der Ecke der Brunnen- und Bernauerstraße verlor jedoch plötzlich die Steuerung und der mit großer Geschwindigkeit fahrende Kraftwagen sauste auf den Bürgersteig, riß eine Laterne um und prallte dann gegen einen Baum. Der Zusammenstoß geschah mit so furchtbarem Gewalt, daß der Motor aus seinen Lagerungen herausgeworfen und die Karosserie von der Chassis heruntergerissen wurde. Während sich der Chauffeur durch Abpringen rettete, wurden die beiden Insassen auf den Strahendammschleudert, wo sie benimmungslos liegen blieben. Der Schlächtermeister erlitt schwere innere und äußere Verletzungen, ein Teil der Kopf- und Stirnhaut war ihm weggerissen worden. Frau R. trug mehrere klaffende Kopfwunden davon. Die beiden Verunglückten wurden, nachdem sie auf der Unfallstation in der Badstraße Notverbande erhalten hatten, auf ihren Wunsch mittelst Krankenwagens nach ihrer Wohnung übergeführt.

Das letzte Opfer der Brandkatastrophe in der Neuen Friedrichstraße Nr. 20 wurde am Sonntag unter Beteiligung zahlreicher Parteigenossen auf dem an der Falkenberger Chaussee in Weihensee belegenen Friedhofe beerdigt. Nach Absingen einiger stimmungsvoller Trauerworte durch den Gesangsverein „Männerchor Schönhäuser Vorstadt“ wurden am Grabe zahlreiche Kranzspenden niedergelegt, u. a. vom Verband der Bäckarbeiter, von Parteigenossen des Wahlvereinsbezirks, unter denen die Verstorbene gut bekannt war, sowie von zahlreichen Kolleginnen.

Einen „Heinrich Heine-Abend“ gab der Sozialdemokratische Wahlverein für den 6. Berliner Reichstagswahlkreis am Sonntag abend im „Stadttheater Roabit“. Die ganze Veranstaltung bestreift (bis auf die Klavierbegleitung, die in den bewährten Händen des Komponisten James Kohnstein lag) Herr Robert Koppel, der als Sänger wie als Rezitator bekannt und geschätzt ist. Weniger vertraut scheint ihm allerdings die Kunst, solche Feiern stimmungsvoll zu arrangieren; sonst hätte er wohl kaum das Programm so eingerichtet, daß er erst — mit einer kleinen Pause — seine neun Lieder heruntersang, und dann — desgleichen — seine neun Rezitationen hintereinander weg zum besten gab! Ueberdies wurde mit dem bei Arbeiterfesten dieser Art üblichen guten Brauch gebrochen und kein einleitendes und einführendes Bild des Dichters, keine Würdigung des Lebensganges, der Werke, der Bedeutung Heinrich Heines geboten, wie denn auch der geniale Prosa-Dichter Heine überhaupt nicht zu Worte kam!

Konnte oder wollte Herr Koppel Heinrich Heines Lebens- und Schaffensgang nicht skizzieren oder skizzieren lassen, so hätte er sich wenigstens des Kunstgriffes häufiger bedienen sollen, auf den er sich erst beim letzten Gedicht („Die Renge tut es“) besann: Dinge, die einer Erklärung bedürfen, wenn das betreffende Poem allgemein verständlich sein soll, vor Beginn der Rezitation mit ein paar Worten zu erklären. Dann brauchte er sich nicht des im höchsten Grade tabelnwertigen Kniffs zu bedienen, in Heines famoses Gedicht „Himmelfahrt“ den Sänger-Cavuso einzuschmuggeln!

Man könnte nach allem die Veranstaltung vom Sonnabend beinahe mit größerem Rechte einen „Koppel-Abend“ als einen Heine-Abend nennen. Das ist um so erstaunlicher als man von Herrn Koppel (dem übrigens der erste Heine auch gar nicht recht „liegt“) sonst Besseres gewöhnt ist und als unsere Genossen vom sechsten Kreis erst im vorigen Jahre durch Veranstaltung der vorzeitlichen „Schärfrichter“-Abende bewiesen haben, daß auch die Pflege der Kunst bei ihnen in guten Händen liegt. Auf dem Programm am Sonnabend hieß es: „unter gefl. Leitung des Schauspielers Herrn Robert Koppel.“ Wo unsere Genossen Kunst-abende veranstalten, dürfen sie die „Leitung“ niemals irgendeinem noch so tüchtigen Herrn in allen Punkten blindlings überlassen. Wenn unsere Freunde im 6. Kreis das berücksichtigen und wenn Herr Koppel sich in die Bedürfnisse der Kunst- und Bildungs-

hungrigen Arbeiterschaft besser einfüßt, dann wird der Villen-cron-Abend, der im November veranstaltet werden soll, gewiß wieder auf der guten alten Höhe stehen.

Sportpark Treprow. Bei schon empfindlich herbstlicher Kühle fand am Sonntag, den 23. Oktober, noch ein Radrennen statt. Die Hauptnummer des Programms bildete ein Rata-Demle-Schauermann über 20 und 30 Kilometer, das allerdings für Demle kein rühmliches Ende nahm. Im ersten Lauf hatte Demle die Spitze und sicherte sich bald einen Vorsprung von einer halben Runde, als sein Begner sich an die Verfolgung machte. Er holte Demle ein, jedoch seine wiederholten Angriffe wurden abgeblockt, als der Berliner durch Reifenschäden zum Radwechsel gezwungen und hierdurch mehrere Runden einbüßte. — Im zweiten Lauf übernahm Schauermann die Spitze; Demle holt auf und im Begriff, den Gegner anzugreifen, ereilt ihn ein neuer Reifenschaden und bald darauf ein dritter, so daß er beim 15. Kilometer das Rennen aufgibt, das mit 20 Kilometer abgebrochen wird. Ein Verfolgungsrennen über 5 Kilometer sah schon nach dem 3. Kilometer die siegende Mannschaft vorn.

Ergebnisse: Rata Demle-Schauermann. 1. Lauf; 1. Schauermann 17 Min. 08 1/2 Sek.; 2. Demle 1320 Meter. 2. Lauf: 1. Schauermann 16 Min. 54 1/2 Sek.; 2. Demle, 23 Runden. Hauptfahren. 1. Wegener, 2. Steddrink, 3. Lorenz, 4. Hamann. Verfolgungsrennen. 1. Rikoleizig-Gehrle, 2. Wegener-Steddrink. Prämienfahren. 1. Lorenz, 2. Steddrink, 3. Wegener.

„Die entsetzliche Brandkatastrophe in der Bäcklingstraße D. Arndt und wie end die Zustände in den anderen Berliner Wäschfabriken?“ lautet das Thema einer öffentlichen Versammlung, die am Mittwoch, den 26. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im Schweizergarten am Königs-tor behandelt werden wird.

Vorort-Nachrichten.

Rixdorf.

Auf den Pfaden des Reichs-Wahrheits-Verbandes. Kein Mittel wird von den Wahrheitsräubern und ihrem Anhang unbenutzt gelassen, um die so gehagte Sozialdemokratie in der schmutzigsten Weise in Mißkredit zu bringen. Da diesen Leuten zu ihrem Handwerk sachliche Argumente fehlen, müssen die abgehandenen Lügen der Reichsverbandsschriften dazu dienen, dieses Ziel zu erreichen. Die Grundbesitzervereine sowohl wie die Bezirksvereine und auch in letzter Stunde der Bund der Festbesoldeten haben sich zusammengesunden, um unter der Leitung des bekannten Antisemiten Walz vom D. H. S. den Kampf gegen die Sozialdemokratie und den Demokraten zu führen. Sie alle verteidigen den Wahlrechtsraub! Nicht eigentümlich sind die sogenannten Gründe im Kampfe für die Notwendigkeit des Wahlrechtsraubes, die jetzt sehr nachträglich herangezogen werden. In Rixdorf selbst fand man nichts, was sich als geeignet erwies. Einen rettenden Ausweg zeigte der Reichs-wahrheitsverband mit seinen zur Genüge bekannten wahrheitswidrigen Leuzenschriften. Die Wirklichkeit der sozialdemokratischen Stadtverordnetenmehrheit in Offenbach und Mühlhausen sollen den Resonanzboden schaffen, um den mit den Dingen nicht vertrauten biedereren Bürger in die rechte Schauerstimmung zu versetzen. Obgleich alle diese Behauptungen in der Tagespresse schon unzählige Male als eitel Schwindel nachgewiesen oder als böswillige Entstellung der Tatsachen aufgedeckt wurden, hindert das alles diese Kämpfer für Thron und Reich nicht, aufs neue mit den Unwahrheiten haufenweise zu gehen. Wie leichtfertig die Walz und Genossen mit der Wahrheit umgehen, möge folgendes Beispiel zeigen: In einer Versammlung des Bürgervereins Nord und des Grundbesitzervereins Kaiser-Friedrichstadt behauptete der Antisemitenhauptideing Walz — nach dem Bericht des Rixdorfer Tageblatts — unter anderem: „Die Sozialdemokratie stelle sich aber auch auf den Standpunkt, daß Macht vor Recht gehe; so sei sie geflissentlich bemüht, in Berlin bei den Gewerbetreibenden die Einführung der Verhältniswahl zu verhindern, obgleich sie dieselbe sonst als die gerechteste empfiehe.“ Dabei weiß jeder, daß die letzten Wahlen der Gewerbetreibenden nach dem Prinzip der Verhältniswahl stattgefunden und mit einem glänzenden Siege der freien Gewerkschaften geendet haben. Jeder in dem modernen Leben stehende kennt die Dinge, — nur Herr Walz nicht. . . .

Mit großer Deutlichkeit zeigt dieser Wahlkampf überhaupt, wie sehr das Bürgertum von seinen Vertretern hinter das Licht geführt wird. Die Führer der Grundbesitzervereine brüsten sich immer damit, was sie als Stadtverordnete getan haben. Diese Legenden sind nun endgültig zerfallen. Wenn die sozialdemokratische Fraktion behauptete, daß diese Gruppe nur Sonderinteressen vertritt, gaben sich die Herren den Anschein, als ob ihnen Unrecht geschähe. Gegenwärtig zeigt sich an einem drastischen Beispiel, wie sehr die Behauptungen unserer Genossen den Tatsachen entsprechen.

Der Magistrat von Rixdorf beabsichtigt, die Müllabfuhr zu verstaatlichen. Die Stadt Rixdorf baut zurzeit ein Elektrizitätswerk und in Verbindung damit soll eine Müllverbrennungsanlage geschaffen werden. Dazu ist es im Interesse der Gemeinde und des größten Teils der Bevölkerung notwendig, daß das Abfuhrwesen in die Hände der Gemeinde übergeführt wird. Dagegen laufen die Grundbesitzervereine Sturm. Die Gründe sind klar. Diese Vereine wollen das private Abfuhrunternehmen, das jetzt einige Duzend Unternehmer ausüben, für sich monopolisieren und die Stadt damit in ein Abhängigkeitsverhältnis bringen, welches gar nicht scharf genug bekämpft werden kann. In den Kreisen, die es wissen müssen, erzählt man sich auch ganz offenerzigt, daß die Frage der Müllabfuhr für den Stand der Hausbesitzer und deren Vereine eine große Rolle spiele und, daß ähnlich wie beim Schlichtamt eine Organisation geschaffen werden müsse. An deren Spitze sollte dann ein Direktor gestellt werden. Auch eine bestimmte Person ist schon für diesen Posten in Aussicht genommen mit einem Jahresgehalt von 10 000 M. Diese in Aussicht genommene Person hat sich bei dem Wahlrechtsraub erst der großen Öffentlichkeit bekannt gemacht. Der Bund der Grundbesitzervereine hat dem auch nahezu einstimmig den Plan des Magistrats verworfen.

Der Magistrat hatte — und das ist erfreulich — einen Vertreter in die Versammlung der Interessenten entsandt, um seinen Standpunkt zu begründen und darzulegen. Ebenso erfreulich wäre es gewesen, wenn beim Wahlrechtsraub genau so verfahren wäre und die Betroffenen erst befragt worden wären.

Leute, die in so rücksichtsloser Weise ihre Sonderinteressen vertreten, wie der Bund der Grundbesitzervereine, schießen dann nach Repressalien gegen die Sozialdemokratie. Und wenn alles noch nicht genügt, um die Sonderinteressen zu verfallen, müssen die Schriften und Unwahrheiten des bekannten Verbandes gegen die Sozialdemokratie diesem Zwecke dienen. Fürwahr, ein edles Paar! Wahrheitsräuber und Reichsverbändler!

Durch Arbeitslosigkeit ist der Maurer Freichel aus der Schneeweißer Straße in den Tod getrieben worden. Er hatte vor einiger Zeit seine Arbeit verloren und seitdem bemühte er sich vergeblich, neue Beschäftigung zu erhalten. In der Verzweiflung griff er zum Strich und erhängte sich auf dem Friedhof an der Rudower Straße an einem Baum.

Zeugen gesucht, welche gesehen haben, wie am Dienstag, den 19. dieses Monats, gegen 17 Uhr morgens in der Pietenstraße, nahe der Bergstraße, jemand von der Autodrosche A. 9855 überfahren wurde, besonders der Herr, an welchen der Verletzte vorher vorüber gelaufen ist, werden gebeten, im Interesse des Verletzten ihre Adresse an G. Köster, Pietenstr. 72, gelangen zu lassen. Entstehende Unkosten werden gern erstattet.

### Friedenau.

Die Wertzuwachssteuer abgelehnt. In einer Sitzung der Gemeindevorstellung im April dieses Jahres stellte der Vorsitzende des hiesigen Haus- und Grundbesitzervereins, Herr Gemeindevorstand Lehmann, einen Antrag auf sofortige Einführung der Wertzuwachssteuer. Derselbe wurde nach längerer Diskussion angenommen. Die Gründe, welche die Herrschaften damals zu diesem Schritte veranlassten, haben wir seinerzeit in einer Notiz „Die Unannehmlichkeiten“ betitelt, klargelegt und das ganze als Spiegelgeschichte bezeichnet. Wie recht wir mit unseren Ausführungen hatten, bewies die Vorgänge in der Sitzung vom Donnerstag. Wir behaupteten damals, daß nachdem die Einführung einer Reichwertzuwachssteuer (sicherlich als gesichert galt, die Ruder des Haus- und Grundbesitzervereins sich durch ihren Antrag als die Unannehmlichkeiten aufzählen wollten und bezeichneten dies als Peinlichkeit. Mittlerweile hat man sich in dem vorgenannten Verein einen Vortrag über die Reichwertzuwachssteuer halten lassen und ist dadurch zu der Ueberzeugung gekommen, daß, wenn die Vorlage überhaupt Gesetz wird, ihr Herr Herrland getrost seine Zustimmung geben kann, ohne seinem Geldbeutel zuzusetzen zu werden. Man sah sich ein, daß man vorzeitig gehandelt hatte und beauftragte die Kommission, die die Vorlage zu bearbeiten hatte, einen Antrag auf Ablehnung der Steuer für Friedenau zu stellen. Bemerkenswert ist hier noch, daß ein Teil dieser Kommission mit dem Vorstände des Haus- und Grundbesitzervereins identisch ist. Dieser sowie der Gemeindevorstand hatten denn auch gleich das richtige Verständnis für diese neue Eingebung. Der Antrag der Kommission lautete: Die Einführung einer Wertzuwachssteuer für Friedenau wird abgelehnt, da der Ort fast vollständig ausgebaut ist und nicht die Absicht besteht, die alteingewohnten Villenbesitzer, welche den Ort groß gemacht und (wie man jetzt nicht lamentierte) dafür gekümmert hatten, noch dafür mit einer Steuer zu belasten. Diese Begründung weist, so unternünftig sie gehalten ist, ein gut Teil Dreistigkeit auf. Man bedenke! Man will heute schon, welche vor 25-30 Jahren für wenig Geld Grund und Boden gekauft haben und nun beim Verkauf ohne ihr Zutun das 2- bis 3-fache dafür erhalten. Wenn man berücksichtigt, daß bei Beschlußfassung über die Steuer im April dies alles erwähnt wurde und dieselben Leute, welche damals ihre Zustimmung gaben, jetzt, ohne daß irgendein neuer Grund vorgetragen wurde, dieselbe ablehnen, so gibt es hier nur zwei Möglichkeiten: Entweder die alten Herren haben in der damaligen Sitzung alle geschlafen, oder man hat vor der Öffentlichkeit eine elende Komödie aufgeführt. Bezeichnend war es, daß außer unserem Genossen Richter, welcher gegen dies Verfahren protestierte, sich niemand zum Wort meldete. Wie es schien, war die Sache schon vorher abgemacht worden.

Bei Beschlußfassung über ein neues Ortsstatut für die Fortbildungsschulen regte Genosse Richter an, die Schulstunden des Abends nicht zu lange auszudehnen und lieber etwas früher zu beginnen. Gemeindevorstand Schulz ist die Schulzeit zu früh angelegt, was natürlich nach dem Herzen aller der Kräuter ist, welche die Lehrlinge lediglich als Ausbeutungsobjekt halten.

### Schneberg.

Morgen Mittwoch, den 26. Oktober, von neun Uhr vormittags bis acht Uhr abends findet im 9. Bezirk die Stadtverordnetenwahl statt. Kandidat der Sozialdemokratie ist der Genosse Albin Mohs.

Die Liberalen, genannt die Rümmererpartei, versuchen mit allen Mitteln diesen Bezirk, in dem sie voriges Jahr mit nur zwanzig Stimmen unterlegen sind, wieder an sich zu reißen. Wie dieselben arbeiten, beweist das kürzlich herausgegebene, von 59 Leuten unterzeichnete Flugblatt. In demselben zerbrechend sich die Herren über Nebenabsichten den Kopf. Am Schluß müssen sie jedoch eingestehen, daß die Arbeiterschaft ihnen weit voraus sei, und es wird Erhebliches kosten, wenn dieser Bezirk zurückerobert werden soll. Die Arbeiterschaft wird am Wahltag ihren Mann stehen und alles aufbieten müssen, um ihrem Kandidaten Genossen Albin Mohs zum Siege zu verhelfen. Darum ist es Ehrensache eines jeden Parteigenossen und Arbeiters zur Wahl zu kommen und sich an den Wahlarbeiten selbst lebhaft zu beteiligen. Auch die Arbeiterschaft aus den anderen Bezirken muß sich zeitig zur Verfügung stellen. Die aus dem Bezirk verzogenen Wähler wollen nicht veräumen, ihr Wahlrecht auszuüben, denn diesmal kommt es auf jede einzelne Stimme an.

### Steglitz-Friedenau.

Zu den Lichtschacht abgestürzt. Das Opfer eines schweren Unglücksfalls wurde der 63jährige Zimmerer Gustav Dewing, Buchholzer Str. 5. H. hatte auf dem Neubau an der Ecke der Bismard- und Anleppstraße mit anderen Zimmerern gearbeitet. Als er im dritten Stockwerk an einen Lichtschacht herantrat, verlor er das Gleichgewicht und stürzte rücklings in den Schacht hinab. Mit schweren inneren Verletzungen wurde der Verunglückte nach dem Krankenhaus gebracht, wo er hoffnungslos darniederliegt.

### Charlottenburg.

Am Freitag, den 4. November 1910, beginnt der vom Bildungsausschuß veranstaltete Vortragszyklus. Genosse Eduard Bernstein wird in sechs Vorträgen über: „Das Deutsche Reich und seine Parteien“ sprechen. Die Vorträge finden am 4. und 18. November, am 2. und 10. Dezember und am 8. und 20. Januar, pünktlich 8 1/2 Uhr, im Volkshaus, Rosinenstr. 3, statt.

Der Preis zu allen sechs Vorträgen beträgt 50 Pf. Die Eintrittskarten sind in den Pahladendolalen sowie bei W. K. Alstr. 30 (Zigarrenladen), Weidest, Köpenickerstr. 3 (Esterbachhölle) und in den Verkaufsstellen des Charlottenburger Konsumvereins erhältlich.

### Zehlendorf.

Daß die Wünsche der Einwohner bei unserer Gemeindeverwaltung verschoben bewertet werden, je nachdem von welcher Seite sie ausgehen, ist jedem, der die hiesigen Verhältnisse kennt, längst bekannt. So werden zum Beispiel die Wünsche des Südens mit dem Ortsteil Schönau möglichst wenig beachtet, wenn irgend möglich, sogar völlig ignoriert. Das zeigte sich recht deutlich in der letzten Gemeindevortretersitzung. Der Bezirksverein „Eben“ hatte der Vertretung eine Eingabe mit einer Reihe von Wünschen übermitteln. Unter „Mitteilungen“ erwähnte der Bürgermeister zwar die Einladungen des Vaterländischen Frauenvereins zu seinem Fester, dagegen ließ er die erwähnte Eingabe ohne jede Beachtung. Erst von einem Gemeindevorstandern mußte auf die Eingabe hingewiesen werden. Der Wunsch dieses Herrn, die Eingabe doch zur Vertretung zu bringen, fand bei dem Bürgermeister durchaus keine Gegenliebe. Die Geschäftsordnung verbietet es ihm, und ähnliche wenig sich haltende Gründe mehr, mühten herhalten, um das Verlesen der Eingabe zu unterlassen. Nun ist gegen diese Geschäftsordnung, wie auch sofort in der Vertretung festgestellt wurde, gerade in diesem Punkt schon sehr häufig verstoßen worden. Aber — „Bauer“, das ist eben etwas anderes. So sind die Wünsche des Ortsteils „Eben“ jeder öffentlichen Behandlung zunächst entzogen; und das war wohl auch der Zweck der Uebung. Dem jutage getretenen Wunsch eines großen

Teils der Einwohnerchaft, solche Wünsche in der Vertretersitzung zur öffentlichen Kenntnis gelangen zu lassen, wird der Gemeindevorstand in Zukunft sicher nachkommen — wenn die Art der darin behandelten Wünsche ihm gerade paßt.

Bei dieser Gelegenheit wollten wir auf einen unhaltbaren Zustand hinweisen. Bekanntlich ist im Sommer der Omnibusverkehr nach Teltow eingestellt worden. So mancher, der dringend in Südnow oder Teltow geschäftlich zu tun hat oder der aus anderen Ursachen den Weg dorthin unternahm, war gezwungen, auf staubbedeckter Chaussee die Unannehmlichkeit dieses Weges zu genießen. Sprengeln läßt unsere Gemeindeverwaltung solche Ortsteile nicht. War der Weg aber schon im Sommer gerade keine Annehmlichkeit, so mehren sich die Unannehmlichkeiten im Winter, wenn starker Schneefall mit darauffolgendem Tauwetter eintritt. Dabei muß man berücksichtigen, daß eine ganze Anzahl Einwohner von Schönau ihre Kinder nach Zehlendorf in die Schule schicken, weil dieser so stiefmütterlich behandelte Ortsteil von „Pensionopids“ nur über eine ein-klassige Volksschule verfügt. Soll dieser Zustand für alle Zeiten der Nachwelt erhalten werden? Anregungen auf Abänderung sind aus der Einwohnerchaft schon sehr viele ergangen, da wird es gerade jetzt beim Eintritt der kalten Witterung Zeit, daß unser „weitblickender“ Gemeindevorstand endlich einmal beweist, daß auch er daran denkt, den Anwohnern dieser Ortsteile durch Schaffung von Verkehrsmitteln entgegenzukommen.

### Röpenitz.

Bei einem aufregenden Bootsunfall hat die Frau des Bootbauers Schuster aus der Grünstraße den Tod gefunden. Frau Sch. war mit ihrem Manne in einem kleinen Boot am Ufer der Oberpyree entlang gefahren, um Futter für die Gärten zu suchen. Als sie sich zur Seite neigte, um Grüns abzuräumen, kam das Boot zum Kentern und beide ins kalte Wasser in die Fluten. Auf die Hilfe-rufe der Berufslilien kam ein Ruderer hinzugefahren. Dessen Boot stieß jedoch bei dem herrschenden Sturm mit dem gekenterten Boot zusammen und nun geriet Sch. unter seinen Kahn. Der Ruderer rettete ihn infolgedessen zuerst und als sich dann die beiden Männer an die Rettung der Frau machen wollten, war es zu spät. Die Frau konnte nur noch als Leiche geborgen werden.

### Friedrichsfelde.

Aus der Gemeindevorstellung. Auf der Tagesordnung der letzten Sitzung standen nur fünf Punkte zur Beratung, der letzte sollte in geheimer Sitzung behandelt werden. — Die erschienenen Pressevertreter und Zuhörer hatten bereits Platz genommen, als der Bürgermeister sie ersuchte, das Sitzungszimmer noch für einige Minuten zu verlassen, da erst eine geheime Sitzung stattfinden solle. Aus einigen Minuten wurde aber 1 1/2 Stunden, da der letzte Punkt als erster zur Beratung gestellt wurde. Diese Maßnahme muß als eine Rücksichtslosigkeit gegen die Öffentlichkeit bezeichnet werden. Als die Öffentlichkeit wieder hergestell war, behauptete zwar der Bürgermeister, daß die geheime Sitzung so lange gedauert habe, aber eine Zusicherung, daß sich derartige nicht wiederholen werde, gab er nicht.

Für die Leitung eines Kanalisationsrohres in dem Teil der Berlin-Fraunfurter Chaussee, der zu Wiesdorf gehört, beantragte die Gemeinde Wiesdorf eine Summe von 1247,50 M. nebst Zinsen und Zinseszinsen als Ankerkennungsgebühr vom 1. November 1906 bis zum 31. Oktober 1911 für jeden laufenden Meter. Vestlossen wurde, Zinsen nicht zu zahlen, da der Anspruch jetzt erst geltend gemacht wird. Vom 1. November 1911 ab sind jährlich 249,50 M. Ankerkennungsgebühr an Wiesdorf zu entrichten. — Eine Anregung des Verbandes der größeren Landgemeinden gemäß wurde beschlossen, bei verzogenen Steuerpflichtigen Steuerreste bis zum Betrage von 1 M. nicht mehr einzuziehen, da die hierzu erforderliche Arbeit in keinem Verhältnis zu den eingehenden Geldern steht.

Unter Mitteilungen wurde bekannt gegeben, daß der Ortsteil Karlsruh nach 2 1/2-jährigem Bemühen in den Nachbarort Postverlehr mit Berlin einbezogen ist. Die Linie 69 der Großen Berliner Straßenbahn soll bis zum Kaiserplatz in Bilmersdorf verlängert werden. — Am 10. Oktober ist das von den Gemeinden Friedrichsfelde, Ober-Schönau und Friedrichsfelde erbaute Krankenhaus der öffentlichen Benutzung übergeben. Veteranen-bildnisse sind an 74 Personen gezahlt worden, so daß hierzu ein Betrag von 1850 M. erforderlich war.

Die bereits im „Vorwärts“ veröffentlichte Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts in der Klage des Vereins für Hindernisrennen in Karlsruhe gegen die Gemeinde Friedrichsfelde wegen Heranziehung derselben zur Lustbarkeitssteuer ist bei der Gemeindevorstellung eingegangen. Die Gemeinde ist verurteilt, die für ein Rennen erhobene Steuer von 4184,80 M. zurückzahlen und die Kosten des Verfahrens zu tragen. Hierüber entspann sich eine kurze Debatte, in welcher unter anderem Klage geführt wurde, daß der Rennverein, dem die Gemeinde Friedrichsfelde soviel Entgegenkommen gezeigt habe, der Gemeinde gegenüber diesen Standpunkt eingenommen habe. Genosse Pinfeler führte aus, daß die Gemeinde in Zukunft dem Rennverein weniger entgegenkommend sein solle. Wenn die Veranstaltungen des Rennvereins keine Belustigungen seien, so wären sie aber für die Gemeinde Beschäftigungen. Man müsse sich überlegen, auf welche andere Art der Rennverein zu den Kosten heranzuziehen ist, die der Gemeinde Friedrichsfelde durch den Rennbetrieb erwachsen.

### Halbe (Kreis Teltow).

Nach langem vergeblichen Wähen ist es unserer Partei auch hier endlich gelungen, festen Fuß zu fassen. Die brutalen Maßnahmen einiger Schanzmänner gegen unsere Parteigenossen und alle diejenigen, welche die am 8. und 19. September unter freiem Himmel abgehaltenen Versammlungen besucht hatten, haben endlich bei der arbeitenden Bevölkerung die Einsicht angeregt, daß nur durch eine straffe Organisation die frechen Einmählungen der Reaktionsäre energisch bekämpft und die Rechte der unteren Volksschichten vertreten werden können. Am Sonnabend, 22. Oktober, fand hier selbst eine Versammlung unserer Mitglieder, die bisher dem Wahlverein Charlottenburg angehörien, statt, in welcher nach einem einleitenden Referat des Genossen Hagels einstimmig beschlossen wurde, einen eigenen Wahlverein zu gründen und zurzeit von der Abhaltung einer weiteren öffentlichen Versammlung Abstand zu nehmen, bis die Lokalfrage zwischen dem hiesigen Arbeiter-Radsfahrerein und dem Gastwirt Mohr geregelt ist. Der Verein ist zwar augenblicklich nur 90 Mann stark, er wird seine Mitgliederzahl jedoch in kurzer Zeit verdoppeln, wenn alle die Genossen, die bisher den Wahlvereinen der umliegenden Orte angehörien, zu ihm übertreten. Außerdem wurden hier bei der letzten Reichstagswahl für unseren Kandidaten 118 Stimmen abgegeben, woraus ersichtlich ist, daß noch eine große Anzahl der Einwohner mit uns sympathisiert, die es bisher noch nicht gewagt, gegen die Zimmungen der Schanzmänner Front zu machen. — Der Vorstand besteht aus den Genossen Adolf Rättern als Vorsitzender, Franz Winne als Kassierer und Karl Wötcher Schriftführer.

### Weißensee.

Ein gewaltiger Dachstuhlbrand kam Sonntag früh in der Sedanstraße 35 zum Ausbruch. Als die Gefahr gegen 3 Uhr morgens bemerkt wurde, schlugen aus dem Dachstuhl des Vorderhauses schon heile Flammen heraus. Bei dem herrschenden starken Winde breitete sich das Feuer mit rasender Schnelligkeit aus, so daß bei Anbruch der Feuerwehre der Dachstuhl von einem Ende bis zum anderen lichterloh brannte. Die Wehre griff daher sofort mit vier Schlauchleitungen ein. Die Rofrfahrer, die nur über die Treppen hinweg gegen das verheerende Element vordringen konnten, hatten anfangs einen schweren Stand, da sich auch eine starke Rauchentwicklung geltend machte. Erst nach fast zweiwündiger Rofarbeit war die Gefahr beseitigt. Der Dachstuhl ist vollständig ein Raub der Flammen geworden. Die Aufräumungsarbeiten zogen sich bis 7 Uhr hin. Ueber die Brandursache konnte nichts ermittelt werden.

### Spandau.

In der sehr gut besuchten ordentlichen Generalsversammlung des Wahlvereins mußte die Versicherungslage vom Parteitag von

der Tagesordnung abgeseht werden, da der Referent, Genosse Staa-Bordam, leider am Erscheinen verhindert war. Den Quartalsbericht gab der Vorsitzende, Genosse Scior. Für den Statteil Tiefwerder ist ein neuer Wahlvereinsbezirk gegründet worden, dem 25 Genossen angehören. Der Bezirk Cla-dow sacht jetzt 45 Mitglieder. Die „Vorwärts“-Agitation hat 210 neue Abonnenten gebracht. In der Angelegenheit Kähne ist richtigzustellen, daß sich Genosse Kähne an dem Riefekmann in dem gesperrten Lokal Meride in Hakenfelde nicht beteiligt hat. — Der Massenbericht ergibt einen um 120 M. höheren Massenbestand als im vorigen Quartal, die Mitgliederzahl hat sich um 29 vermehrt. Zum ersten Schriftführer wurde an Stelle des Genossen Kanter der Genosse Kujabi gewählt. In die Lokalkommission wurden die Genossen Koschorck, Schiefel und Strehle delegiert. Am Sonntag, den 30. Oktober, findet ein Ausflug nach Seegefeld statt. Zum Schluß gab der Vorsitzende noch einige auf die Agitation bezügliche Mitteilungen bekannt.

Arbeiter-Samariter-Kolonie. Am Mittwoch, den 26. d. M., abends 8 1/2 Uhr, findet bei Fritz Wöble, Davelstr. 5, ein Uebungsabend statt. Ein leitender Arzt wird das Thema „Knochenbrüche“ behandeln. Kuriositätenbühnen können sich nach melden, ebenso haben Gäste einmalmigen freien Zutritt. Als erster Vorsitzender ist Genosse Georg Diehlmann, Wöhmännerstr. 12 wohnhaft, gewählt.

### Vorödam.

Ein schwerer Betriebsunfall ereignete sich gestern vormittag auf der hiesigen königlichen Eisenbahnwerkstätte. Der dort beschäftigte Arbeiter Glöckner ist, wie eine Korrespondenz erfährt, noch einer Verletzung von einem Gerüst geföhrt und hat dabei einen Bruch des Rückenmarkes erlitten. Schwer verletzt wurde er mittels Krankentragens in das städtische Krankenhaus befördert.

Von der Elektrischen überfahren. Gestern nachmittag wurde der 61 Jahre alte Raurempolier Franz Siegmund aus Romow auf dem Wilhelmshof von einer Elektrischen überfahren. Er erlitt einen Arm- und Beinbruch und wurde in das städtische Krankenhaus ge-bracht. Sein Zustand ist sehr bedenklich.

Zentral-Franken- und Begräbnisliste für Frauen und Mädchen in Deutschland (S. 2). Offenbach a. M. Verwaltungsstelle Berlin I. Heute Dienstag, abends 8 1/2 Uhr: Hauptversammlung im Gewerkschaftshaus, Engländerstr. 14/15, Saal 3.

Leser- und Diskurrierklub „Wilhelm Liebknecht“. Heute, Dienstag, abends 8 Uhr: Sitzung bei Karl Eichhorn, Danziger Str. 33, Vortrag: „Plaffenherrschafft“. Gäste willkommen.

### Eingegangene Druckschriften.

Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, Verlag von Paul Singer), ist uns soeben Nr. 2 des 21. Jahrganges zugegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor: Ausnahmeerlasse und Sozialdemokratie. — Neger mit dem Fleisch- und Brotwucher! Von Luise Hey. — Das Weib als Kulturträgerin. Von G. L. Schiller. (Schluß). — Zwei Tagungen hiesiger Frauen-rechtlerinnen. I. — Ende des Westarbeiterstreiks. Von G. b. — Die Wiener Arbeiterinnen gegen die Leuzung. Von a. p. — Erfolgreicher Kampf des Wohnkampfes in der Nürnberger Kleinfabrik. Von G. b. — Aus der Bewegung: Von der Agitation für unsere Räter und Hausfrauen; für unsere Kinder. Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal, Preis der Nummer 10 Pf., durch die Post bezogen beträgt der Abonnementspreis vierteljährlich ohne Bestellgeld 65 Pf.; unter Kreuzband 65 Pf. Jahresabonnement 2,60 M.

Vom „Wahren Jacob“ (S. 2) soeben die 22. Nummer des 27. Jahrganges 16 Seiten stark erschienen. Aus ihrem Inhalt heben wir hervor: 11. Der Kollid. — Der Umstürzler von Moabit. Von A. P. — Der neueste Berliner Schanzmännerorden. — Grobrennen machen in Portugal. Von A. P. — Vom Teufel geküßt. Von R. Hof. — Aus Portugal. Von H. G. Kersch. — Letz: Fritz Reuter. In seinem hundertsten Geburtstag am 7. November. Von John Schilf. — Reht ein vom Vordri Reuters. — Republik Portugal. Von P. E. — Die National-Weisen. — Portugal. Von T. — Serenifimus und die Revolution. — Moabit's Nachkämpf. Von T. Der Preis der Nummer ist 10 Pf. Grobnummern sind jederzeit durch den Verlag Paul Singer in Stuttgart (sowie von allen Buchhandlungen und Kolporteurs zu beziehen).

### Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Ebrekünde Anst. Lindenstraße Nr. 69, born vier Treppen — Fahrstuhl —, wochentags von 4 1/2 bis 7 1/2 Uhr abends, Sonnabends von 4 1/2 bis 6 Uhr nachmittags hat. Jeder für den Briefkasten bestimmten Antrag ist an Zahl und eine Zahl als Briefkasten beizufügen. Briefliche Antworten wird nicht erteilt. Eilige Anfragen trägt man in der Ebrekünde vor.

N. 263. 1. u. 2. Wenn Sie nicht schon nach Befehle in Gütertrennung leben — was bei allen seit dem 1. Januar 1900 geschlossenen Ehen der Fall ist —, durch Vertrag, der zu notariell oder gerichtliche Protokoll zu schließen ist. 3. Die Rollen richten sich nach dem Objekt. — Stamtlich Frankfurt Str. 16a. Gütertrennung. — E. B. 10/11. Siehe die Auskunft unter N. 263. — Streitfrage. Rein. — Kroll. 1. Dadurch vergrößert sich die Sache um etwa 3 Monate. 2. Ohne weitere Bemerkung Gründe nicht. — N. A. 1972. 1. Sa. 2. Nach wie vor die Hälfte. 3. Das wäre möglich für längstens 2 Jahre. 4. Amtsgericht Berlin-Mitte, Neus Friedrichstraße 12/13. 5. u. 6. Rein. — N. 2. 1. Ja.

### Briefkasten der Expedition.

Patienten in Berlin, Such und anderen Heilstätten. Diejenigen unserer Abonnenten, die noch während des ganzen nächsten Monats in der Heilstätte bleiben, wollen uns wegen der Ueberwachung von Freizeitemplänen sofort ihre Adresse einreichen, da bei verspäteter Bestellung die ersten Nummern des neuen Monats von der Post nicht geliefert werden. Alle Adressen müssen jeden Monat neu eingelebt werden.

Wetterungsbericht vom 24. Oktober 1910, morgens 8 Uhr.

| Station | Barometer<br>hoch mm | Wind-<br>richtung | Wind-<br>stärke | Wetter | Temperat.<br>am 6 U. | Temperat.<br>am 8 U. | Temperat.<br>am 10 U. |
|---------|----------------------|-------------------|-----------------|--------|----------------------|----------------------|-----------------------|
| Bamberg | 769 DED              |                   | 3 bedekt        | 4      | Saparanda 770 W      | 2 wolfig             | -5                    |
| Bamberg | 767 D                |                   | 6 bedekt        | 5      | Petersburg 770 W     | 1 bedekt             | -1                    |
| Berlin  | 767 D                |                   | 3 bedekt        | 5      | Seilly 751 GO        | 2 halb bb.           | 11                    |
| Bonn    | 761 RD               |                   | 3 bedekt        | 4      | Aberdeen 764 GO      | 3 bedekt             | 10                    |
| Bremen  | 761 D                |                   | 3 bedekt        | 6      | Batzi 756 DED        | 2 bedekt             | 6                     |
| Bien    | 765 DED              |                   | 1 heiter        | 4      |                      |                      |                       |

Wetterprognose für Dienstag, den 25. Oktober 1910. Müßig und vorherrschend wolfig, aber trocken bei frischen östlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Wasserkrafts-Nachrichten  
der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

| Wasserkraft        | am 23. 10. (am 1.) | am 22. 10. (am 1.) | Wasserkraft        | am 23. 10. (am 1.) | am 22. 10. (am 1.) |
|--------------------|--------------------|--------------------|--------------------|--------------------|--------------------|
| Femel, Tübi        | 113                | -3                 | Saale, Grobfeld    | 70                 | -5                 |
| Bregel, Jüterburg  | -34                | +5                 | Havel, Sandau)     | 70                 | -5                 |
| Reiche, Thora      | 48                 | -4                 | Rathenow)          | 90                 | 0                  |
| Oder, Rathor       | 148                | -4                 | Edres, Spremberg)  | 88                 | 0                  |
| • Krollen          | 165                | -6                 | Beelitz            | 151                | -1                 |
| • Frankfur         | 179                | -6                 | Weser, Rindow      | -90                | +8                 |
| • Hartde, Schrum   | 12                 | -4                 | • Rindow           | -17                | +1                 |
| • Landsberg        | -10                | -4                 | • Rhein, Rastow)   | 393                | -3                 |
| • Weye, Borsdorf   | -14                | 0                  | • Rade             | 168                | -1                 |
| • Elbe, Lützenburg | 26                 | -3                 | • Rade             | 149                | -2                 |
| • Dresden          | -99                | -4                 | • Reder, Heilbronn | 45                 | -5                 |
| • Dacha            | 150                | -7                 | • Rhein, Wehrheim  | 117                | 0                  |
| • Magdeburg        | 130                | -9                 | • Rade, Lirer      | 57                 | +2                 |

\*) + bedeutet Hoch, — Fall, \*) Unterdenal.